

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,20 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustr. Sonntagsbeilage "Neue Welt" 10 Pf. Postabonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Pro Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung - Preisliste für 1895 unter Nr. 7126.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile für die Dauer von 10 Tagen 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Lehrredaktion: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Weuth-Strasse 2.

Dienstag, den 10. Dezember 1895.

Expedition: SW. 19, Weuth-Strasse 3.

Der Zauber der Worte.

Paris, 6. Dezember.

Die Worte besitzen eine Kraft, von der die tiefstinnigen Philosophen, die sich in der Regel nur durch die Tiefgründigkeit ihrer Gesellen auszeichnen, sich nichts träumen lassen.

Die Urdöcker sind idealistischer, als unsere gewerbmäßigen Moralisten und Politiker glauben, die den Arbeitern predigen, sie sollten ihre materiellen Interessen preisgeben, um hinter den erhabenen Ideen der Tugend, der Freiheit, des Ruhmes, der Sparsamkeit und anderer kinderlichen herzulassen: sie verleihen den Worten ein körperliches Sein, während sie gleichzeitig eine geisthafte Seele, einen geistigen Toppelgänger den Menschen, den Thieren und sogar den leblosen Gegenständen zuschreiben. Die Worte haben für sie eine magische Bedeutung. Die Kenntnis gewisser Worte, gewisser Formeln, wie der Runen bei den Skandinaviern, macht die Besitzer zu Herren der Natur. Diese brauchen sie nur auszusprechen, um den Tod ihrer Feinde herbeizuführen und selbst den Lauf der Sterne zu ändern.

Das Wort ist auch in unseren Tagen seiner magischen Allgewalt noch nicht entkleidet. Noch heute gilt das Sprichwort: wer seinen Hund tödten will, braucht nur zu sagen, daß er toll sei; und die Weisheit der Völker, welche die Dialektik liebt, hat sich neuerdings um ein widerspruchsvolles Sprichwort bereichert: um sich ein langes und ruhiges Leben zu sichern, braucht ein Ministerium sich nur für radikal zu erklären.

Als man erfuhr, daß Felix Faure nach dem Sturze Ribot's sich wegen Bildung eines neuen Ministeriums an Bourgeois wandte, und daß Bourgeois die Absicht habe, es ausschließlich aus Radikalen zu bilden, da lächelte man mitleidig: das ist ein Ministerium, das nicht länger dauern wird, als die Rosen dauern — einen Morgen! Bei der ersten Interpellation über sein politisches Programm wird es wegschmelzen wie der Aprilschnee. Man wettete über den Tag seines Sturzes. Die Wahl Felix Faure's war eine parlamentarische Bosheit; das Cabinet Bourgeois war nur ein Provisorium und durfte nur gerade lang genug dauern, um zu beweisen, daß die Radikalen nicht regieren können. Bourgeois und seine Radikalen waren nur Platzwärmer für die Opportunisten, die, mit Dupuy und Ribot an der Spitze, triumphierend wieder in die Regierung einzziehen würden.

Aber in Frankreich sind es nur die Provisorien, welche Bestand haben.

Das Wort „radikal“, das Schreckgespenst, welches das Zentrum mit der gesamten Rechten verbinden sollte, damit sie gemeinsam über das neue Ministerium herfallen und es unter die Füße treten könnten, dient dem neuen Ministerium als Schild. Durch das ganze Land ging eine freudige Erregung, als man erfuhr, daß man die Opportunisten los wäre, und daß das Ministerium eine gründliche Reinigung des Parlaments von allen

Chefmännern ankündigte. Diese freudige Erregung war so lebhaft und so tief, daß die Gegner des Bürger's Bourgeois und seiner Kollegen ganz aus der Fassung kamen und von Furcht gepackt wurden. Als nun aber der Ansturm losgehen sollte, da erhob sich keiner der Achilleus des Zentrums; man mußte sich mit den leisenden Möpsen begnügen, die stets bereit sind, jedermann anzubellen: mit den Teschanel's und Barthou's. Als diese sich heiser geschimpft hatten, mußte man den Theristes Delpeuch vorschicken.

Das war ein jammervolles Fiasko der Führer. Um die so wenig glänzende Rolle, die sie spielten, zu beschönigen, erklärte Teschanel, sie verfolgten eine „abwartende Politik“, und wollten nur sehen, wie die Radikalen ihre radikalen Versprechungen hielten. Würde zum Beispiel der Minister des Aeußeren die Beibehaltung des Gesandtschaftspostens beim Papste verteidigen? Würde das Gesamtministerium, das aus lauter Freidenkern und Freimaurern besteht, gegen die Millionen des Kultusbudgets protestieren, die zu unterdrücken es schon lange versprochen hatte? Der Angriff war geschickt, doch wurde er nicht minder geschickt pariert. Ich nehme nicht das radikale Programm an und verpflichte mich nur zu Reformen, die opportunist sind“, antwortete Bourgeois. Genau dasselbe sagten auch die Opportunisten, die das Talent besaßen, keine Reformen zu finden, deren Durchführung opportunist war.

Aber Bourgeois bleibt darum nicht weniger ein Radikaler, der einfach als Minister Opportunist sein will. Mit diesem pfiffigen Schachzug gewinnt er die Parteien des Zentrums für sich, die übrigens keinen höheren Wunsch haben, als den Ministern, welcher Art sie auch seien, zu gehören. Die erdrückende Mehrheit des radikalen Ministeriums setzt sich aus den Opportunisten des Kammer-Zentrums zusammen.

Sogar Teschanel hat, um nicht allein zu stehen, für das Ministerium, das er eben angriff, gestimmt. Das radikale Ministerium hat die Opportunisten auf seiner Seite, deren Politik es treibt, indem es trotz dem radikal bleibt. Die Beratung des Budgets, vor der Ribot solche Angst hatte, daß er verlangte, sie sollte bis zum nächsten Jahr verschoben werden, geht glatt ohne jedes Hindernis von statten; die Artikel des Budgets, über die man Wochen lang diskutiert hatte, werden in einer Sitzung erledigt; die zehn- und Hundertmillionen werden bewilligt, daß es nur so eine Art hat. Seit Opportunistengedenken hat man kein so glückliches Ministerium gesehen. Es geht aller Welt. Nur die Minister-Apiranten sind voller Verzweiflung; sie sehen mit Entsetzen, wie ihre Aussichten auf die Regierungskrippe in immer weitere Ferne gerückt werden, sie wenden sich vorwurfsvoll gegen ihre Freunde. Das Zentrum hat nichts Gelderhaltendes mehr — klagt der Minister-Apirant Charmes in den Debats, und voll grimmigen Hohnes stellt der „Soleil“ fest, daß nur die Sozialisten noch Energie genug besitzen, der Regierung den Krieg zu erklären, und Verstand genug, Minister zu stürzen.

Das Wort „radikal“ hatte seine Zaubervirkung auch auf die Sozialisten ausgeübt, die ein natürliches Interesse daran haben, ein radikales Ministerium am Ruder zu sehen;

ist doch die radikale Partei der letzte Rückhalt für die Klasse der Kapitalisten. Die Sozialisten theilten die Freude des Volkes über die Erklärungen von Bourgeois, welche die Säuberung der Regierung versprochen. Die Sozialisten haben das Vorurtheil der Ehrlichkeit, sie begnügen sich nicht damit, ehrlich zu sein, sie verlangen auch, daß diejenigen ehrlich seien, die Frankreich regieren. Wie hat ihre naive Ehrlichkeit sie doch blind gemacht! Sie begreifen nicht, daß die Laster der herrschenden Klassen und ihrer Vertreter für den Fortschritt der Geschichte viel nützlicher sind, als ihre Tugenden. Eine herrschende Klasse fällt weniger durch die Angriffe der gegnerischen Klasse, als durch ihre eigenen Laster. Hätte unsere kapitalistische Klasse gebildete und ehrliche Vertreter am Ruder, sie könnte noch lange Zeit fort herrschen. So aber beschleunigen die Fehler und Schwereien derer, die regieren, ihren Fall. Soll das Getreide wachsen, so muß es Dünger haben. Die kapitalistische Korruption ist der Düngstoff, welcher den Boden für den baldigen Machtantritt des Proletariats vorbereitet.

Der sittenstrenge Cavaignac, der als Mitglied der Budgetkommission einen vernichtenden Bericht gegen die schwachvolle Mißwirtschaft und die schamlosen Unterschleife in der Heeresverwaltung geschleudert hatte, — dieser selbe sittenstrenge Cavaignac hat als Kriegsminister alle Fehler, Verträge und Schandthaten der Madagaskar-Expedition mit seiner Sittenstrenge zugebedekt. Die 12 000 Soldaten von 15 000, die getödtet oder für ihr ganzes Leben durch Sumpffieber verseucht worden sind, sind „Zufälle des Krieges“ (accidents de la guerre). Man erkaufte keinen Ruhm und erobert keine Kolonien, ohne daß Menschen und Millionen geopfert werden. Der Sozialist Jourde, empört über diese Sprache, rief aus: „Je mehr das wechselt, umso mehr bleibt es das nämliche!“ Radikal oder Opportunist — es ist alles eins. Die Radikalen in der Regierung sind Opportunisten.

Es war Tollheit — und die Sozialisten mußten den Kopf verloren haben — eine Untersuchung über die Madagaskar-Expedition, ihre Leitung und Vorbereitung zu verlangen. Minister, Abgeordnete, Generale, Admirale, Verwaltungsbeamte des Kriegsministeriums hätten vor das Schurmergericht kommen müssen. Der Präsident Felix Faure selbst hätte seine Haut nicht gerettet, denn er war Marineminister, als die Expedition begann. Es ward und wird viel gesprochen von einem gewissen Dandel, betreffend den Transport des Kriegsmaterials, welcher Handel dem Staatskassach zwei bis drei Millionen mehr gelostet haben soll, als wenn das Geschäft ehrlich abgeschlossen worden wäre. Allein ist es möglich, daß das radikale Ministerium den Präsidenten der Republik zwingt, vor einer Untersuchungskommission zu erscheinen und sich zu rechtfertigen?

Nur diese Narren und Tollköpfe von Sozialisten können eine solche Ungehörlichkeit fordern. Seit der Rede des sittenstrengen, tugendhaften Cavaignac fängt das Wort „radikal“ aber an, den Sozialisten gegenüber seine Zauberkraft zu verlieren. Gallus.

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von G. W. M. von Walthausen.

2.

„Lieber Eichwald! sorgen Sie ja dafür, daß alles in Ordnung ist. Der Besuch, den Se. Majestät der König längst der Offizin zugebacht, ist für heute angefragt. Die Drucker- und Seherzäule müssen besonders sauber, die Maschinen so hergerichtet werden, daß sie sofort in Thätigkeit gesetzt werden können.“

„Alles bereits ausgeführt. Verlassen Sie sich ganz auf mich, Herr Brambach,“ erwiderte der Faktor Eichwald.

Erwartete er weitere Anordnungen seines Chefs? Er blieb noch stehen.

Der Hof- und Kunstbuchdruckereibesitzer der Haupt- und Residenzstadt S. . . . Heinrich Brambach, der Drucker und Eigentümer der hochgeschätzten Landeszeitung, war heute außerordentlich aufgeregt.

Am heutigen Tage feierte er nicht nur sein 25jähriges Bürgerjubiläum, sondern auch zugleich sein 25jähriges Geschäftsjubiläum. Dieser Tag mußte zu einem Festtage erhoben werden.

Es stand zu erwarten, daß verschiedene Deputationen kommen würden, ihn zu beglückwünschen. Brambach war nicht nur in der Bürgerschaft hoch angesehen — sein König hatte ihn „seinen besten Bürger“ genannt.

Seine Firma war auch weithin berühmt als leistungsfähig und im Kunst-Buchdruck als vorzüglichste der ganzen Stadt bekannt. Seine Zeitung war eine Macht, denn sie war in alle Regierungen- und Aristokratienkreise eingedrungen.

Brambach hatte bestimmt, daß an seinem heutigen Ehrentage ein Festaktus vormittags stattfinden solle, dem sich nachmittags sowohl für die Ehrengäste, wie für das Personal ein Festessen mit darauf folgendem Ball anschließen sollte. Da gab es denn allerhand zu erwägen und zu bestimmen, damit alles anscheinend wie unvorbereitet und doch am Schnürchen ging.

War auch heute vieles zu bedenken, so fiel es doch dem Faktor Eichwald auf, daß heute sein Prinzipal ganz absonderlich finstern blickte und an so manches zu denken schien, was kaum mit einem so frohen Tage im Einklange stand. Was mochte ihm die Freude verbittern?

Sein Faktor schien es zu wissen. Eichwald und Brambach kannten seit langer Zeit einander.

Vor etwa zwanzig Jahren hatten beide in einem Seherzäule neben einander gestanden.

Dann hatte Brambach das Erbe seines Vaters, die Druckerei übernommen, später den thätigen Seher Eichwald eingestellt und denselben alsbald zum Faktor befördert.

Es bestand daher eine Art Vertraulichkeit zwischen beiden, während Brambach dem anderen Personale mit egoistischem Prinzipalsstolz und disziplinarischer Strenge begegnete.

Warum blieb nun Eichwald noch immer stehen? Hatte er selbst noch etwas zu erinnern?

„Brambach schien ihn zu erathen. „Eichwald,“ sagte er leise, indem er abwärts blickte, „die Papierfabrik hat also wieder nicht geliefert?“ — Nein.

„Sie will mich zwingen Geld zu schaffen, oder mich ruiniren! Ich hoffe heute neue Hilsquellen zu erschließen.“ Unser Papiervorrath reicht nur noch diese Woche,“ erwiderte Eichwald, „es würde sich daher empfehlen, bei

einer etwaigen Beschäftigung des Etablissements durch den König und sein Gefolge das Souterrain nicht zu öffnen. Ein Unberufener könnte aus unseren fast leeren Vorrathsräumen mit Kopfschütteln emporsteigen, Verdacht aussprechen und der Reiz daraus Kapital schlagen. Ich denke, wir fesseln den Besuch im Druckerzäule.“

„Und wodurch?“ versetzte Brambach. —

„Dadurch, daß wir ein Gebicht oder eine etwaige Ansprache vor den Augen der Besucher sofort sehen und drucken lassen,“ entgegnete Eichwald.

„Sind alle Vorbereitungen dazu getroffen?“

„Ja, der Metteur en-pages hat das Personal dazu aufgefordert und heimlich einstudirt, um dem Chef mit diesem Kunststückchen zum heutigen Tage eine freudige Extraleistung vorzuführen.“

„Nun gut!“

„Und wir benutzen diesen Umstand, um —“

„Abzulenzen — zu täuschen — Ich verstehe“, sagte Brambach. „Jede Freude wird mir vergällt — wenn ich daran denke, daß es doch die reine Ironie ist, bei solchen Verhältnissen noch ein Fest geben zu müssen. Sich beglückwünschen zu lassen, wo Bemitleiden angebracht wäre!“

„Eine Subvention für unser Regierungsblatt stand doch in Aussicht“, bemerkte Eichwald.

„Sie ist aber bis heute ausgeblieben, nur unsere Zeitung ist nie ausgeblieben, trotz aller Tariserhöhungen der Seher und Drucker. Ich habe gezahlt, habe allen Stürmen getrotzt, um jetzt zu erfahren, daß nach fünfundsiebenzigjähriger, redlicher Thätigkeit nichts mehr übrig geblieben ist — (Brambach wandte sich zum Gehen) als der Bankrott“ — murmelte er zwischen den Zähnen.

Behördliche Halbjahresberichte über die Sozialdemokratie.

Unser Solinger Partei-Organ, die „Vergische Volksstimme“, war dieser Tage in der Lage, einen der vertraulichsten Berichte zu veröffentlichen, durch welche halbjährlich die Polizeiverwaltungen an ihre Regierung Mitteilungen gelangen lassen über die Entwicklung und den Stand der sozialdemokratischen Bewegung.

Das auch anderwärts derartige Berichte von den Ortspolizei-Behörden an die Kreisregierungen gesendet werden und zwar schon seit geraumer Zeit, dafür liefern die nachfolgenden von der „Volksblatt“ in Halle mitgetheilten Schreiben den Beweis.

1. An den kgl. Regierungspräsidenten pp.

Betrifft den Bericht über die sozialdemokratische Bewegung. Verfügung vom 25. Oktober 1878, S. N. 17884 L.

In nebenbezeichnete Angelegenheit wird Euer Hochwohlgeboren folgendes ganz gehorsamt berichtet.

Im Laufe des verfloffenen Halbjahres ist in erhöhtem Maße die Wahrnehmung gemacht worden, daß sich in der Sozialdemokratie tiefgehende Wandlungen vollziehen.

Der Glaube an die Unerschütterlichkeit der Führer ist im Schwanden begriffen. Die Unzufriedenheit der gemachten Verheißungen lernt man begreifen. Das von fast sämtlichen Seitern erfolgte Vertauschen ihrer eigentlichen Berufsarbeit mit dem weniger mühevollen, auf die sauer verdienten Groschen der Arbeiter berechneten Leben als Restaurateurs, Händler pp. wird Gegenstand der Kritik in den Versammlungen. Die letzteren selbst werden minder zahlreich als früher besucht.

Es wird nun hieraus nicht gefolgert werden können, daß die breiten Massen der Sozialdemokratie die Fahne ohne weiteres verlassen und in die Reihen ruhig und besonnen denkender Männer zurücktreten, denn daran hindert sie die ihnen durch die sozialdemokratischen Lehren eingegriffene Unzufriedenheit mit der bestehenden Gesellschaftsordnung und ihrer eigenen Lage, wohl aber wird sich die Annahme rechtfertigen lassen, daß das System, nach welchem die sozialdemokratischen Führer wirtschaften, nicht mehr lange aushalten können.

Wenn nun, als nächste Folge, der radikalere Theil der Sozialdemokraten unter der Führung ausgesprochen revolutionärer Subjekte der Richtung Werner-Wildberger zu Vereinen mit bedenklicheren Tendenzen zusammentritt, wozu der Anfang übrigens bereits gemacht ist, so darf auch gehofft werden, daß ein anderer Theil, wenn er sich in seinen Erwartungen fortgesetzt getäuscht sieht, und wenn er zu der Erkenntnis gelangt, daß er sein Heil nur in ehrlicher Arbeit und in den zu Gunsten der Arbeiter getroffenen staatlichen Einrichtungen finden kann, sich den Lehren der Sozialdemokratie wieder entziehen wird.

Als Belag für die innerhalb der sozialdemokratischen Partei herrschende Kluftigkeit gilt der hier im Frühjahr d. J. gebildete kommunistische Klub.

Derselbe wurde in einer aus den Reihen der Partei veranlaßten öffentlichen Versammlung am 5. April er. gegründet und zwar waren es 15 Mann, die ihm sofort beitraten. Er hat es bis heute erst auf 21 Mitglieder gebracht und besteht aus meist jüngeren Elementen der rothesten Färbung. Seine Ziele richten sich, daran darf nicht gezweifelt werden, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung. Es ist dies hier namentlich auch erkennbar geworden aus den in Klubversammlungen gehaltenen Reden, worin unter anderem betont wurde, daß die soziale Frage nur auf den Barrikaden gelöst werden könne. Der betreffende Ueberwachungsbericht ist seinerzeit der königlichen Staatsanwaltschaft hier selbst übermittelte.

Scharfe Ueberwachung dieses Klubs und seiner Mitglieder wird gefordert.

Der Bierzehnter dauert fort, erreicht ist damit bis jetzt nichts.

Zu Ausschreitungen der Sozialdemokratie ist es auch im verwichenen Halbjahr nicht gekommen.

Eichwald sah ihm schweigend nach und ging in den Druckerstuhl hinaus.

Erambach wollte eben in den Garten einbiegen, als er sich von zwei weichen Armen umhüllt fühlte. Seine düsteren Miene glätteten sich plözlich.

Sein Liebling, sein Töchterchen Clotilde drückte ihm als freundlichen Morgengruß einen herzhaften Kuß auf. Sie war für ihre sechzehn Jahre schon recht hoch aufgeschossen und machte den angenehmen Eindruck anmuthiger Kindlichkeit.

„Sieh' nur, Papa, rief sie, wie unser kleiner Garten zu einem Festplatz umgewandelt wird.“

Wirklich waren die Punktirerinnen, Bekränge, alle in sonntäglichem Anzuge, beschäftigt Guitland zu binden, zu ziehen und Lampions anzubringen unter der Leitung des Hausburschen Friedrich.

„Aber, Papa, Du darfst dies alles eigentlich noch gar nicht sehen.“ sagte Clotilde zu ihrem Vater, als er sich anschickte, einen Rundgang zu thun. „Ich soll Dich holen —, Mama schickt mich.“ „Es ist Besuch da.“

„Besuch?“

„Ja.“ Dabei nahm Clotilde den Aufstehenden am Arm und drehte ihn nach der Hausthüre zu um.

„Was ist denn das für Besuch?“

„Nun rathe einmal.“

„Doch nicht etwa wieder eine Deiner Schelmerceien; wo Du mich ruffst, wenn Deine ausgelassenen Gespielinnen ankommen? Für solche närrischen Dämchen bin ich heute nicht zu sprechen.“

„Diesmal ist es ein Herr.“

„Wie? ein Herr?“

„Ja, und zwar ein Offizier.“

„Du machst mich neugierig.“

„Es ist zwar ein pensionirter, etwas steifer, ältlicher Herr, aber er ist Major und von Adel.“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Serwegh, herausgegeben von Marcel Derwegh, mit einem Bild und (autographirten) Brief Lassalle's sind jetzt in Albert Müller's Verlag, Zürich, erschienen. Es ist ein schöner, wohlausgestatteter Band von 163 Seiten. Der Inhalt ist hochwichtig und die mitgetheilten Briefe nebst den beigegebenen Erläuterungen werfen Licht auf die letzte und fruchtbarste Lebensperiode Lassalle's, sowie namentlich auch auf sein Verhältnis zu Serwegh, dessen Thätigkeit für die Sache des Proletariats leider zu wenig bekannt ist. Wir können die Schrift, welche wir demnach eingehend besprechen werden, als einen wichtigen Beitrag zur Geschichte unserer Partei nur aufs wärmste empfehlen und wünschen ihr die weiteste Verbreitung.

Eine jüngst bei dem Begräbniß eines verstorbenen Genossen von einem Parteimitgliede gehaltenen kurze Rede und ein von dem Gefolge ausgeführter Gesang sind jetzt Gegenstände eines gerichtlichen Verfahrens.

2. Zu d. H. Halle a. S., den 16. September 1892.

Die Polizei-Verwaltung. Stabde. Wegdemann.

Dann folgen zwei Berichte über Versammlungen des Kommunistischen Klubs, in denen weiblich über die Sozialdemokratie hergezogen wurde.

Daran schließt sich:

Auszug aus dem Bericht der Polizei-Verwaltung an den kgl. Regierungs-Präsidenten zu Merseburg. pp. Am 29. März d. J. fanden sich hier selbst in der Schantwirthschaft eines Sozialdemokraten 23 der sozialdemokratischen Partei angehörige Männer behufs Abhaltung einer öffentlichen Versammlung ein.

Die unterzeichnete Verwaltung gedenkt zunächst, abgesehen von der fortgesetzten Ueberwachung des Klubs, genaue Nachforschungen nach dem Vorleben der einzelnen Mitglieder anzustellen, namentlich auch deren Staats- und Ortsangehörigkeit festzustellen und jede sich darbietende Gelegenheit benutzen, gegen die Leute vorzugehen.

2. pp. 3. Den Revolvern 1-5 und der Kriminal-Abtheilung mit der Anweisung zugefertigt die Personalien unter genauer Feststellung der Staats- und Ortsangehörigkeit, sowie den Verlehr, die Strafen und Arbeitsstellen der Klubmitglieder gefälligst aufnehmen und beifügen, dieselben auch einer bestimmten unaußfalligen Kontrolle unterwerfen zu wollen.

Halle a. S., den 19. April 1892. Die Polizei-Verwaltung. ges. von Polly.

Politische Ueberflucht.

Berlin 9. Dezember.

Die heutige Reichstags-Sitzung brachte zu Anfang zwei Ueberraschungen: der Herr Reichskanzler von Hohenlohe war auf seinem Plage — also noch nicht geföllert. Und die Herren Junker widersprachen nicht dem Antrag auf Einstellung des Verfahrens im Diebstahl-Prozess. O diese „Papierchen“! Man hat unser Jahrhundert das Papier-Jahrhundert genannt. Und mit recht. Was macht man nicht alles aus Papier. Zunächst Zeitungen, Bücher und Verfassungen. Ferner Tische, Stühle, Schränke, Schnupftabak, Dosen, ja sogar Schiffe. Und sogar Messer — ja die schärfsten Guillotinen-Messer. O diese Papierchen des Arton! Und des — Hammerstein! Ein solches Papiermesser über dem Kopf — das ist noch schlimmer als das klassische Schwert des Damokles. Es schneidet weit schärfer und weit sicherer. O diese Papierchen! Außer Guillotinen-Messern und anderen Gerätschaften kann man von Papier auch Arzneimittel machen. Die Papierchen des Herrn v. Hammerstein sind ein vorzügliches Beruhigungspulver, so wirksam wie kein Apotheker es je verfertigt hat. Die Herren Junker, die vor kurzem noch so aufgereggt waren und laut polternd ankündigten, daß sie diesmal im Reichstag die Sozialdemokraten mit Haut und Haar anspeien würden, sie sind fromm wie die Lämmer.

Nur Herr von Kardorff, der heute Abend als internationaler Silberling nach Paris reist, um sich mit den französischen Geschäftsfreunden über die englische und amerikanische Pleite zu trösten — war etwas weniger gedrückt als seine Kollegen. Er erging sich — er war weiter Budgetredner, Nachfolger des Zentrumsmannes Fritzen — eine halbe Stunde lang in den ergößlichsten Kapriolen, rechnete den Sozialdemokraten fünf Millionen Mark in die Kasse, versuchte sich einen Moment in der Rolle des „Scharfmachers“ — wozu sein Fraktionskollege Stumm fauerlich lächelte — und bereitete dem Hause schließlich eine verblüffende Ueberraschung — die dritte des parlamentarischen Tags. Als er auf die Nothwendigkeit kam, den allgemeinen Wohlstand zu heben und als alle Welt mit schauernder Resignation das Abschnurren der Doppelmährungen-Melodie erwartete, da schnappte auf einmal der Veierkasten ab und Kardorff klappete zusammen wie ein Taschenuhrwerk. Auch Wirkung der Papierchen? Wer weiß? Aber die Bodsprünge fanden noch während der Sitzung ihre natürliche Erklärung: Herr von Kardorff war am Freitag mit Freund Stumm bei der alten Raketenliste in Friedrichstraße und da war ein Stückchen Rakete an ihm hängen geblieben. Gut, daß die Papierchen dann noch als Dämpfer gewirkt haben. Also auch Feuerauslöser! Wozu das Papier nicht alles gut ist.

Herr v. Kardorff war der letzte Budgetredner am heutigen Tage. Ueber den ersten, Herrn Fritzen, ist nichts zu sagen, ebenso wenig wie über die Einleitungsrede des Herrn v. Bosadovsky. Morgen um 1 Uhr Fortsetzung. Webel und Richter stehen auf der Rednerliste — da wird's wohl Ernst werden.

Der Amtswechsel im Ministerium des Innern ist doch vollzogen. Herr v. Köller ist, geschmückt mit dem Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und der königlichen Krone, endgiltig aus dem Amte geschieden und ein junger, ganz neuer Mann, auf dessen Kandidatur niemand gekommen war, Herr von der Rede von der Horst, bisher Regierungspräsident in Düsseldorf ist über den Kopf sämtlicher Oberpräsidenten hinweg zum Minister des Innern ernannt worden. Bei dieser Gelegenheit ist nun eine amtliche Aenderung über den Grund von v. Köller's Ausscheiden hindurchgeführt. Der „Reichs-Anzeiger“ bringt nämlich folgende Mittheilung:

„Indem verschiedene Blätter die Demission des Ministers v. Köller auf eine Meinungsverschiedenheit desselben mit dem Kriegsminister zurückführen, sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß die an sich belanglose Thatsache einer Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Herren die Ursache des Rücktritts des Herrn v. Köller nicht ist. — Völgere liegt auf einem anderen Gebiet. — Deshalb ist auch die von einigen Zeitungen verbreitete Nachricht, der Kriegsminister habe sich mit einer Beschwärdschrift über den Minister des Innern an Se. Majestät den Kaiser gewandt, eine leere Erfindung.“

Das ist eine sehr interessante Mittheilung, mehr wegen dessen, was sie nicht erwähnt, als wegen dessen, was sie erwähnt. Denn nicht bestimmter noch als der Streit um die Militärstrafprozess-Reform war der Köller'sche Angriff auf die Sozialdemokratie als Grund für die Amtsenthebung des Herrn v. Köller angegeben. Und diese Ansicht wird amtlich nicht bestritten.

Gleichzeitig erklärt übrigens auch die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die vor einigen Tagen verbreitete Nachricht für unzutreffend, nach der die Schließung der 11 Berliner sozialdemokratischen Vereine auf einen direkten Eingriff des Kaisers erfolgt sein sollte.

Das also läßt über die Ursache des Köller'schen Falls kaum noch einen Zweifel bestehen.

Ueber den neuen Minister des Innern wird uns von Jemand, der ihn in seiner geschäftlichen Thätigkeit kennen lernte, mitgetheilt, daß derselbe als Regierungspräsident im Verkehr sehr leutselig war und sich einer gewissen Popularität erfreute. Er ist links der Elbe geboren und hat rheinische Luft geathmet. — Das sagt nicht, daß er ein liberaler Mann sei, aber er ist kein ostelbischer Junker.

Der neue Minister des Innern, Gustav Wilhelm Eberhard von der Rede von der Horst ist am 2. April 1847 als Sohn des am 26. Dezember 1869 verstorbenen Ministerialdirektors im Ministerium des Innern a. D. Freiherrn August Ludwig von der Rede von der Horst geboren und stammt aus Westfalen. Er war seit 1889 Präsident der Regierung zu Düsseldorf, auf welchem Posten er als Nachfolger des zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannten, jetzigen Ministers für Handel und Gewerbe, Freiherrn v. Berlepsch, berufen wurde, nachdem er schon vorher der kgl. Regierung in Königsberg als Präsident vorgestanden hatte. Vorher war Freiherr von der Rede als Vortragender Rath im Ministerium des Innern thätig.

Nachklänge zur Wahl in Herford-Galle. Daß die Konservativen nach dem Schlage, der sie in der preussischen Wendee getroffen, noch lange hinterher ein banges Geseufze laut werden lassen, ist begreiflich. Der „Reichsbote“ regt abermals bei der Parteileitung ein Neubekanntniß wegen der Hammerstein-Sache an, indem er schreibt:

„Ein Hauptagitationsmittel hat auch der Hammerstein-Trach gebildet und es ist vorauszusetzen, daß derselbe noch lange bei den Wahlen gegen die konservative Partei ausgenutzt wird, obwohl die Partei nicht für die Sünden des Privatlebens einzelner Mitglieder verantwortlich gemacht werden kann. Wenn auch gegen Böswilligkeit kein Kraut gewachsen ist, so würde eine wirkungsvolle Erklärung der konservativen Fraktion im Parlament immerhin dazu beitragen, die Waffen der Gegner stumpf zu machen. Gelegenheit dazu wird der Fraktion höchstwahrscheinlich von den Gegnern gegeben werden.“

Weit entfernt von solcher Wehleidigkeit sind natürlich die Erben des Herrn v. Hammerstein. Die „Kreuz-Zeitung“ ist bitterem Grolles voll. Ob sie recht hat mit ihrer Annahme, daß sozialdemokratische Wähler zu Gunsten des Dr. Quentin bei der Wahl den Ausschlag gegeben haben gegen den konservativen Kandidaten, können wir nicht ermesen. Möglich ist es. Amüsant ist's jedoch, wie das Junkerblatt jetzt gegen die Nationalliberalen die gleichen grimmigen Vorwürfe wegen eines Wahlbundes mit den Sozialdemokraten erhebt, die die Rationalliberalen nicht müde wurden, gegen das Zentrum nach der Wahl in Dortmund zu erheben. Die „Kreuz-Zeitung“ zürnt über: „... die nationale Gewissenlosigkeit der Partei, die sich einem Augenblicksgewinn zuliebe nicht scheut, mit den Vertretern des internationalen Umsturzes, mit der „Rotte von Menschen“, die es nicht verdient, daß man sie „Deutsche“ nennt, ein Bündniß gegen die Konservativen einzugehen, von denen sie aber bei jeder Gelegenheit Beistand gegen eben diese „Rotte“ fordert. Wo so etwas möglich ist, muß jede Hoffnung auf gedeihliche Zusammenarbeit schwinden.“

Gut gebüßelt! Es schmerzt uns, daß wir genöthigt sind, einen Kübel kalten Wassers über diese Bluth sittlicher Entrüstung auszugießen, einen Kübel, den wir aus dem Gemüthe der konservativen Presse selbst herausgeschöpft haben. Vor der Stichwahl versuchte das Organ der westfälischen Konservativen, die „Neue Westf. Volksztg.“, in folgender läppischen Weise Stimmen zu fangen:

„Es ist eine neue Tabakvorlage in Aussicht. Da ist der Wahlkreis Herford-Galle tonangebend, das ganze Reich steht auf ihn. Wählt ihr Dr. Weide, dann kann eine Deputation von Fabrikanten, Zigarrenarbeitern oder Bauern, die nach Berlin geht, auch bei der konservativen Partei vorkommen. Dr. Weide wird sie herumsühren und einen Theil der konservativen Abgeordneten für sich gewinnen. Damit fällt dann die Vorlage.“

Leute, die mit so plumpen Mitteln versuchen, den Arbeitern ein X für ein U vorzumachen, sollten ihren Groll nicht so offen zur Schau tragen, weil die Herforder Arbeiter ihnen nicht auf den Leim gegangen sind.

Majestätsbeleidigungs-Chronik. Ein Telegramm aus Leipzig vom 9. Dezember meldet: Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Jilge von der „Leipziger Volkszeitung“, welcher wegen Majestätsbeleidigung zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt war.

In Altona stand der Schuhmachergehilfe Werner wegen Majestätsbeleidigung vor Gericht. Als er eines Nachts in der Samstraße lärmte und von einem Wächter zur Ruhe gewiesen wurde, erging er sich in beleidigenden Aeusserungen über den deutschen Kaiser. Die Strafkammer I des hiesigen Landgerichts, welche über Werner zu Gericht sah, hielt die Beleidigungen für so schwere, daß sie auf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten erkannte.

Ein Register der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Um das Anwachsen der Majestätsbeleidigungs-Prozesse in letzter Zeit zu veranschaulichen, veröffentlicht das „Abendblatt“ in Stettin unter Nichtberücksichtigung der mit Freisprechung endenden Prozesse eine Zusammenstellung der Verurtheilungen seit dem 1. August. Im ganzen sind hierbei 31 Jahre 2 Monate Gefängniß und 5 Monate Festungshaft zu verzeichnen. Bemerkenswerth ist, daß die Verurtheilten nicht zum größten Theil Redakteure sind, sondern meistens Leute, die gesprächsweise die unter Anklage gestellten Aeusserungen thaten und dann später denüthigt wurden. Es wurden verurtheilt:

Am 2. August ein Barbiergehilfe in Stettin zu 3 Monaten. — Am 9. August ein Pantoffelmacher in Bismarck zu 6 Monaten. — Am 18. August ein Konditor in Berlin zu 4 Monaten. — Am 26. August ein Arbeiter in Berlin zu 9 Monaten. — Am 28. August die Klavierlehrerin Jarde in Stettin zu 3 Monaten. — Am 4. September ein Kuppelträger in Berlin zu 6 Monaten. — Am 20. September ein Zigarrenmacher in Krefeld zu 4 Monaten. — Am 2. Oktober ein Tapezierer in Bonn zu 6 Monaten. — Am 6. Oktober der Redakteur Dietl in Berlin zu 6 Monaten. — Am 9. Oktober ein Arbeiter in Stettin zu 6 Monaten. — Am 14. Oktober der Redakteur des „Sozialist“ in Berlin zu 3 Monaten. — Am 19. Oktober ein Kürschner aus Regensburg zu 1 Jahr. — Am 21. Oktober ein dänischer Kapitän in Bremen zu 2 Monaten und 2 Wochen. — Am 21. Oktober ein Schuhmacher aus Gera zu 2 Jahren. — Am 21. Oktbr. ein Kaufmann aus Chemnitz zu 7 Monaten. — Am 22. Oktbr. der Redakteur der „Volksmacht“ in Breslau zu 4 Monaten. — Am 23. Oktober ein Redakteur in Würzen zu 6 Monaten. — Am 23. Oktober ein Redakteur in Hannover zu 4 Monaten. — Am 29. Oktober der Redakteur Dietl in Berlin zu 6 Mo-

naten. — Am 29. Oktober der Redakteur Pfund in Berlin zu 9 Monaten. — Am 29. Oktober der Redakteur Kautmann in Berlin zu 1 Jahre. — Am 29. Oktober ein Tischler in Mainz zu 3 Monaten. — Am 29. Oktober ein Möbeltransporteur in Magdeburg zu 9 Monaten. — Am 1. November ein Drehschleifschleifer in Berlin zu 4 Monaten. — Am 1. November ein Porzellanmaler in Berlin zu 6 Monaten. — Am 5. November ein Müllergesellschaft in Stettin zu 2 Monaten. — Am 5. November ein Redakteur in Esfurt zu 3 Monaten. — Am 5. November eine Arbeiterfrau in Altona zu 2 1/2 Monaten. — Am 5. November ein Tischlergesellschaft in Kattow zu 1 1/2 Jahren. — Am 7. November ein Redakteur in Breslau zu 2 Monaten. — Am 7. November der Reichstags-Abgeordnete Dr. Lütgenau in Dortmund zu 5 Monaten. — Am 8. November ein Arbeiter in Bries zu 1 Jahr. — Am 13. November der Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“ zu 1 Jahr. — Am 14. November ein Handelsmann in Pöhl zu 6 Monaten. — Am 14. November ein Arbeiter in Dresden. — Am 14. November der Redakteur des antisemitischen „Deutschen Michel“ zu 2 Monaten Festungshaft (Verleumdung der Kaiserin Friedrich). — Am 15. November eine Frau in Berlin zu 3 Monaten. — Am 15. November ein Redakteur in Kiel zu 9 Monaten. — Am 16. November ein Arbeiter in Breslau zu 2 Jahren. — Am 16. November ein Kaufmann in Naumburg zu 2 1/2 Jahren. — Am 18. November eine Wittwe in Hannover zu 5 Monaten. — Am 18. November ein Maurer in Freiburg i. Br. zu 6 Monaten. — Am 18. November ein Schuhmacher in Pegau zu 6 Monaten. — Am 18. November ein polnischer Arbeiter in Neu-Weipenssee bei Berlin zu 5 Monaten. — Am 21. November ein Fabrikarbeiter aus Hohen bei Posen zu 2 Monaten. — Am 26. November wurde in Berlin wider „Unbekannt“ verhandelt; es wurde auf Eingehung der Druckschriften und Vernichtung der Formen und Platten erkannt. — Am 27. November ein Glasbläser in Havelberg bei Sonneberg zu 3 Monaten. — Am 29. November der Redakteur der „Ethischen Kultur“, Dr. Förster, in Berlin zu 3 Monaten Festungshaft. — Am 29. November ein Musiker in Marburg zu 8 Monaten. — Am 29. November ein Arbeiter in Berlin zu 1 Jahre. — Am 1. Dezember der Redakteur des „Volksblattes“ in Brandenburg zu 2 Monaten. — Am 1. Dezember der Redakteur der „Volksstimme“ in Burgstädt zu 1 Jahre. — Am 2. Dezember ein Arbeitshaus-Inhaber in Jäbern zu 9 Monaten. — Am 4. Dezember ein Schlosser in Chemnitz zu 6 Monaten.

Deutsches Reich.

— Aus dem Etat des Reichsamts des Innern. Für die Kommission für Arbeiterstatistik sind in den Reichsetat 39 000 M. angesetzt. Davon entfallen 6000 M. auf Remuneration, Tagelohn, Fuhrkosten etc. für die Mitglieder der Kommission und 30 000 M. zu Kosten für die Aufnahme, Bearbeitung und Veröffentlichung der Arbeiterstatistik. — Für das Reichs-Gesundheitsamt werden 148 600 M. gefordert; somit wird der Etat für die Reichskommission für Arbeiterstatistik und das Gesundheitsamt (187 600 M.) fast um das Neunfache von den Ausgaben für das Patentamt (1620 105 M.) übersteigen. Für das reichsstatistische Amt werden 917 605 M., für das Reichs-Versicherungsamtsamt 1 342 790 M., für die physikalisch-technische Reichsanstalt 287 357 M., für das Kanalamt 2 588 350 M. gefordert. Der Gesamtetat für die fortlaufenden Ausgaben des Reichsamts des Innern erreicht diesmal die Höhe von 33 567 820 M., demnach übersteigt er die bei den Ausgaben des letzten Etats dieses Reichsamts um 3 842 175 M. An einmaligen Ausgaben des Reichsamts des Innern sind zu erwähnen die Beiträge zur Förderung der deutschen Schiffsklassifikation 20 000 M., die zur wissenschaftlichen Erforschung des römischen Grenzwall 44 000 M., 5000 M. mehr als für die Reichskommission für Arbeiterstatistik (1), Beiträge zur Ausschmückung des Reichstags-Gebäudes mit Bildwerken 52 000 M., für die physikalisch-technische Reichsanstalt 400 000 M., für die dritte Rate zum Denkmals Kaiser Wilhelm I. 1 480 000 M., für die dritte Rate zu einem Dienstgebäude des Reichs-Gesundheitsamts 600 000 M., für die Kosten der Berufs- und Gewerbeprüfung 1 400 000 M., für drei Schlepddampfer für den Nord-Ostsee-Kanal 120 000 M. Die einmaligen Ausgaben des Reichsamts des Innern betragen im kommenden Etatsjahr 3 404 700 M., somit 1 909 160 M. weniger als im laufenden Etatsjahr.

— Die Kommission für die zweite Lesung des bürgerlichen Gesetzbuches ist Sonnabend in die zweite Verathung des Einführungsgesetzes eingetreten und hofft ihre Arbeit so zu erledigen, daß das Ausführungsgesetz noch vor Weihnachten an den Bundesrath gelangen kann. Bei diesem Stande der Dinge hält man es der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zufolge nicht für ausgeschlossen, daß die kaiserliche Ermächtigung zur Einbringung des bürgerlichen Gesetzbuches im Reichstag am 16. Januar, dem Gedenktag der Kaiserproklamation, vollständig werden könne.

— Herr Groschuff, der zum Nachfolger des verstorbenen Oberreichsanwalts Tessendorf im Ausschickungsgenommen ist, war seit 1892 Senatspräsident beim Kammergericht. Groschuff wurde 1865 Gerichtsassessor, 1871 Staatsanwalt beim Kammergericht und 1879 Erster Staatsanwalt in Altona. Von dort wurde er 1888 in gleicher Eigenschaft an das Landgericht Berlin I berufen. Er blieb hier drei Jahre, ging 1891 als Oberstaatsanwalt nach Celle, wurde aber schon 1892 als Kammergerichts-Senatspräsident nach Berlin zurückberufen.

— Die Papierlieferungen für die „Kreuz-Zeitung“ haben bekanntlich Herrn v. Hammerstein Gelegenheit zu Schwindeln gegeben. Es hieß nun, daß gegen einen Papierlieferanten eine Anklage wegen Verschlebung an der von Hammerstein begangenen Untreue erhoben worden sei. Der Lieferant habe von Herrn v. Hammerstein für das Kilogramm Papier, das 25 Pf. kostete, 40 Pf. erhalten, wogegen Herr v. Hammerstein sich als Entgelt größere Summen als Darlehen vorstrecken ließ. Zu dieser Mitteilung wird den „Neuen Nachrichten“ von dem hauptsächlich beteiligten Papierlieferanten geschrieben:

Im Januar 1890 wurde zwischen dem Verlag der „Neuen Preussischen Zeitung“ (Kreuz-Zeitung) Grafen Fink v. Finkenstein und dem betreffenden Fabrikanten ein Vertrag abgeschlossen, der ihm gegen Darlehen eines Kapitals die Papierlieferungen auf 10 Jahre zusicherte. Das Kapital zuzüglich einer Provision sollte in diesem Zeitraum durch Amortisation zurückgezahlt sein; die Amortisation in der Weise erfolgen, daß zu dem Marktpreise, damals 32 Pf. pro Kilo, ein Zuschlag von 25 v. H. gemacht wurde. Es wurden also 40 Pf. berechnet, 8 Pf. davon auf Amortisationskonto gebracht. Auf Veranlassung des Herrn v. Hammerstein wurde der hohe Preis trotz des Sinkens der Papierpreise belassen. 5 1/2 Jahre lang wurden die Rechnungen zu dem Satz von 40 Pf. pro Kilo an der Kasse der „Kreuz-Zeitung“ bezahlt, ebenso die laufenden Zinsen, und ebenso wurde bis zuletzt dem Herrn v. Hammerstein von Seiten des Komitees der „Kreuz-Zeitung“ Dechore ertheilt. Als nach Suspension des Herrn v. Hammerstein von der Redaktion der „Kreuz-Ztg.“ die Zinszahlung ausblieb, wurde der Vertrag gekündigt. Dabei stellte sich heraus, daß das Komitee der „Kreuz-Zeitung“ von der Existenz eines Vertrages in dieser Form nichts wußte, daß Herr v. Hammerstein, wie aus den Untersuchungsakten hervorgeht, dem Komitee nachträglich nur einen von ihm gestifteten Papierlieferungsvertrag vorgelegt hatte. Bei einem Vorlegen des Vertrags bei dem Grafen v. Finkenstein in Troßau am 21. Juli etc. erklärte dieser seine unter dem Aktenschild befindliche Unterschrift, wie die Beglaubigung

dieser Unterschrift nebst Aktenschild, ebenso wie seinen Namen auf zwei als Kaution hinterlegten Akzepten für gefälscht. Die Anzeige beim Staatsanwalt erstattete das Komitee der „Kreuz-Zeitung“. Eine Vorladung beim Untersuchungsrichter zum 2. August wurde vertagt; es erfolgte die Vernehmung erst gegen den 20. September. Daraus ist ersichtlich, daß Herr v. Hammerstein ebenso die „Kreuz-Zeitung“ wie den Papierlieferanten durch seinen Betrag geschädigt hat. Da nun Herr v. Hammerstein entgegen den Bestimmungen des Vertrages noch andere Papierlieferanten herangezogen hatte, so könnte sich die Notiz über die Anklage, wenn sie wahr ist, wohl nur auf jene beziehen.

Herr v. Hammerstein ist mithin Fälscher und Schwindler schon vor fünf Jahren gewesen. Daß der Papierlieferant sich 5 1/2 Jahre lang 40 Pfennig für das Kilo Papier zahlen ließ, läßt sich schwer mit einer normalen Geschäftspraxis in Einklang bringen, zumal nicht gesagt ist, ob, wie anscheinend ursprünglich 8 Pfennig, später 15 Pfennig auf Amortisationskonto gebracht wurden. Auch wäre es nicht überflüssig, Aufklärung darüber zu geben, ob der Lieferant noch nach dem Januar 1890 Herrn v. Hammerstein Darlehen gewährt hat.

Hamburg, 7. Dezember. Der nationalliberale Aukturm gegen das Wahlrecht. Was nach ein bischen Selbstgefühl hat in der liberalen Bourgeoisie Hamburgs, lehnt sich gegen die nationalliberalen Reaktionsversuche auf. Der Vorstand der freisinnigen Volkspartei Hamburgs veröffentlicht einen Einspruch gegen das Vorgehen des Reichstags-Wahlvereins gegen das Reichstags-Wahlrecht. Die große Protestversammlung, die beschlossen wurde, soll, weil zur Zeit wegen des Weihnachtstages kein passender Saal aufzutreiben ist, erst im Januar stattfinden.

Herford, 9. Dezember. Amtliches Wahlergebnis der Reichstags-Wahl im Reichstags-Wahlkreis Herford. Halle 2: Quentin, Bürgermeister in Herford (lib.), 8968 Stimmen, Weihe Amtsgerichtsrath in Bünde (kons.) 8628 Stimmen. Quentin ist somit gewählt.

München, 9. Dezember. (Kammer der Abgeordneten.) Abg. Grillenberger (Sozialist) begründet die Interpellation, betreffend die Stellung der bayerischen Regierung zur neuen Zundersteuer-Vorlage, mit dem Hinweis, daß die neue Vorlage die Inlandspreise bedeutend steigern, ferner die kleinen Nebenproduzenten schädigen und nur den großen Fabrikanten Vortheile bringen werde. Der Ministerpräsident Frhr. v. Crailsheim führte in seiner Erwiderung aus, daß das Reichsgesetz vom 9. Juni 1895, betreffend die Zunderprämien, sei in der Hoffnung erlassen worden, daß bezüglich der Prämienvertheilung eine Vereinbarung mit den in betracht kommenden Staaten erzielt werden könne. Diese Hoffnung habe sich bisher nicht erfüllt. Daher liege die Erwägung nahe, durch andere Maßnahmen auf die Herbeiführung einer Verständigung bezüglich der Prämien hinzuwirken. Außerdem seien Bestimmungen angesetzt, um die kleineren Betriebe konkurrenzfähig zu erhalten, eine Ueberschuldung zu verhindern, sowie auch die Reichs-Kasse gegen eine etwaige Mindereinnahme sicher zu stellen. Die bayerische Regierung sei noch nicht in der Lage, sich definitiv über ihre Stellung zu der Vorlage zu erklären, welche im Bundesrathe zwar eingebracht, aber dort noch nicht durchberathen sei. Die bayerische Regierung trete immer für thunlichste Befreiung der Prämien ein, erachte es aber als ihre Pflicht, an der Erörterung eventueller Maßnahmen zu theilzunehmen. Abg. Freiherr v. Stauffenberg (lib.) bekämpfte eingehend alle zwei Theile der neuen Vorlage, die Prämienvertheilung sowohl, als die Erhöhung der Verbrauchssteuer und die Kontingentsteuer als ein gefährliches Experiment, aus welchem der Zunderindustrie kaum ein Vortheil, dagegen weiten Volkstheilen ernste Schädigung erwachsen würde. Der Prämienvertheilung würden andere Staaten in gleicher Weise nachfolgen. Das schließliche Ergebnis sei nur, daß die Zunderpreise im Auslande sinken und im Inlande steigen. Abg. Rasinger polemisierte gleichfalls gegen die neue Vorlage. Finanzminister v. Kiechel gab einen ziffermäßigen Ueberblick über die Ausdehnung und Bedeutung der Zunderindustrie und betonte, die Vorlage komme auch den kleinen Landwirthen zu gute; die Frage des Ueberhandnehmens der norddeutschen Zunderindustrie beruhe auch die bayerische Landwirtschaft, deren Wohlergehen die bayerische Regierung stets im Auge behalte. Nachdem noch der Führer des Zentrums, Abg. Osterer, die Vorlage in längerer Ausführung bekämpft hatte, war die Interpellation erledigt.

Stuttgart, 7. Dezember. Bei den Gemeinderathswahlen siegte die Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien und der Bürgervereine.

Fakultative Feuerbestattung in Württemberg. In der Freitagssitzung der württembergischen Abgeordnetenkammer wurde über die Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Württemberg eine sehr lebhaft debattiert. Der Antrag der Kommission: An die kgl. württembergische Regierung die Bitte zu richten, die Einführung fakultativer Feuerbestattung in Württemberg zuzulassen, gelangte sodann, obwohl die Herren Privilegirten und die Zentrumsmänner energisch gegen diese Erneuerung protestirten und mit den tüchtigsten Gründen die „tausendjährige christliche Sitte“ verteidigten, in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 40 Stimmen zur Annahme.

Mannheim, 6. Dezember. Eine Art Seitenstück zu dem Erfurter Verleumdungsprozeß gegen den Ersten Staatsanwalt Mannheim spielte sich heute vor dem Schöffengericht in Mannheim ab. Der Amtsrichter Neckel hatte sich wegen Verleumdung des Redakteurs der in Frankfurt a. M. erscheinenden „Kaufmännischen Presse“, Dr. Quard, zu verantworten. Die „Kaufmännische Presse“ hatte in einem „Fort mit der freien Station“ überschriebenen Artikel Mißhände in dem Mannheimer Handlungshause Johann Schreiber aufgedeckt und dabei u. a. erwähnt, es sei ein Kommiss, der sich über die zum Abendessen gegebenen sauren Eier beschwert habe, vom Prinzipal mit Ohrfeigen traktirt worden. Dieser Austritt wurde Gegenstand einer Anklage gegen den Chef des Hauses Schreiber, und das Schöffengericht verurtheilte diesen auch wegen thätlicher Verleumdung zu einer Geldstrafe von 50 M. In der Urtheilsbegründung hob Amtsrichter Neckel, der den Vorsitz führte, als trübseliger hervor, daß Schreiber sich in einer begreiflichen Erregung befunden und durch den unverkündeten und gehässigen Artikel der „Kaufmänn. Pr.“ schon genug gestraft sei. Dr. Quard erhob wegen der Ausdrücke „unverschämte“ und „gehässig“ Privatklage gegen den Amtsrichter. Das Amtsgericht wies diese ab, auf die eingelegte Beschwerde hin wurde sie aber vom Landgericht für zulässig erklärt. Heute fand die Verhandlung statt. Der Vertreter der Klage wies auf die grundsätzliche Bedeutung der Klage hin. Es widerspreche dem Begriff des Rechtsstaates, daß ein mit der Autorität des Staates umfester Beamter ohne Grund Ausdrücke gegen einen Staatsbürger gebrauche, die im gewöhnlichen Leben als schwere Ehrenkränkung aufgefaßt würden. Der Verteidiger des persönlich nicht erschienenen Beklagten gab vor seinem Plaidoyer die Erklärung ab, Amtsrichter Neckel habe die gebrauchten Ausdrücke nicht als eigene Ansicht, sondern als Auffassung des Gerichts, also der Schöffen vorgetragen. Das Urtheil lautete auf Freisprechung des Amtsrichters. Das Gericht war der Ansicht, daß dem Beklagten der Satz des § 198 M.-Str.-G.-B. zukomme; er habe das Recht, Ausdrücke, wie die beanstandeten, bei der Urtheilsbegründung zu verwenden.

Oesterreich.

Wien, 7. Dezember. Das Abgeordnetenhause erledigte das Berginspektoren-Gesetz in zweiter Lesung und nahm hierbei Anträge an, nach welchen zu dem montanistischen Beirathe auch Arbeiter und Vertreter der Handelstammern zuzuziehen seien. Die Resolution des Abg. Bernerstorfer, durch welche die Regierung aufgefordert wird, noch im Laufe der Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Inspektion der Bergwerke durch freigewählte, staatlich besoldete, von den Bergwerksbesitzern unabhängige Delegirte der Bergarbeiter, wurde ebenfalls angenommen.

Es folgte sodann die Verhandlung über den Dringlichkeits-Antrag des Abg. Bärreither (deutsch-national) betreffend den von demselben gestern eingebrachten Gesetzentwurf zum Schutze der Wahlfreiheit. Der Justizminister Graf Gleibach erklärte, die Regierung werde sich zu dem Antrage entgegenkommend verhalten; sie glaube sich in vollständigem Einverständnis mit allen Parteien, wenn sie den Intentionen, daß bei den Wahlen die wirkliche Absicht der Wahlberechtigten zum Ausdruck komme, Unterstützung entgegenbringe und die Hand dazu biete, daß die dahingehenden Bestimmungen des Strafrechts eine Verschärfung erfahren. Im Prinzip habe daher die Regierung gegen die Absichten des Antrages nichts einzuwenden, behalte sich jedoch vor, im Ausnahmefalle zu den einzelnen Paragraphen Stellung zu nehmen. (Beifall.) Abg. Pininski (Vole) wünschte die Ueberweisung des Antrages an den permanenten Strafrecht-Ausschuß. Die Abgg. Wengler (lib.), Lueger (Antisem.) und Bezorad (Jungtsche) erklärten sich für die Dringlichkeit. Abg. Bärreither erklärte sich mit der Ueberweisung an den permanenten Strafrecht-Ausschuß einverstanden. Die Dringlichkeit wurde sodann angenommen, der Antrag dem permanenten Strafrecht-Ausschuß überwiesen; der Ausschuss solle baldigst Bericht erstatten.

Der Regierung ist der Antrag, der sich speziell gegen die in Galizien üblichen Wahlbeeinflussungen richtet, recht unbedeutend, sie wagt es aber nicht, ihn direkt zu bekämpfen.

Frankreich.

— Republikanische Sehnsucht nach Majoritätsbeleidigungs-Prozessen. In Paris wird das Gerücht besprochen, daß eine bedeutende Kammergruppe die Einbringung eines Gesetzentwurfes beabsichtige, wonach die Person des Präsidenten der Republik gegen alle beleidigenden Angriffe sowohl in der Presse wie auch in der Kammer wirksam geschützt werden soll.

Für das Kraftbewußtsein der Republik spricht dieser Antrag nicht.

England.

London, 7. Dezember. Der gestern zum Parlaments-Abgeordneten der Universität Dublin erwählte Unionist, der bekannte Geschichtsschreiber und Verfasser der „Geschichte der Aufklärung in Europa“, Professor W. G. S. Lecky, ist 57 Jahre alt. Sein Gegner bei der Wahl, Wright, ist gleichfalls Unionist. Einen anderen Bewerber hätte die irische Hochschule, die auf der Grundlage der englischen Staatstirche als geistige Hochburg Englands in Irland gegründet wurde, niemals aufgestellt. Zur Wahl berechtigt sind die Mitglieder des Lehrkörpers, sowie sämtliche Graduirte der Universität. Auf Lecky fielen 1757 und auf Wright 1011 Stimmen. Sämmtliche jetzige und frühere Mitglieder der Korporation bekamen das Stimmrecht. Die Gegner Lecky's suchten namentlich das gegen ihn anzuführen, daß er ein Freigeist sei. Während der Wahl erklärte Lecky offen, daß er diese Frage nicht beantworten, sondern lieber auf seine Erwählung verzichten würde, ehe er eine parlamentarische Vertretung von einer bestimmten Glaubensrichtung abhängig gemacht sehen wollte. Eine große Anzahl Geistliche haben trotzdem die Wahl des muthigen Mannes unterstützt.

Rumänien.

Bukarest, 8. Dezember. (Deputirtenwahlen.) Die Regierung hat bei der Wahl im ersten Wahlkollegium den üblichen großen Sieg erfochten. Neben 72 Regierungskandidaten wurden bloß drei Konservative gewählt. Die Kandidaten der Unionisten, einer kleinen aber rührigen modernen Partei, darunter ihr Führer der ehemalige Minister Carp, sind unterlegen.

Serbien.

Beigrad, 8. Dezember. Dem „Bidofo“ zufolge ist zwischen Serbien und Griechenland ein Uebereinkommen getroffen worden zur Abwehr bulgarischer Umrirte in Mazedonien.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Dezember. Aus antiker türkischer Quelle kommt die Meldung, daß eine Anzahl als Georgier verkleideter und mit Henry-Martini-Revolvern bewaffneter Auftrüher bei Sataldibi in der Nähe von Sivass 14 mohamedanische Reisende überfielen und 5 von ihnen gefangen nahmen. Ferner machten die Auftrüher 11 Mohamedaner, darunter 2 Frauen zu Gefangenen, erschloffen alle männlichen Gefangenen, nachdem sie ihnen die Ohren abgeschnitten und die Augen ausgestochen hatten, und schleppten die Frauen fort. Diese Thaten seien augenscheinlich von russisch-armenischen Auswiegern ins Werk gesetzt, um die Mohamedaner zu ähnlichen Ausschreitungen zu veranlassen und dann die öffentliche Meinung gegen die Mohamedaner aufzureizen. Die türkischen Behörden bieten alles auf, um Gewaltthatigkeiten zu verhindern.

Konstantinopel, 9. Dezember. Vorgestern Nacht wurden in den mohamedanischen Quartieren zahlreiche Plakate vorgefunden, welche gegen das gegenwärtige Regierungssystem schwere Anklagen erheben und zur Vereinigung der Ulema, Militärs und Beamten ohne Unterschied der Nationalität und der Religion sowie zur Entsendung von Deputationen an die Gouverneure der Provinzen und an die Pforte auffordern, um die Stimmung und die Wünsche der Osmanen kund zu machen. In den Plakaten wird ferner gesagt, daß keine Absicht bestehe, eine Meuterei oder einen Aufstand ins Werk zu setzen und zwischen Mohamedanern und Christen einen Unterschied zu machen. Grausamkeiten des Despotismus seien unvermeidlich, wenn die Vereinigung des Volkes mangle. Die Soldaten seien keine Heuler und würden nicht auf ihre Brüder schießen. Die Freiheit werde nicht freiwillig verliehen, sie müsse verlangt werden. „Fordern wir“, heißt es in den Plakaten, eine Versammlung ununterrichteter, menschenfreundlich gesinnter Männer und die Berufung vollständiger, ehrbarer und fähiger Persönlichkeiten an die Spitze der Regierung.“ Die Proklamation schließt mit einer etwas dunkel gehaltenen Drohung für den Fall, daß die Forderung der Mitarbeit des Landes an den Regierungsgeschäften im Interesse aller Osmanen unerhört bliebe. Die Plakate tragen die Unterschrift: „Das ottomanische Komitee für Fortschritt und Einigkeit.“ — Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen; die in letzter Zeit üblichen militärischen und sonstigen Vorlichtsmaßregeln wurden erheblich verstärkt.

Dem Vernehmen nach stehen hier wieder neue Unruhen bevor. Den Anlaß dazu dürfte eine von den Anhängern Said Paschas und dem türkischen Komitee vorbereitete große Demonstration bieten. Auch in den Provinzen ist die Erregung wieder im Wachsen. In Palästina heißt es, daß sich Said Pascha nur durch die Furcht vor der Ermordung geschützt habe, die beschlossene Sache gewesen sein soll.

Der Sultan schwebt in steter Todesangst. Dies beweist die folgende Meldung: Als der Sultan am Freitag nach dem Salamat die Moschee verließ, gelang es einem Manne in türkischer Kleidung, welcher

eine Bittschrift in der Hand hielt, den Truppenbefehl zu durchbrechen. Der Mann fürzte bis zum Wagen des Sultans vor; er wurde sofort verhaftet. Der Sultan war höchst erschrocken und wurde sehr bleich. Von dem Inhalt der Bittschrift ist nichts bekannt.

Zur Flucht Said Pascha's in die englische Botschaft liegen folgende weitere Nachrichten vor:

Da der Sultan die Erfolglosigkeit seines Vorgehens einsah, bat er die Botschafter, die Said Pascha zu verhaften; dieser Wille entsprach der österreichisch-ungarische Botschafter im Namen seiner Kollegen. Infolge ihrer Besprechung am 5. d. M. üben die Botschafter aber keinen Druck auf Said Pascha wegen seiner Rückkehr aus, sondern lassen ihm volle Freiheit des Handels. Said Pascha befindet sich noch in der englischen Botschaft. Zwei Abgesandte des Sultans begaben sich zu ihm, um ihn zu erforschen, in seine Wohnung zurück zu kehren. Said Pascha bestand aber auf seiner Weigerung, weil er den Verhörungen, welche ihm gemacht wurden, nicht glaubt; Said scheint das Land verlassen zu wollen. Auf jeden Fall wird er die englische Botschaft ohne eine Garantie der Mächte nicht verlassen. In einer gestern stattgehabten Zusammenkunft der Botschafter wurde die Handlungsweise des englischen Botschafters Currie, Said Pascha zu gewähren, gebilligt; auch die Muselmänner sprechen sich lobend über die Handlungsweise Currie's aus. Alle Depeschen nach dem Auslande, welche Mittheilungen über die Flucht Said Pascha's enthalten, werden unterdrückt. In der Umgebung der englischen Botschaft sind seit Mittwoch Polizeibeamte aufgestellt. Denn Mitgliedern der Botschaft, welche sich auf der Straße sehen lassen, folgen Geheimpolizisten. In der vergangenen Nacht waren die englischen Kriegsschiffe „Coatatrice“ und „Imogene“ von Booten der türkischen Behörden umringt, weil man befürchtete, Said Pascha würde sich an Bord der Kriegsschiffe flüchten. Gegen Morgen entfernten sich die Boote von den Kriegsschiffen. Der englische Botschafter Currie hat bei der Porte energischen Widerspruch erhoben. — In türkischen Kreisen wird berichtet, Said Pascha habe nicht nur keine Verfolgung zu gewärtigen, sondern der Sultan beachtliche sogar, ihm einen Beweis seines höchsten Vertrauens durch neuerliche Berufung zum Großvezier zu geben, jedenfalls ihm aber Sicherheit zu garantiren, sofern er zurückkehrt. Eine gleiche Mittheilung wurde auch den Botschaftern gemacht mit dem Ersuchen, sie zu Kenntniß Said Pascha's zu bringen; letzterer, welcher ins Ausland abzureisen gedenkt, lehnte dies Ersuchen ab.

Nach telegraphischen Berichten, welche der „Köln. Ztg.“ über London aus Konstantinopel zugegangen sind, bestätigt es sich, daß die englische Botschaft fortgesetzt von Spionen und starken Patrouillen umgeben ist. Die „Köln. Ztg.“ nimmt an, daß der Argwohn des Sultans Said Pascha zum Verschwörer gestempelt und die Flucht desselben eine Verhängnis sei, daß die vielen über den Sultan und dessen Palastwirtschaft unlaute Gerüchte auf Wahrheit beruhen.

Ruba.

Insurgentenscharen unter Führung von Gomez und Maceo gelang es, in die Provinz Santa Clara einzudringen, um die Pflanzungen und die Eisenbahnen zu zerstören. Die Insurgenten überraschten eine Kolonne spanischer Truppen unter dem Befehl des Hauptmanns Segura, welche einen Transport Materialbegleitete. Bei dem Zusammenstoß fielen 3 Soldaten, doch gelang es der Kolonne, sich frei zu machen. Andere Insurgentenscharen sind an den Grenzen der Provinz Matanzas angekommen und marschiren auf Villas. Die spanischen Truppen marschiren ihnen entgegen. Ein Kampf steht bevor.

Parlamentarisches.

Die Sozialdemokratische Fraktion wird morgen folgende Initiativanträge einbringen:

1. Gesetz, betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich.

Die §§ 95, 97, 99 und 101 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich sind aufgehoben.

Die anzuhaltenden Bestimmungen lauten:

§ 95. Wer den Kaiser, seinen Landesherren oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate, dessen Landesherren beleidigt, wird mit Gefängnis nicht unter zwei Monaten oder mit Festungshaft von zwei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

96. Wer einer Thätlichkeit gegen ein Mitglied des landesherrlichen Hauses seines Staats oder gegen den Regenten seines Staats oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate einer Thätlichkeit gegen ein Mitglied des landesherrlichen Hauses dieses Staats oder gegen den Regenten dieses Staats sich schuldig macht, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer, in minder schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von einem bis zu fünf Jahren ein.

97. Wer ein Mitglied des landesherrlichen Hauses seines Staats oder den Regenten seines Staats oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate ein Mitglied des landesherrlichen Hauses dieses Staats oder den Regenten dieses Staats beleidigt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

99. Wer außer dem Falle des § 95 einen Bundesfürsten beleidigt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Die Verfolgung tritt nur mit Ermächtigung des Beleidigten ein.

101. Wer außer dem Falle des § 97 den Regenten eines Bundesstaates beleidigt, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Die Verfolgung tritt nur mit Ermächtigung des Beleidigten ein.

2. Gesetz, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.

§ 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Versammlung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens 6 Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einrufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.

§ 2. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen einschließlich derer, welche die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, unterjagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen gewährleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

3. Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

I. die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht, und deren Zuständigkeit auf die Entscheidung von Streitigkeiten ausgedehnt wird, die aus dem Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis aller im Gewerbe, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Handel und Verkehr oder als Besondere beschäftigten Personen entstehen;

II. die Theilnahme an den Wahlen und die Berufung auf die in den genannten Berufen beschäftigten weiblichen Personen ausgedehnt wird;

III. die Verleihung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf das vollendete zwanzigste Lebensjahr herabgesetzt wird.

4. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handel- und Verkehrsberufen beschäftigten Personen auf acht Stunden festgesetzt wird.

5. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch sämtliche landesgesetzliche Sonderbestimmungen über die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes zu ihren Arbeitgeberern bezw. zu ihrer Dienstherrschaft aufgehoben werden und an deren Stelle die Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung treten.

6. Gesetz wegen Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten:

Die dem Statthalter von Elsaß-Lothringen durch den § 2 des Gesetzes, betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens, vom 4. Juli 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 185) übertragenen außerordentlichen Gewalten (Gesetz, betreffend die Einrichtung der Verwaltung vom 30. Dezember 1871, Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen 1872 S. 49) sind aufgehoben.

7. Gesetz wegen Einführung des Reichsgesetzes für die Presse in Elsaß-Lothringen.

Das Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzblatt S. 65) tritt am 1. April 1896 für Elsaß-Lothringen in Kraft.

8. Gesetz betreffend Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen.

§ 1. Die Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich in der Fassung, welche durch Artikel 16 des Gesetzes vom 1. Juli 1883, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Reichs-Gesetzblatt S. 159), durch das Gesetz vom 8. Dezember 1884 (Reichs-Gesetzblatt S. 255), durch das Gesetz vom 23. April 1886, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Reichs-Gesetzblatt S. 125), durch das Gesetz vom 6. Juli 1887, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Reichs-Gesetzblatt S. 218), durch das Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung, vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzblatt S. 261), sowie durch die vom Bundesrath in Ausführung der ihm durch die Gewerbe-Ordnung erteilten Vollmachten gefaßt und vom Reichstag genehmigten Beschlüsse festgesetzt ist, tritt in Elsaß-Lothringen in Kraft.

§ 2. Die §§ 1, 2, 3, 4, 5 und 7 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen vom 27. Oktober 1888 (Reichs-Gesetzblatt S. 57) sind aufgehoben.

§ 3. Alle mit diesem Gesetz in Widerspruch stehenden landesgesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sind aufgehoben.

§ 4. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

9. Gesetz, betreffend die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen:

Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz: „In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen Gleiches, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Bundesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etat erforderlich.“

10. Gesetz, betreffend die Abänderung des Artikels 31 des Gesetzes, betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871.

Einziges Artikel. Der Artikel 31 des Gesetzes, betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 (Bundes-Gesetzblatt 1871 S. 63), wird wie folgt abgeändert: Artikel 31. Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Auf Verlangen des Reichstages muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchung, Straf- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

11. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Entwurf für ein Reichs-Berggesetz vorzulegen.

Partei-Nachrichten.

Dr. Leopold Jacoby der Dichter von: „Es werde Licht!“, einer der besten Vorkämpfer unserer Sache, liegt angeblich im Krankenlager zu Neumünster, Zürich. Seit unseren Freund und Mitarbeiter vor drei Jahren ein Schlaganfall traf, hat er fortwährend gekränkelt. Möge ihm, der noch in den besten Jahren ist, jetzt volle Genesung werden, damit er wieder mit ganzer Kraft für die Sache des Proletariats wirken kann! In diesem Wunsch wissen wir uns eins mit der Gesamtheit der deutschen Arbeiter.

In Hamburg beschloß eine kombinierte Versammlung der drei sozialdemokratischen Vereine, den noch vorhandenen Reichsüberfluß im Betrage von 3081 M. den Vorständen der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs mit der Bedingung zu überweisen, das Geld für die Gesamtinteressen der Partei zu verwenden.

In der Landgemeinde Kellinghusen wurde Genosse Schmidt mit 51 gegen 32 Stimmen zum Mitgliede des Schulkollegiums gewählt.

Zum sozialdemokratischen Parteitag der Schweiz, der am 21. Dezember in Bern in den Räumen des „Volkshauses“ zusammentritt, hat die Mitgliedschaft Oberwil eine Revision des Gesamtprogramms beantragt.

Todtenliste der Partei. In Oberlungwitz in Sachsen verchied nach kurzem, aber schwerem Leiden, unser braver Genosse und Vertrauensmann Julius Keßmann. — In Lüneburg ist ein alter Freiheitskämpfer, der Quartierweber Karl Krippendorf, im

Alter von 81 Jahren aus dem Leben geschieden. Seit früher Jugend bis zu seinem Lebensende hat er treu zur Fahne der Freiheit gestanden und war namentlich auch unter dem Sozialistengesetz für unsere Sache eifrig thätig.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Preßprozeß gegen die Breslauer „Volks-wacht“. Genosse Bruns war angeklagt auf Grund § 17 des deutschen Preßgesetzes (wonach die Veröffentlichung einer Anlagenschrift, ehe der Prozeß zur Verhandlung gekommen, mit Geld-, Haft- oder Gefängnisstrafe bedroht ist), weil er Bruchstücke aus der Majestätsbeleidigungs-Anlage gegen Genossen Zahn in seinem Blatte veröffentlicht hatte. Der Gerichtshof nahm an, daß Bruns im Moment der Artikelabfassung das Bewußtsein, eine strafbare Handlung zu begehen, nicht gehabt habe. Das Urtheil lautete auf 50 M. oder zehn Tage Haft.

— Sächsisches. Dem Vorstände des Gesangsvereins „Solidarität“ in Zwicau ist an Polizeistelle mitgeteilt worden, daß der Verein, weil sich Mitglieder darunter befinden, die sozialdemokratische Tendenzen verfolgen, unter das Verbotgesetz gestellt würde. Der Vorstehende muß demzufolge die Gesangsabende der Polizei anmelden und die Ueberwachung der Sänger wird nicht ausbleiben.

— Gegen Genossen Hoch in Hanau ist schon wieder eine Untersuchung eingeleitet worden und zwar wegen eines vor kurzer Zeit in Frankfurt gehaltenen Vortrages über die Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in England. Die Anzeige beruht auf einem Bericht des überwachenden Beamten, der nur aus einigen wenigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen besteht.

— In Budapest wurde — wie das Wolffsche Bureau meldet — am Sonntag eine Arbeiterversammlung wegen „mobiler“ Angriffe auf Regierung und Parlament aufgelöst; in Alt-Ofen genügte schon die angeblich „unpatriotische“ Aeußerung eines „Führers der Sozialisten“, daß den Arbeitern eine Verarmung durch Auflösung illusorisch gemacht wurde. Zu der erst erwähnten Versammlung wurden 2 Personen verhaftet.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Mäntelnäherinnen Berlin! Bekanntlich geht unsere Forderung dahin, einen einheitlichen Lohnstarif auch in der Mäntelbranche zur Geltung zu bringen. Die unterzeichnete Kommission ist mit dem Tarif soweit fertig, daß er in nächster Zeit der Öffentlichkeit übergeben werden soll; bevor jedoch dieses geschieht, ist es nöthig, daß die beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen erst noch ihr Gutachten darüber abgeben. Zu diesem Zweck wird Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Oranienstraße 180 bei Nautenberg (früher Hoffmann) eine Werkstätt- und Geschäfts-Delegirtenversammlung abgehalten, wo über den Tarif nochmals eingehend beraten werden soll.

Es ist nöthig, daß speziell die Mäntelnäherinnen in dieser Sitzung erscheinen und dazu beitragen, daß der Tarif auch den Wünschen der daran Beteiligten entspricht. Die Fünfer-Kommission, J. A. A. Zander.

Aus Prag wird telegraphirt: Die Buchdruckereibesitzer Böhmens beschloßen, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen sowie den Lohn um 10 pCt. zu erhöhen. — Es handelt sich dabei um die Einführung des zwischen den Buchdruckereibesitzern und Buchdruckergehilfen Oesterreichs zu stande gekommenen allgemeinen Tarifs.

Gerichts-Beilage.

In Potsdam sollte am Montag, den 9. d. M., gegen den Assessor Wehlan vor der dortigen Disziplinarkammer verhandelt werden. Die Verhandlung ist jedoch vertagt worden. Es handelt sich bekanntlich um zahlreiche Mißhandlungen Schwarzers, deren Wehlan sich als kaiserlicher Beamter in den Kolonien schuldig gemacht haben soll.

Eine für alle Stadgemeinden wichtige Entscheidung hat das Oberlandesgericht zu Dresden getroffen. Die 1840 geborene Frau Händlerin Marie Selma verw. Advokat Schiffer in Leipzig war am 9. Februar 1893 beim Wasserholen in der Nähe eines öffentlichen Trankbänders infolge Platzens gefallen und hatte den rechten Unterarm in der Nähe des Handgelenks gebrochen. Da nicht gestreut gewesen war, strengte die Schiffer Klage auf 450 M. jährlichen Schadenersatz gegen die Leipziger Stadtgemeinde an. Vom Reichsgericht wurde die Berechtigung zur Forderung eines Schadenersatzes anerkannt und nachmals vom Oberlandesgericht der zu zahlende Betrag auf 150 M. pro Jahr festgesetzt.

Der Prozeß gegen den Buchhalter Richard Büfing, welcher in den Schleicher'schen Geschäften Unterschlagungen in Höhe von etwa 100 000 M. begangen und diese Unterschleife durch Fälschung der Bücher jahrelang verborgen hatte, wurde am Sonnabend vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu Ende geführt. Der Gerichtshof konnte sich der Ansicht der Vertheidigung, daß Büfing die Straftathaten im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit begangen habe, nicht anschließen, obgleich der Angeklagte mehrfach wegen Nervenleidens behandelt worden ist. Das Urtheil lautete auf 2 Jahre 8 Monate Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Stettin, 9. Dezember. (W. Z. B.) Dem brasilianischen Panzerkreuzer „24 de maio“ brach vor der Fahrt von Swinemünde hierher in der Kaiserfahrt die Ruderpinne, dasselbe kam infolgedessen auf Grund. Zwei Eisbrecher von hier gelang es, den Panzer flott zu machen. Er wird voraussichtlich heute Abend an der West des „Kulka“ eintreffen.

Schwerin i. Meckl., 9. Dezember. (W. Z. B.) Die Regierung beantragte beim Landtage 2 1/2 Millionen Mark Landeshilfe für den Kanalbau Wismar-Schwerin zu bewilligen, wodurch eine Verbindung der Ostsee mit der Elbe hergestellt würde. Der Antrag wurde an eine Kommission verwiesen.

Wien, 8. Dezember. (W. Z. B.) Die eiserne Kasse des zweiten Kaiser-Jägerregiments wurde im Hofe der Krennweber-Kaserne erbrochen und ihres Inhalts — 1800 Gulden in baar und ein hoher Betrag in Werthpapieren — beraubt aufgefunden. Der Thäter konnte bisher nicht ermittelt werden.

Bern, 9. Dezember. (W. Z. B.) Ein fürchterlicher Orkan und ein Erdbeben wüthete gestern im Dorfe Guttman. Die Häuser wurden zerstört und heruntergerissen, etwa ein Drittel der gesammten Häuser stark beschädigt.

Kopenhagen, 9. Dezember. (W. Z. B.) Bei Hirtshals auf Jütland wurden gestern mehrere Schiffskisten von dem Stettiner Barkschiffe „Nektor“ gefunden. Das Schiff ist wahrscheinlich bei dem Sturme der letzten Tage untergegangen.

Mailand, 9. Dezember. (W. Z. B.) Wie dem „Secolo“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hätte der Sultan drei hohe Palastbeamte ins Meer zu werfen beschloßen, da sie ein Giftmord-Attentat gegen ihn geplant haben sollen.

Madrid, 9. Dezember. (W. Z. B.) Zur Unterdrückung von Ausschreitungen, die anlässlich der heute gegen die Regierung geplanten Demonstration stattfinden können, sind seitens des Ministerpräsidenten Canovas die umfassendsten Maßregeln getroffen worden. Die gesamte Garnison ist konfignirt. An der Demonstration werden sich auch die Parteiführer Sagasta, Silveira, Salmeron und Maximal beteiligen.

London, 9. Dezember. Nach einer bei Lloyd's eingegangenen Depesche aus Perth brach auf dem Dampfer „Pragada“, von Shields nach New-York unterwegs, 140 Meilen nördlich vom Kap Wrath Feuer aus. Der Dampfer feuerte darauf Fartoe zu, stieß auf einen Felsen und sank. Sieben- undzwanzig Personen von der Mannschaft sollen umgelungen sein; einer, Henry Anders aus Rosoch, wurde gerettet.

Reichstag.

3. Sitzung vom 9. Dezember 1895, 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Fürst Hohenlohe, v. Bötticher, v. Marschall, Graf v. Posadowski, Miquel, Bronsart v. Schellendorff, Hollmann, Graf Hohenthal.

Die Bänke des Hauses sind schwach besetzt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst verschiedene Anträge wegen Einstellung von Strafverfahren, welche gegen die Abgg. Stadthagen, Bueh, Lieblinck, Hirschel, Fischer und Müller-Waldenburg anhängig gemacht sind. Die Anträge werden ohne Debatte angenommen, und zwar die auf die sozialdemokratischen Abgeordneten bezüglichen gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Freikonservativen, die übrigen einstimmig.

Es folgt die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1896/97, des dazu gehörigen Anleihegesetzes und des Etats für die Schutzgebiete.

Zur Einleitung der Debatte nimmt das Wort

Schatzsekretär Graf von Posadowski: Aus der Thatsache, daß nach dem Etat von 1894/95 die Einzelstaaten Mehrausgaben zu leisten hätten und daß schließlich noch ein Ueberschuß von 7 Millionen zusammengefloßen ist, hat man geschlossen, daß die Voranschläge von 1894/95 offenbar in Einnahme zu niedrig gewesen seien, um eine bessere Stütze für die Finanzreform zu gewinnen, eine Annahme, die ich als eine durchaus tendenziöse und unbedeutende zurückweise. Seit dem Jahre 1879 ist für die Veranschlagung der Einnahmen freilich der dreijährige Durchschnitt maßgebend gewesen. Ich glaube, daß die pessimistische Auffassung, die sich bezüglich unserer künftigen finanziellen Entwicklung in der Militärkommission kund gab, kein Anlaß ist, von diesem bisher beobachteten Verfahren der Veranschlagung der Einnahmen abzugehen. Allerdings, als die Steuern zur Deckung der Militärverordnungen in Aussicht kamen, änderte sich die Stimmung in eine optimistische. Der Reichstag erhöhte die Einnahmen um 11 1/2 Millionen, in zwei Fällen mit Erfolg, in einem Falle aber ist der Anlaß nicht erreicht worden. Der verhältnismäßig günstige Abschluß des Jahres 1894/95 ist nicht nur eine Folge erhöhter Einnahmen, sondern beruht wesentlich auch auf der Verminderung der Mehrausgaben — und das verdanken wir vor allem der Heeresverwaltung. Das Rechnungsjahr 1894/95 hat gegen den Etatsoll ein absolutes Minus von 80 000 M. ergeben, aber auch die Ueberschreitungen des Etats sind um 7 Millionen geringer gewesen. Wir sind ernstlich bemüht gewesen, sparsam zu Werke zu gehen. Und ist denn ein Ueberschuß von 27 1/2 Millionen für die Bundesstaaten und von 7 Millionen für das Reich in der Finanzgeschichte des Reiches etwas Unerhörtes? In den 27 Millionen Mehrausweisungen an die Bundesstaaten ist der Mehrertrag der Börsensteuer enthalten, der in dem Etat nicht berücksichtigt ist; es handelt sich dabei um 14 1/2 Millionen, es bleibt also ein unerwarteter Mehraufschlag von nur 12 1/2 Millionen Mark. Bei der Schätzung des abgelaufenen Etatsjahres theilte ich mit, daß die Postverwaltung befürchte, daß der Etatsanlaß nicht erreicht werden würde. Thatsächlich hat sich doch ein Ueberschuß ergeben für 1894/95 von 22 Millionen Mark. Die Eisenbahnverwaltung hat wegen der ungünstigen Verhältnisse des Personenverkehrs 1894 einen geringeren Ueberschuß ergeben als 1893. Man hat der Regierung vorgeworfen, daß sie der aufsteigenden Bewegung unseres Erwerbslebens nicht genügend Rechnung getragen habe. Ich habe nur 8 Millionen zu niedrig geschätzt; was macht das aus bei einem Etat von 2000 Millionen Mark! Wir wollen die Verhältnisse nicht ungünstig darstellen, das beweist, daß wir für 1895/96 den Etatsanlaß erheblich höher bemessen haben als nach der früheren Progn. Sobald der Reichstag die Spannung im Etat auf 10 Millionen zurückgeschritten hatte, haben die Regierungen ihre Steuerforderungen ebenfalls auf diesen Betrag beschränkt. Bezüglich des laufenden Etatsjahres muß ich voraussagen, um nicht wieder auf der dritten Dezimalstelle festgenagelt zu werden, daß es schwierig ist, vor Ablauf des Etatsjahres die Finanzabrechnung der großen Verwaltungen des Reiches und der Marine zu schätzen. Ebenso schwankend sind die Einnahmen der Betriebsverwaltungen. Wir werden auf erhebliche Mehrausgaben zu rechnen haben, so für Ostafrika. Für Südwestafrika 1 1/2 Millionen für das erste halbe Jahr, für Kamerun 900 000 M. Im Reichsamt des Innern wird eine Mehrausgabe von 500 000 M. infolge der erhöhten Ausgabe für die Invaliditäts-Versicherung berechnet. Bei der Marineverwaltung entstand eine Mehrausgabe für die Herstellung von Waffen für flüssige Deutzstoffe. Die Militärverwaltung ergibt eine Minderausgabe, namentlich bei der Naturalverpflegung und bei der Pensionsverwaltung. Ersparnisse treten auch ein bei der Reichsschuld. Bei der Schätzung der eigenen Einnahmen des Reiches sind verschiedene Dinge zu berücksichtigen, da die Einnahmen aus den Zöllen von einzelnen Waarengruppen sich nicht gleichmäßig über das ganze Jahr erstrecken. Wir hoffen auf einen Mehrertrag bei den Stempelabgaben, bei der Post und zentralen Verwaltung, dagegen auf eine kleine Mindereinnahme bei der Branntweinsteuer. Mehr- und Mindereinnahmen würden gegen einander aufgerechnet eine Mehreinnahme von 11 1/2 Millionen Mark ergeben. Bezüglich der Ueberweisungen nehmen wir an, daß die Zölle 28 1/2 Millionen, die Börsensteuer 8 Millionen mehr, die Branntwein-Verbrauchsabgabe dagegen 8 1/2 Mill. weniger ergeben werden. Es bleiben also für die Bundesstaaten rund 80 Millionen Mehrausweisungen. (Abg. Richter: Hört! Hört!) Der vorliegende Etatsentwurf enthält einige Änderungen der Dienstaltersstufen; wir sind darin so weit gegangen, als wir konnten, um Härten zu mildern, so weit als es geschehen kann, wenn man nicht eine allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter beabsichtigt. Mehrausgaben werden entstehen bei der Militärverwaltung wegen der gestiegenen Getreidepreise, beim Reichsinvalidenfonds zur Unterstützung von Invaliden. Beim Reichsinvalidenfonds bleiben noch 34 Millionen Kapital verpfändbar. Diese Summe wird notwendig sein, um diejenigen Kriegsteilnehmer, deren Invalidität bisher nicht anerkannt ist, zu unterstützen. Für die Kolonien sind 1 1/2 Millionen Mark mehr in Aussicht genommen. Für die Beschaffung von Garnisonübungspätzen sind 10 1/2 Millionen ausgesetzt, für Bauten sind 64 Millionen angesetzt. Eine Mehrausgabe ist angelegt für die Verstärkung der Marine, in den nächsten Jahren den Betrag für Schiffneubauten wieder zu erhöhen. Die Einnahmen sind bei den Zöllen um 18 1/2 Millionen niedriger veranschlagt als für das laufende Jahr. Die Zolleinnahmen vom Getreide

machen weit über 1/3 der Zolleinnahmen aus. Deshalb müssen wir bei ihrer Veranschlagung vorsichtig sein, denn sie hängen nicht von unserem Willen, sondern von den Grateverhältnissen ab. Die Zolleinnahmen haben 1894/95 die Einnahmen von 1890/91 erreicht und sind größer als 1880/90. Der Ausfall an Getreidezöllen ist rein arithmetisch ausgeglichen durch die Mehreinnahmen an Zöllen für Kakao, Kaffee, Thee, Petroleum und Tabak. Ueber die Ergebnisse der Börsensteuer können die verbündeten Regierungen eine gewisse Befriedigung empfinden; alle traurigen Voraussetzungen sind bisher nicht eingetroffen. Aber man thut doch gut, die Einnahmen aus der Börsensteuer als einen unsicheren Faktor anzusehen. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls kann man uns den Vorwurf nicht machen, daß bei der Börsensteuer eine zu niedrige Veranschlagung stattgefunden hat. Mehreinnahmen sind bei der Postverwaltung vorgesehen und auch bei der Militärverwaltung namentlich aus der Veräußerung sehr werthvoller Grundstücke. Die sogenannte Spannung, d. h. der Betrag der Naturalbeiträge vermindert um die Summen der Ueberweisungen stellt sich auf 12 1/2 Millionen. Die Annahme, daß erst eine nachträgliche Änderung des Etats diese Summe herbeigeführt hat, ist unrichtig. Würde es politisch richtig sein, die Einnahmen über ihren sicheren Betrag zu erhöhen? Aber Sie sehen, die schwarze Sorge sitzt jetzt weder hinter dem Tabakfabrikanten, noch dem Weinbauer und Bierbrauer. Wenn der Reichstag die Ausgaben zu sehr beschränkt, so leidet darunter das Ansehen der Finanzverwaltung, die verantwortlich ist dem Lande gegenüber; dann wird schließlich der Kuchen von vornherein zu groß gebrochen. Ich bitte Sie also, nicht an den Etat mit dem Vorurtheil heranzugehen, daß hier ein gewisser Betrag abgeschrieben werden muß. Es ist mir vorgeworfen, daß ich im Februar 1895 die Spannung für 1896/97 auf 70 Millionen berechnete, während sie jetzt nur 12 1/2 Millionen beträgt. Damals betrug die Spannung nicht 10 1/2, sondern noch 19 Millionen; es kamen zwei Nachtragsetats hinzu; ferner ergeben sich Ersparnisse bei der Naturalverpflegung. Diese Verhältnisse können sich jeden Tag ändern, deshalb können sie der Berechnung nicht zu Grunde gelegt werden. Die Börsensteuer ist mit 80 Millionen höher eingestellt als 1894/95 und 12 Millionen höher als sie anfangs 1895 geschätzt werden konnte. An eine solche Steigerung der Einnahme konnten wir selbst nicht glauben. Das günstige Resultat des Etats für 1896/97 liegt theils in der angewandten Sparsamkeit, theils an den unerwarteten Mehreinnahmen. Daß die Regierung schwarz gemalt habe, trifft also nicht zu; wir mußten die ungünstigen Konjunkturen mit in Kauf nehmen. Die einzelstaatlichen Finanzminister sind vielleicht augenblicklich sehr erfreut, daß ihnen aus dem abgelaufenen und dem laufenden Etat Mehreinnahmen von 57 Millionen zufallen. Wenn aber die Finanzreformen durchgeführt wären, so hätten wir jetzt die Sicherheit, daß davon 17 Millionen Mark verwendet werden würden zur Tilgung von Schulden. Die verbündeten Regierungen halten deshalb fest an dem gesunden Gedanken der Finanzreform. (Beifall rechts.) Die verbündeten Regierungen haben den ernstesten Willen gehabt, den Etat anzuschneiden nach Maßgabe der vorhandenen Steuerkraft; sie wollten den Steuerzahlern und besonders den Einzelstaaten nicht wesentlich höhere Opfer zumuthen, als notwendig. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkte aus den Etat zu beurtheilen. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Krüger (3.): Die Anerkennung, daß der Etat knapp aufgestellt ist, kann ich dem Staatssekretär gewähren. Daß die Regierung die Einnahmen absichtlich zu knapp bemessen habe, ist ihr vom Centrum nicht vorgeworfen worden. In vielen Punkten bin ich mit dem Staatssekretär einverstanden. Vorsichtig muß die Finanzverwaltung bei der Veranschlagung der Einnahmen sein, aber sie darf auch nicht empfindlich sein, wenn der Reichstag einmal hinausgeht über ihre Vorschläge. Was die Börsensteuer betrifft, so kann ich mit dem Herrn Staatssekretär nur zur Vorsicht bei der Veranschlagung der Einnahmen daraus mahnen; es ist doch fraglich, ob es überhaupt möglich sein wird, die veranschlagte Summe zu erreichen. Jede politische Beunruhigung führt zur Verminderung der Verfertigungsfähigkeit. Die Berechnung der Zolleinnahmen erscheint mir doch sehr angreifbar.

Die Mehrausgaben des Reichsamts des Innern entspringen namentlich der Invaliden-Versicherung. Diese Versicherung wirkt nicht nur an sich unsympathisch, sondern hat auch einen bedenklichen Schatten auf die andern an sich so segensreichen Versicherungsgesetze geworfen. In bezug auf den Nord-Ostsee-Kanal liegt eine finanzielle Lösung vor, denn die Erwartung, daß er eine mäßige Verzinsung ergeben würde, ist nicht erfüllt, aber seine Bedeutung wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Bezüglich der Schulden des Reiches sollte man in Erwägung ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, kündbare Obligationen auszugeben. Rußland, Oesterreich, ja sogar das kleine Holland haben vorwiegend amortisierbare Schulden. Angesichts dessen, daß der Zinsfuß sich wieder gehoben hat, ist die Konvertierung jetzt nicht angebracht, auch aus anderen wirtschaftlichen Gründen unerwünscht. Aber wenn der Zinsfuß dauernd niedrig bleibt, dann sollte man erwägen, ob man nicht die ersparten Zinsen zur Schuldentilgung verwenden könnte. Vielleicht kann man zu einer Schuldentilgung kommen auf dem Wege einer zweckmäßigen Finanzreform. Die von der Regierung vorgelegte Reform war nicht zweckmäßig. Denn die Francoheine'sche Klausel darf nicht beseitigt werden.

Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse können leicht beeinflusst werden durch die Erhöhungen, welche in der Volkstheorie des Präsidenten Cleveland enthalten sind. Es würde erfreulich sein, wenn ein Vertreter des auswärtigen Amtes uns darüber Aufklärungen geben könnte. Bei den einmaligen Ausgaben können doch vielleicht noch Abstriche gemacht werden; denn sie sind immer noch zu hoch.

Die Presse hat in den letzten Wochen vielfach die Frage der viernten Bataillone beschäftigt; ich hoffe, daß der Kriegminister, wenn nicht heute, so doch in der Kommission darüber sich äußern wird, wie sich die mit schweren Opfern erkaufte Reorganisation des Heeres bewährt hat. Ferner muß ich verweisen auf die Reform der Militärstrafprozedur; es liegt ja bereits ein national-liberaler Antrag vor, welcher Offenheit des Militärstrafverfahrens fordert. Ueber diese Frage können wir uns ganz objektiv und ruhig unterhalten. Ich muß sagen, daß das Militärstrafverfahren besser ist als sein Ruf; es wird gründlich untersucht und es wird human bestraft. Aber daß das Verfahren hinter verschlossenen Thüren stattfindet, giebt zu allerlei Verdächtigungen und Vermuthungen Anlaß. Die militärische Disziplin wollen wir nicht untergraben. Aber wenn wir im Lande überall die Oeffentlichkeit des Verfahrens haben, ist es nicht mehr angemessen, daß in bezug auf 500 000 Männer die Oeffentlichkeit ausgeschlossen ist, zumal in Bayern für das Militär das öffentliche Verfahren besteht.

Zur Marine-Etat werden fünf neue Schiffe verlangt; das ist nicht bloß eine einmalige Mehrausgabe, sondern erfordert auch eine Erhöhung des Mannschafstbestandes und eine Mehrausgabe für die Indienststellung.

Dies sind erhebliche Abstriche wohl gerechtfertigt und ich hoffe, daß die Kommission sich auf einer Mittellinie der Berücksichtigung bewegen wird. Unsere Kolonialpolitik erfordert die Mitwirkung von Kriegsschiffen.

Die Kolonialverwaltung hat auch ihre schwachen Seiten. Es sind erhebliche Mehrausgaben für die Schutzgebiete vorgesehen, zusammen 1 1/2 Millionen mehr, insgesammt über 7 Millionen M. Hier wird die Kommission ernstlich prüfen müssen, ob nicht ein Theil der Ausgaben in Wegfall kommen kann. Ein absolutes Nein wird nicht möglich sein. Die Kolonialpolitik wird dahin führen müssen, daß Besetzung verbreitet wird. (Heiterkeit links.) Erfreulich ist, daß das Reich die deutschen Missionen in China selbst unter seinen Schutz genommen hat. Dazu müssen wir natürlich die Mittel gewähren. Wir müssen in Ostasien nicht kleine, schwache Kanonenboote haben, sondern gut ausgerüstete Kriegsschiffe. Es wäre bedauerlich, wenn lediglich der Geldfrage wegen den Missionen der Schutz verweigert werden sollte. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Das Reich hat jetzt auch Grundbesitz in Ostasien erworben; ich wünsche, daß die Hoffnungen, die darauf gesetzt worden, in Erfüllung gehen. Aber es wird auch dabei große Vorsicht geboten sein. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes werden alles aufbieten müssen, um uns vor unabsehbaren Konflikten zu behüten. Wir müssen unsere Kräfte nicht zersplittern, sondern konzentriren, da unsere geographische Lage uns dazu veranlaßt. Wir müssen auch unsere finanziellen Kräfte zusammenhalten, um den Stürmen, die uns von Ost oder West drohen können, stand zu halten. (Beifall.)

Staatssekretär v. Marschall: Der Vordruder hat den Wunsch ausgesprochen, daß das Auswärtige Amt sich äußern möge über die Botschaft des Präsidenten Cleveland. Ich komme diesem Wunsch gern nach. Bezüglich der Behandlung des deutschen Judentums dauert die Sachlage heute noch unverändert fort, wie sie vor einem Jahre vorhanden war. (Hört, hört!) Bekanntlich hat im vorigen Jahre der amerikanische Kongreß eine Gesetzesbestimmung angenommen, wonach der aus den Prärien zahlenden Ländereinkommen der Juden ein Zuschlag zu zahlen hat. Diese Bestimmung hat neben andern europäischen Ländern auch Deutschland getroffen. Wir haben sofort entschieden Einspruch gegen diese Bestimmung erhoben, da sie in Widerspruch steht mit unserem vertragmäßigen Meistbegünstigungsrecht. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich mit voller Loyalität bemüht, unseren Beschwerden Geltung zu verschaffen. In seiner vorjährigen Botschaft hat der Präsident der Vereinigten Staaten den Kongreß ausdrücklich gebeten, diesen Zuschlag wieder aufzuheben. Dieser Versuch ist gescheitert an dem Widerstande des Senats, und die differenzielle Behandlung unseres deutschen Judentums dauert in Amerika fort. Unter diesen Umständen muß es überraschen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner jüngsten Botschaft gegen Deutschland den Vorwurf erhebt, daß wir die amerikanischen Zahlungsmittel differenziell und die amerikanischen Versicherungsgesellschaften verächtlich behandeln. Ich nehme keinen Anstand, diese Behauptungen als der Begründung entbehrend zu bezeichnen. (Beifall.) Wir haben vor einiger Zeit die Einfuhr amerikanischer Individueen und Rindfleischs in Deutschland verboten, nachdem die Sachverständigen einstimmig die Symptome von Rauschheiten bzw. gesundheitsgefährdende Anzeichen festgestellt haben. Diese Maßregel richtet sich überhaupt gegen alle Länder, von denen die Einfuhr von Seuchen zu befürchten war, nicht ausschließlich gegen die Vereinigten Staaten. Bezüglich der Versicherungs-Gesellschaften hat das Ministerium des Innern in Preußen eine Reihe von Vorschriften erlassen, welche die Verhältnisse der Versicherungsgesellschaften regeln und sich namentlich auf die Rechnungslegung und die Veröffentlichung der Bilanz beziehen. Diese Bestimmungen sind genau dieselben für die inländischen wie für die ausländischen Gesellschaften. Jede Gesellschaft muß sich denselben fügen. Nun haben die amerikanischen Versicherungsgesellschaften, nachdem längere Zeit mit ihnen verhandelt war, die Erklärung abgegeben, daß sie nach ihrer ganzen Geschäftsbearbeitung nicht in der Lage seien, sich allen diesen Bestimmungen zu fügen, und darauf sind einzelne derselben geschlossen bzw. ist ihnen die Konzession zum Abschluß weiterer Versicherungsverträge entzogen worden. Wenn diese amerikanischen Versicherungsgesellschaften so großen Werth darauf legen, in Preußen zugelassen zu werden, so bleibt es ihnen anbegehrt, die Erklärung abzugeben, daß sie sich diesen Bestimmungen fügen wollen, die für die inländischen Gesellschaften genau so gelten wie für die ausländischen. Ob diese Bestimmungen zweckentsprechend sind, darüber hat lediglich die königlich preussische Regierung zu befinden; einem fremden Staat steht das Recht einer Kritik darüber nicht zu. (Beifall.) Wir haben allezeit unsere vertragmäßigen Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten getreu und loyal erfüllt; wir haben uns dadurch recht kräftige Angriffe von landwirtschaftlicher Seite zugezogen, wir haben diesen Angriffen Stand gehalten und werden es auch in Zukunft thun. Wir werden uns aber andererseits auch durch Drohungen und Repressalien nicht einschüchtern lassen. (Beifall.) Die Regierung ist allezeit bereit, die Fragen, die aus den handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten entstehen, auf dem Boden unserer Verträge in dem Geiste zu behandeln, wie es den weiterverzweigten Verkehrsbeziehungen zweier großen befreundeten Nationen entspricht. Wir erwarten dabei allerdings von anderer Seite eine vollkommene Gegenseitigkeit. (Beifall.) Darum will ich Sie ersuchen, daß das Auswärtige Amt bei der Behandlung dieser Angelegenheit mit der Festigkeit, die unseren Rechten und unsern Pflichten entspricht, die Ruhe und die Mäßigkeit verbindet wird, auf welche unsere beteiligten Interessen einen hohen Anspruch haben. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Ich freue mich, daß nach dieser Erklärung die Regierung auf dem Wege beharren will, den sie glücklicherweise bisher noch nicht verlassen hat. Könnte der Etat nicht schon vorher den Abgeordneten zugehen, damit sie ihn zu Hause prüfen können? Unsere Finanzlage ist allerdings keine mäßige. Ich theile den Wunsch, Ersparungen zu machen, aber nicht bei der Entwicklung unserer Flotte. Es ist nützlich, die Dinge finanziell sorgfältig zu prüfen, aber nützlich auch die Frage nach unserem wirtschaftlichen Befinden. Wie hat sich unsere Handelsbilanz in den letzten 20 Jahren gestellt? Als wir 1874 das Freihandels-Experiment machten, betam das unserer Handelsbilanz außerordentlich schlecht. Unsere Unterbilanz stellten sich auf 800—1000 Millionen Mark und dieser Umstand war viel mit daran schuld, Bismarck von seinen freihändlerischen Anschauungen zu befreien, in welchen er aufgewachsen war. Später reduzierte sich unsere Unterbilanz auf 50—80 Millionen Mark, als wir das Schutzollsystem einführten. Von 1880 bis heute ist es wieder dasselbe Glend wie früher. Wenn England solche Unterbilanzen hat, so kann es dies wohl ruhig mit ansehen, Deutschland aber kann es auf die Dauer nicht ertragen. Wenn man sagt, daß in den Städten und der Industrie nichts zu merken ist von einer dauernden Verarmung, so ist sie in der landwirtschaftlichen Bevölkerung sehr wohl zu bemerken. Die heutige politische Lage erinnert in vielen Beziehungen an die von 1879. Die Unzufriedenheit ist eine allgemeine und die Sozialdemokratie erobert ihr Haupt damals ebenso sed wie heute. (Qui! bei den Sozialdemokraten.) Der Kulturkampf war glück-

licher Weise zu Ende geführt und der konfessionelle Friede angedacht. Es wurde in jener Zeit das Gesetz erlassen, welches die Sozialdemokratie wenigstens in einigen Schranken hielt. (Aha! und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß ja, daß Sie den Staatsmann, der damals die Geschichte Deutschlands lenkte, sehr gering schätzte. (Abg. Singer: sehr richtig!) Aber es wurde damals die Herrschaft geschaffen, welche Deutschland die Weltmachtstellung und den Frieden sicherte. Ich glaube, daß wir eingesehen haben, daß wir uns wechselseitig ein möglichst weites Entgegenkommen zeigen müssen. In Bezug auf die Sozialdemokratie hat mir jemand, der die Verhältnisse genau kennt, gesagt: Sie beurtheilen die Kraft der Sozialdemokratie viel zu gering, sie ist die einzige Partei, welche über ganz große Kapitalien verfügt (Welcher bei den Sozialdemokraten); sie erbt Steuern, die um das zehn-, hundertfache das übersteigen, was andere Parteien für ihre Parteizwecke aufbringen. Etwa 5 Millionen Mark werden jährlich für Parteizwecke gezahlt. (Widerpruch und Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Die Lage ist eine sehr ernste, ich warne davor, mit dem Feuer zu spielen; Pastoren, (Aha! links) Aerzte, Juristen und Professoren sind für die sozialistischen Ideen heute ebenso begeistert, wie die Gebildeten vor der Revolution für die Ideen Rousseau's. Ich habe das Gefühl, daß man in diesen Kreisen die Gefahr der Sozialdemokratie gar nicht erkennt. Wenn Sie hinzufügen, daß die Unzulänglichkeit eine allgemeine ist, viel größer als 1879, denn die Nothlage der Landwirtschaft ist eine weit schwerigere, wenn Sie berücksichtigen das tiefe Herabfallen des monarchischen Gefühls in ganz Deutschland, so kann ich nur wünschen, daß es unserer Regierung gelingen möge, Ruhe, Ordnung und Wohlhabenheit wieder herzustellen, wie das seinerzeit dem Fürsten Bismarck, dem großen Staatsmann gelungen ist. Dazu gehört, daß diejenigen, welche in ihrer hohen Stellung berufen sind, dahin zu wirken, sich nicht untereinander befehdend. Wenn heute in den Zeitungen ein Ministerium gegen das andere gehetzt wird (Aha! links), so geht mir daraus eine Richtigkeitsliebe der Regierung hervor. Eine einheitliche, geschlossene Regierung ist noch heute in der Lage, Deutschland vorwärts zu bringen und auf der hohen Stellung zu erhalten, die es einnimmt. Eine Regierung, in welcher die Mitglieder nicht gemeinsam ihre Aktion betreiben, wird dazu nicht fähig sein. Ich hoffe, daß die Regierung die Energie finden wird, um Deutschland vor den Gefahren zu bewahren, vor welchen ich für meine Aufgabe erachte. (Beifall rechts.)

Darauf wird die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Geschichten aus dem Irrenhause.

die, wenn sie wahr sein sollten, an die Mariaberger Verhältnisse erinnern würden, beschäftigten gestern das Charlottenburger Schöffengericht aus Anlaß einer Privatklage des Sanitäts- und Stadtraths Dr. Edel gegen den Redakteur der „Charlottenburger Nachrichten“ Oswald Knorr. Die genannte Zeitung hatte mehrere Artikel gebracht, die in ähnlicher Form früher schon in den „Kocher Nachrichten“ erschienen hatten, von dem Irrenvater Dr. Edel überschrieben waren und behaupteten, daß in die bekannte Edel'sche Privat-Irrenanstalt in Charlottenburg Leute, die garnicht irrsinnig waren, mit Gift und Gewalt gebracht, dort verächtlich mißhandelt worden seien und daß Stadtrath Dr. Edel die betreffenden Personen so oberflächlich untersucht habe, daß man ihn eigentlich gar keine Kenntniß der Irren-Erkrankung zutrauen könne. Ganz ausführlich wurde die Geschichte eines Kaufmannes Moriz Behall erzählt. Dieser sei durch Grundstücks-Spekulationen ein sehr reicher Mann geworden, habe sich dann aber wegen mangelnden ehelichen Friedens dem Saft des Spiels in die Hände geworfen und sei durch Falschspieler, denen er Wechsel ausgestellt, um die Hälfte seines Vermögens gebracht worden. Damit die Wechsel nicht bezahlt werden brauchten, hätten ihm seine Frau und sein die Rechte studirender Sohn vorgezogen, pro forma seinen Geisteszustand untersuchen und sich dann auf einige Zeit nach einer Anstalt im Harz verschieben zu lassen. Das sei aber nur eine List der Aenderwanden gewesen. Thatsächlich hätten die Prof. Mendel und Fall ihn als gebirgskrank und gemeingefährlich erklärt und eines Tages sei Dr. Edel bei dem Hausbesitzer Behall vorgefahren, habe ihm vorgeredet, daß er ihn in Charlottenburger Terrain abkaufen wolle und ihn in seine Irrenanstalt gebracht, wo ihn sofort zwei Wärter in Empfang nahmen. Behall habe sich dann am Fensterriegel erhängt, sei aber abgesehen und zum Leben zurückgeführt worden. Später habe er mit Hilfe eines Wärters seine Flucht bewerkstelligt und sei eines Abends, nur nothdürftig bekleidet, bei dem Portier seines Hauses Havelbergstr. 91 wieder angelangt. Der Portier habe ihn Obdach gewährt, als Behall aber zu einem Schwager, der Kleiderhändler sei, nach Kleidern geschickt habe, habe dieser seinen Aufenthalt der Frau verrathen und am nächsten Tage seien Besuche der Edel'schen Anstalt mit einem Wagen vor dem Hause erschienen, um ihn abzuholen. Behall sei aus Furcht bis auf den Boden geflohen, schließlich aber mit Gewalt in den Wagen geschleppt und in die Anstalt zurückgebracht worden, wo er von da an noch mehr isolirt wurde. Die Familie habe einen Entmündigungsantrag gestellt. Der ganz gesunde Behall, der nebenbei ein Logenbruder des Dr. Edel sei, sei aber durch einen Freund gerettet worden, welcher sich mit dem Ober-Staatsanwalt Drescher in Verbindung setzte. Bald darauf sei Behall freigelassen worden. — Der Angeklagte behauptete, den Beweis der Wahrheit führen zu können und es waren etwa 12 Zeugen zur Stelle. — Sanitätsrath Dr. Edel: Es habe seinerzeit ein Attest des Prof. Mendel vorgelegen, wonach Behall an Gehirnleiden leide. Auch privatim hätte er gehört, daß B. in unverantwortlicher Weise 4-500 000 M. verspielt habe und unmöglich geistig klar sein könne. Er habe ihn dann auch in der Anstalt persönlich geprüft und ihn für geisteskrank befunden. Sein diesbezügliches ausführliches Gutachten habe er schon zweimal beschworen, es stimme auch mit den Gutachten von Prof. Dr. Straßmann, Dr. Fall und Dr. Lepmann überein. Behall's Selbstmordversuch habe er bei der Geringfügigkeit der Strangulationsmarke nicht für ernsthaft, sondern nur für einen Versuch genommen, das Mitleid der Ehefrau zu erregen. Er habe niemals angeordnet, daß in seiner Anstalt Kranke mißhandelt würden; dies sei auch nie der Fall gewesen. Er arbeite in seiner Anstalt 27 Jahre unter Aufsicht der Behörden, habe als Psychiater wiederholt maßgebende Gutachten abgegeben und müsse sich durch die Artikel beleidigt fühlen. — Hauptmann der Landwehr, Kataster-Kontrollleur a. D. Kluth, ein alter Herr, der sich nur an Krücken fortzuschleppen kann, bekundet als Zeuge folgendes: Er sei wider seinen Willen über 2 1/2 Jahr in der Edel'schen Anstalt gefangen gehalten worden. Im Jahre 1890 sei er wegen Nervenschwäche pensionirt worden, ein Vertreter des Dr. Fall habe auf Verreiben seiner Frau, mit der er unglücklich lebte, durch die sogenannte „Anieprobe“ die Nervosität festgestellt und zwei Tage darauf sei er in die Wollschmidt'sche Irrenanstalt gebracht worden. Dort sei ihm ein Ausbruch gelungen, nach 2 Tagen sei er wieder eingekerkert und am 17. Juni 1893 zu Dr. Edel gebracht worden. Er habe wiederholt versucht, sich brieflich mit der Außenwelt in Verbindung zu setzen, seine Briefe seien aber sämmtlich unterschlagen worden. Er habe zwar die Besuche seiner Kinder erhalten, diese hätten aber mehr zur Mutter als zu ihm gehalten. Ein gleichfalls in der Anstalt weilender Amtsrichter Matthis habe ihm gerathen, den Antrag zu stellen, sein Testament zu machen; auf diese Weise würde er jedenfalls mit einer richterlichen Person in Berührung kommen. Er habe diesen Rath befolgt, aber auch dieser Testamentsantrag sei unterschlagen worden, denn er habe später nach wieder erlangter Freiheit durch

Nachfrage beim Gericht festgestellt, daß ein solcher Antrag dort nicht eingelaufen war. Die Anzeigen, die er dem Staatsanwalt und Ober-Staatsanwalt erstattete, seien gleichfalls unterschlagen worden. Er sei sehr davon überzeugt, daß der damals spielende Alexianerprozeß seine endliche Freilassung verurteilt habe. Einen Tag, nachdem der erste Zeitungsbericht über die Alexianerbrüder erschienen sei, sei er plötzlich entlassen worden und befände sich geistig durchaus gesund. Wenn Professor Fall sich nicht inzwischen selbst getödtet gehabt hätte, so würde er ihn sich als Ersten gekauft haben. — Dr. Edel bestritt, von einem Antrage auf Testamentsaufhebung etwas zu wissen. Der Zeuge, den er auch jetzt noch für geisteskrank halte, habe so viel zusammengeschrieben, daß nicht alle Briefe abgefordert werden könnten. — Der Zeuge ergänzt auf verschiedene Fragen seine Aussage noch dahin: Man hatte ihm in der Person seiner Ehefrau einen Pfleger bestellt. Durch Hilfe seines Bruders sei es ihm aber dann gelungen, wenigstens einen Rechtsanwalt zu sich zu entbieten. Dieser habe auch nach anfänglicher Weigerung des Dr. Edel Zutritt zu ihm bekommen und habe allerdings einen anderen Pfleger für ihn bestellt, für seine Befreiung aus dem Irrenhause aber gar nicht gewirkt. Schon sieben Tage nach seiner Entlassung aus dem letzteren habe er die Aufhebung der Pflegschaft beantragt, dieselbe sei aber erst am 1. Oktober erfolgt. Er habe seinen Testamentsantrag in Anwesenheit eines Wärters geschrieben und ihn dem Oberwärter Wagenknecht zur Weiterbefreiung übergeben. Der Zeuge behauptet, daß in der Anstalt ein geisteskranker Offizier gewesen sei. In dessen Zimmer hätten sich eines Tages drei Wärter begeben und er hätte deutlich gehört, wie mit einem Riemen auf einen nackten Körper beständig losgeschlagen wurde. Geschrien habe der Offizier nicht, er habe aber nachher erzählt: Sie hätten ihn so geschlagen, daß das Blut aus Mund und Nase gekommen sei. Er selbst habe dem Dr. Edel Mittheilung davon gemacht, es sei aber nichts daraus erfolgt. — Dr. Edel: In seiner Anstalt seien niemals Mißhandlungen vorgekommen. Der betreffende Offizier, Hauptmann Ebbau habe an Verfolgungswahn gelitten. Die Untersuchung habe damals ergeben, daß es sich thatsächlich um einen Angriff des Kranken auf die Wärter gehandelt und diese sich nur gewehrt haben. Der Alexianerprozeß habe auf die Entlassung Kluth's gar keinen Einfluß gehabt, die Ehefrau des K. habe vielmehr schon lange vorher wegen der Entlassung des ruhiger gewordenen Kranken, den er immer noch für unheilbar geisteskrank erkläre, verhandelt. Uebrigens habe der Zeuge ihm schriftlich bezeugt, daß es ihm in der Anstalt sehr gut gegangen sei. Zeuge: Ich war ja Gefangener und wollte gern aus der Anstalt heraus. — Der nächste Zeuge, Rentier Moriz Behall, 58 Jahre alt, bekundet: Er sei 8 Monate in der Edel'schen Anstalt gewesen. Wegen seiner großen Nervosität hätten ihn seine besorgten Angehörigen in die Edel'sche Anstalt gebracht. Er sei dort niemals in eine Zelle gesperrt worden, sondern habe ein vorzügliches Zimmer gehabt. Ueberhaupt sei ihm der dortige Aufenthalt vorzüglich bekommen. Geisteskrank sei er nie gewesen, aber infolge der bei betraglichen Spielen erlittenen Verluste sehr nervös. Von seinem Verstande, sich aufzuhängen, wisse er nicht, richtig aber sei seine Flucht und sein Zurückbringen in die Anstalt, wobei Dr. Edel aber gar nicht zugegen gewesen sei. Mißhandlungen in der Anstalt habe er nie bemerkt, der Hauptmann Ebbau sei ein sehr böswärtiger Mensch gewesen. Das über ihn verhängt gewesene Entmündigungsverfahren sei aufgehoben worden. Eine von dem Steinhändler Rogalski erstattete Strafanzeige gegen seine Ehefrau wegen Freiheitsberaubung habe einen Erfolg nicht gehabt. — Zeuge Rogalski bekundet sich als den geistigen Urheber der inkriminirten, den Behall betreffenden Darstellung. Diese entspreche durchaus den Thatsachen, wie er sie von dem Portier des Behall, den Zeugen Nicolai, geschildert erhalten. Er kenne den Behall selbst schon lange und wisse, daß derselbe vollkommen geistesgesund sei. Er selbst habe mehrfach den vergeblichen Versuch gemacht, den B. in der Anstalt zu sprechen; erst als er sich an den Ober-Staatsanwalt Drescher gewandt, sei die Freilassung erfolgt. — Sanitätsrath Dr. Edel erklärt den Behall nach wie vor für einen Paralytiker. — Der Portier Nicolai schildert die Vorkommnisse im allgemeinen so, wie der Zeuge Rogalski, will diesem aber nicht erzählt haben, daß dem Behall beim Herunterstehen vom Boden der Hoden zerrissen worden sei. — Ein Kaufmann Emil Ahlemeyer hat einmal von dem Polizeinspektor Lindner in Spandau gehört, daß er sich zu gunsten einer Oberbäuerinmädchen-Frau, die zu Unrecht bei Edel eingesperrt worden sei, an die Charlottenburger Polizeidirektion habe wenden müssen. Noch ehe von dort eine Antwort eingetroffen, sei die Frau entlassen worden. — Dr. Edel: Die Aufnahme der Frau sei auf Physikatrat's hin erfolgt; sie habe sich nach drei Wochen so beruhigt gehabt, daß er sie habe entlassen können. — Eine Frau Lipke erzählt, daß ihr Bruder, der Fingerringbesitzer Hein, der auf den Rath Leyden's wegen Nervosität nach Wiesbaden habe gehen sollen, auf Verreiben eines Nachbarn des Stadtraths Dr. Edel in dessen Anstalt gebracht worden sei. Dort sei er festgehalten worden. Sie habe den Bruder oft in schmutzigem und abgemagertem Zustande angetroffen und von ihm gehört, daß er in eine Kammer gesperrt worden sei und auf einem Strohsack schlafen müsse. — Dr. Edel: Dieser Patient war tobstüchtig und litt an einer Wochens- und Monate lang fortschreitenden Gehirn-erweichung. — Die Zeugin hat schließlich dafür gefordert, daß der Patient nach Eberswalde kam, von dort soll er angeblich wieder in sein Geschäft zurückgekehrt, inzwischen aber an Entkräftung gestorben sein. Ueber den Zustand des Patienten könnte ja die Anstaltsdirektion in Eberswalde leicht Auskunft geben. — Zeugin Lipke: Als sie den Bruder heraus haben wollte, habe ihr Sanitätsrath Dr. Edel gesagt: Lassen Sie ihn doch hier, der lebt ja bloß noch 6 Wochen, er kann ja für den halben Preis hier bleiben. — Dr. Edel: Manchem irrt man sich ja über die vorausgesetzliche Lebensdauer. — Frau Hein, die Mutter des betr. Patienten schließt sich der Befundung ihrer Tochter an. Als sie mal den Dr. Edel gefragt, wie es dem Sohne gehe, habe derselbe erwidert: Er sei kreuz vergnügt und gar nicht klein zu kriegen! Der Sohn habe ich einmal am Wein eine dicke Anschwellung gezeigt und versichert, daß dies von Fußstößen der Wärter herrühre. — Dr. Edel: Solche Kranke wie Hein seien wirklich ziemlich sehr vergnügt, und halten sich für Könige und Fürsten. Tobstüchtige verlegen sich auch manchmal selbst und was die beiden Zeuginnen von dem Körperzustande des Hein gesagt, seien ganz natürliche Erscheinungen bei Tobstüchtigen. — Frau Elise Bambus geb. Sachs, Ehefrau des bei dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus angestellten Privatsekretärs Bambus: Sie sei gegen ihren Willen und auf Verreiben ihres Mannes, mit dem sie in Scheidung liege, vom 27. Mai 1892 bis 21. März 1893 in der Edel'schen Anstalt festgehalten worden, nachdem Dr. Wittgenweitz nur nach Gesprächen mit ihr und ohne körperliche Untersuchung sein Gutachten abgegeben. Sie überreichte ein langjähriges Erkenntniß, wonach ihre Entmündigung aufgehoben wurde, weil sie nie blödsinnig gewesen. Die Kosten wurden damals ihrem Ehemann und dem Staate auferlegt. Als sie versuchte, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten, um nach der Charitee oder Dalldorf übergeführt zu werden, sei sie isolirt worden. Sie habe selbst Schreckliches erlebt und sei Augenzeugin von ungläublichen Rohheiten gewesen, worüber sie genau Buch geführt habe. Als sie nicht verathen wollte, auf welche Weise sie ihre Briefe hinaus befördere, habe die Oberwärterin Damas, die Wärterin Marie Wendland und eine andere Wärterin sie splitternd in ein nasses Tuch eingeknallt, man habe sie dann an den Joppen von einem Zimmer ins andere geschleift; während sie in der Packung lag, sei sie mit den Fingern und einem Schlüsselbund mißhandelt worden; einer Kranken Walesta von Schmidt sei es ähnlich gegangen, sie

wurde so fest eingeknallt, daß nachher blutkräftige Stellen zu sehen waren, einer Frau Heimerdinger, die inzwischen gestorben sei, habe eine Wärterin eine Nadel in den Fuß gesteckt, um sie zu quälen; eine Frau Maruse sei von der Wärterin Wendland gezwungen worden, aufzuladen, was sie unter sich gemacht. Was ihre eigene Person betrifft, so sei in dem landgerichtlichen Erkenntnis gefagt worden, daß das Wittgenweitz'sche Gutachten ganz unhaltbar sei. Ein Theil der von ihr behaupteten Thatsachen werde übrigens in einem von Dr. Edel gegen den „Vorwärts“ anhängig gemachten Strafverfahren bewiesen werden. — Dr. Edel: Frau Bambus sei eine der schwersten Geisteskranken gewesen, die er je gehabt. Sie war eine mit allen auf Kriegsfuß stehende Patientin und ein Kreuz der ganzen Anstalt. Sie hatte mit allen Strafen und Übertrieb alles. Alles, was sie über angebliche Mißhandlungen gefagt, sei un wahr. Sie habe Monate lang fast garnichts gegessen und mußte in ein Tuch geknallt werden. Nicht die Wärterinnen haben sie mißhandelt, sondern umgekehrt. Die Methode der Anwendung nasser Lächer habe geholfen, denn die Patientin habe sich nach und nach beruhigt. Welchen Geisteszustand sie sei, beweise die Thatsache, daß sie ihn eines Tages um eine Schere bat und sich dann ohne weiteres das Haar abschneit. — Zeugin: Weil mich die Wendland nicht mehr an den Joppen reißen sollte. Gegessen habe ich bloß deshalb nicht, weil die Wärterin mir immer in's Essen spuckte. — Dr. Edel bestritt alle diese Angaben, ebenso die Wendland. — Die Zeugin beauftragt aber zum Beweise dafür auf drei weitere Zeugen und der Vertheidiger beantragt, diese zu vernehmen. Er beantragt ferner die Vorladung einer Frau Eddow, deren Ehemann in der Edel'schen Anstalt braun und blau geschlagen sei, ferner die Entforderung der Akten der Staatsanwaltschaft, denen zufolge die Untersuchungs-Kommission festgestellt habe, daß Behall weder geisteskrank noch gemeingefährlich sei. — Der Amtsanwalt beantragt seinerseits noch die Vorlegung der Edel'schen Akten, woraus hervorgehen werde, daß die Aufnahme der Geisteskranken durchaus vorchriftsmäßig auf Grund von Physikatrat'sten und nach Mittheilung an die Polizei und an die Staatsanwaltschaft erfolgt sei. Daß oft Gift angewendet werde, um Geisteskranken in eine Anstalt zu bringen, stehe fest. Die Edel'sche Anstalt stehe unter fortgesetzter behördlicher Kontrolle. — Dr. Edel betont, daß die Zeugin Bambus nachträglich ganz freundschaftlich mit ihm verkehre. — Zeugin: Das geschieht nur, weil ich einen Bekannten, der es in der Anstalt sehr schlecht hat, herausbekommen möchte. „Greif niemals in ein Wespennest, doch wenn Du greiffst, dann greife fest!“ — Der Gerichtshof beschloß, den neuen Beweisanträgen Folge zu geben und vertagte zu diesem Zweck die Verhandlung.

lokales.

Frau Amalie Krücker, die Frau des früheren sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten für Breslau ist am 7. Dezember gestorben. Die Todte war eine der tapferen Frauen, die, an der Seite eines Kämpfers stehend, selber mutig dem Mann die Waffen zum Angriff und zur Abwehr schärfen helfen und an seiner Thätigkeit den regsten Antheil nehmen. Die mannigfachen Leiden, die gerade Krücker unter dem Sozialistengesetz zu tragen hatte, haben auch die Frau unseres theuren Todten hart mitgenommen; aber gleich ihm hat die nunmehr nach langwierigem Leiden Verstorbene das Haupt aufrecht gehalten, als durch die Maßnahmen, welche das Sozialistengesetz in Breslau herbeiführte, die Existenz der Familie zu grunde gerichtet war. Unsere Parteigenossen werden das Andenken unserer Wittwamutter in Ehren halten. Die Beerdigung erfolgt heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr vom Sterbehause Bergmannstraße 88 nach dem Werder'schen Kirchhof an der Bergmannstraße.

In den Stadtverordneten-Stichwahlen in Charlottenburg. Morgen, Mittwoch, den 11. Dezember, von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr, finden im 2., 3., 4. und 5. Kommunal-Wahlbezirk die Stichwahlen zwischen den freisinnigen Kandidaten und unseren Genossen statt. Die Parteigenossen, welche ihrer Wahlpflicht am Tage der Hauptwahl nachgekommen sind, werden, wie wir bestimmt erwarten, nicht allein in der Stichwahl das Gleiche thun, sondern auch alle Kraft daran wenden, das kluge Wähler zur Urne schreiten. In besonders erfolgreicher Weise können die Genossen thätig sein, wenn sie die Wohnung ihrer Arbeitskollegen erfragen und diejenigen, welche in den Frage kommenden Bezirken wohnen, zur Erfüllung ihrer Wahlpflicht anhalten. Auch ist es erforderlich, daß möglichst viele Parteigenossen sich in den Dienst der Wahlagitiation stellen und durch Verbreitung von Flugblättern, durch energische Agitation in Werkstatt und Haus für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten thätig sind.

Der erste der drei „goldenen“ Sonntage brachte vorgestern den Geschäftsinhabern Berlins eine arge Enttäuschung. Alle und zugegangenen Berichte über den Umsatz am Sonntag stimmen darin überein, daß meistens kaum „das Gas verdient“ wurde, und daß es daher wahrlich nicht nöthig gewesen wäre, das Geschäftspersonal seines freien Nachmittags zu berauben. Das Publikum ist eben schon zu sehr an die Sonntagsruhe gewöhnt, um in Ausnahmefällen laufen zu gehen; die meisten Leute werden wohl kaum daran gedacht haben, daß man diesmal beim Kaufmann und Kleinhändler von nebenan ausnahmsweise erst abends seine Wurst einkaufen brauche. Der erste „Goldene“ hat die schon früher zu festgestellten Wahrnehmungen über die Zwecklosigkeit der „freien“ Sonntage schlagend bestätigt. Angesichts eines solchen Ergebnisses muß eine anscheinend offiziöse Zeitungsnote, wonach auf Veranlassung des Reichskanzlers (?) den Gewerbetreibenden die nächsten Sonntage gar bis 10 Uhr abends freigegeben werden sollen, als eine Privolität erscheinen, die einzig dazu dient, einen beträchtlichen Theil der Arbeiterbevölkerung zu beunruhigen und zu kränkeln.

Von den ehemaligen Garde-Grenadieren, die am Sonnabend laut dem von uns in Nr. 286 angebotenen Programm den patriotisch-schamlosen Nachkommern feindlich wollten, meint die „Germania“: „Wenn schon das Programm so gemein ist, wie gemein und schamlos muß dann erst gewesen sein, was auf diesem Feste des Kriegervereins geboten wurde. Und auf welchem sittlichen Niveau müssen die Mitglieder des Vereins durchweg stehen, wenn die Verantwortlichen glauben konnten, mit einem solchen Programm irgendwas Anstoß zu erregen, sondern allgemeinen Beifall zu finden. Und das müssen sie doch glauben haben, denn sonst hätten sie die Schamlosigkeit nicht begangen, und man darf annehmen, daß sie ihre Leute kennen.“

Herr Dr. Leipziger, der Besitzer und Chefredakteur des „kleinen Journal“, hat sich am Donnerstag, den 12. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I wegen des Duellvergehens zu verantworten, das am 7. Oktober d. J. zum Austrag kommen — sollte. Der Fall ist schon um deswillen interessant, als das Blatt, dessen Chefredakteur Herr Dr. Leipziger ist, sich am 9. Oktober, nachdem wir die drohliche Geschichte bekannt gegeben hatten, zu der Ausflucht erdreistete, daß das von uns veröffentlichte „Pamphlet“ von Anfang bis zu Ende un wahr sei. Man darf gespannt sein, ob und wie Herr Rechtsanwalt und Chefredakteur Dr. Leipziger vor Gericht sein Blatt lägen strafen wird.

Gegen das Rindvieh. Ein wenig zeitgemäßes Verbot hat das Polizeipräsidium erlassen. Die angeführte Vorführung des Reitochsen im Zirkus Busch wurde nämlich unmittelbar vor der Sonnabend-Vorstellung verboten. Die Direktion hofft, der Verbote die Ueberzeugung beizubringen, daß der dressirte Ochse nicht zu den gefährlichen Thieren gehört und ruhig dem Publikum vorgeführt werden kann.

In der Allgemeinen Orts-Kassenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen stieg bei den Delegiertenwahlen am Sonntag in den 4 Abteilungen der verschiedenen Kassenmitglieder die Listen der von der Dreizehner-Kommission aufgestellten, nach „freier“ Artwahl strebenden Kandidaten. In der 5. Abteilung, der der Einzeljahrlar, stiegen dagegen die Kandidaten der auf dem Boden der beschränkten Artwahl stehenden Kassenmitglieder. In den ersten 4 Abteilungen sind zusammen 248 Delegierte, in der 5. Abteilung 24 Delegierte gewählt.

Von der Volkszählung. Die ortsanwesende Bevölkerung Berlins war am 5. Dezember vorläufig auf 707 186 männliche, 578 829 weibliche, zusammen 1 286 015 Personen angenommen worden. Diese Zahlen haben sich bereits am 6. Dezember durch nachträgliche Meldungen auf 708 270 männliche, 578 082 weibliche, zusammen 1 286 352 Personen, also um zusammen 2237 Personen erhöht. Das „endgültige“ Ergebnis, das noch höher ausfallen dürfte, ist erst nach Monaten zu erwarten. (Bei der Zählung von 1890 konnte es erst am 24. Juli 1891 als ermittelt angesehen werden; es übertraf das am 5. Dezember 1890 zusammengefasste vorläufige Ergebnis noch um 4475 Personen.) Die durch Fortschreibung gewonnene Bevölkerungszahl ist erst bis 17. November veröffentlicht; sie stellt sich für diesen Tag auf 1 769 798. Die wirkliche Bevölkerungszahl kann selbstverständlich weder durch Zählung noch durch Fortschreibung ermittelt werden. Ohne Zweifel entgeht regelmäßig ein Teil der Bevölkerung den Zählungen mit oder ohne Wissen und Willen der Betreffenden. Die Fortschreibung findet aber in der Weise statt, daß der durch die letzte Zählung ermittelten Bevölkerungszahl die Geborenen und Zugewogenen zu, die Gestorbenen und Abgezogenen abgerechnet werden, außerdem aber für nicht angemeldete Abzüge ein Zuschlag gemacht wird, dessen Höhe durch die Erfahrungen des zwischen den letzten beiden Zählungen liegenden fünfjährigen Zeitraums bestimmt wird. Die Zuverlässigkeit der Fortschreibung hängt also mit der Genauigkeit der Zählung ab, so daß, wenn die Zählung unvollständig ist, auch die Fortschreibung fehlerhaft bleiben muß. Zu beachten ist übrigens, daß die Differenz zwischen fortgeschriebener und gezählter Bevölkerung noch keinen Schluß auf die Genauigkeit oder Ungenauigkeit der Zählung gestattet. Die Meldungen über Zu- und Abzüge beziehen sich ja nur auf die Wohnbevölkerung, wobei die vorübergehend An- oder Abwesenden außer Betracht bleiben, während die Zählungen sich auf die ortsanwesende Bevölkerung erstrecken.

Im 2237 Personen hat sich das vorläufige Ergebnis der Volkszählung für Berlin noch erhöht. Es war, wie mitgeteilt, auf 1 286 352 Personen festgestellt worden; durch nachträgliche Meldungen hat es sich auf 1 286 352 erhöht. Die fortgeschriebene Bevölkerungsziffer war für den 17. v. M. auf 1 769 798 angegeben.

Die Bevölkerungszunahme in den Vororten ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, prozentual ebenfalls gegen die Volkszählung 1890 zurück geblieben. Wie in Charlottenburg und in Tempelhof ist auch in Reinickendorf dieser Rückgang konstatirt, indem einer Zunahme von 34 pSt. im Jahre 1890 jetzt eine Zunahme von nur 11 pSt. gegenüber steht. Es wurden in Reinickendorf gezählt im Jahre 1890: 10 060, 1895: 11 105 Seelen. In Friedrichshagen betrug die ortsanwesende Bevölkerung 1890: 7815, 1895: 9617 Seelen, d. h. Plus 28 pSt. Dagegen hat dieser Vorort gegen das Vorjahr 1894 einen Rückgang in der Bevölkerungsziffer zu verzeichnen. Im Jahre 1894 betrug die Einwohnerzahl Friedrichshagens 9920.

Die Verwaltung der Charlottenburger Gasanstalt beabsichtigt jetzt, nach und nach sämtliche Straßenlaternen der Stadt Charlottenburg mit Gas-Öllicht-Brennern zu versehen.

Adolph Menzel ist am Sonntag zu seinem 80. Geburtstag mit großem Gepränge gefeiert worden. Unsere Leser werden es uns erlassen, die Einzelheiten des Festes alle aufzuzählen, das morgens 10 Uhr in der Akademie begann und zu später Mitternachtsstunde mit einem Ball, der sich an eine Art Operavorstellung anschloß, endete. Es muß ein hartes Stück für den hochbetagten Künstler gewesen sein, die lange Reihe der Huldigungen anzunehmen. Die Stadt Berlin hat ihn, wie bekannt, zum Ehrenbürger ernannt. Herr von Lucanus kam und brachte dem Künstler die Mitteilung, daß er zum „Wirklichen Geheimrath mit dem Prädikat Excellenz“ ernannt worden sei. Von einer besonderen Ueberrückung, die Menzel dann in der Akademie zugehört wurde, erzählt das „Kleine Journal“: „In dem Augenblick, als der Meister, geschmückt mit breitem Ordensbande, den Urfaß betrat, erschall das laute Kommando: „Achtung, präsentirt das Gewehr!“ Die Trommel wirbelte und das Bajonnet in der Hand stand die Ehrenwache der Hiesgardisten vor der so kleinen Gestalt Adolph Menzels. Versöhnlich präsidiert, mußerte der Meister die Leute von Kopf bis zu Fuß. Als dann die weiteren umständlichen Griffe gemacht waren und die Rollen laut auf den Boden schlugen, überzog ein feines Lächeln die Züge des greisen Künstlers.“ Dann hat Wilhelm II. dem Künstler noch seine Bronze-Büste geschenkt. In dem am Abend ausgeführten Festspiel bei Kroll stieg Friedrich II. (der jüdische Verächter deutscher Kunst) vom eisernen Sockel herab, um dem Vater der berühmten Tafelrunde einen Lorbeerzweig darbringen zu lassen. Es folgten dann neue Huldigungen, die gleich manchen der vorhergegangenen sich durch eine Ueberschwenglichkeit auszeichneten. Nach all den Schmeicheleien, die der sehr worttätige, sehr zurückgezogene lebende Meister über sich ergehen lassen mußte, warte es wahrhaft herzerquickend, wenn er z. B. dem Staatskanzler des Vereins Berliner Presse, Hermann Sudermann skeptisch antwortet: „Ich wollte, es wäre alles wahr, was mir heute gesagt wird!“

Wenn man zu Weihnachten bei der Post beschäftigt werden will. Zur Warnung für Arbeitslose, die sich der Hoffnung hingeben, durch auswärtsweise Beschäftigung bei der Post für wenige Tage einen Unterhalt zu bekommen, sei ein Fall veröffentlicht, von dem uns gestern Mittheilung gemacht wurde. Ein hiesiger Einwohner meldete sich, durch die Noth gedrängt, anfangs Oktober dieses Jahres an das hiesige Paket-Kontakum um Aufstellung während der Weihnachtszeit. Er erhielt am 10. Oktober die Antwort, daß er nur dann bei der Post beschäftigt werden könnte, wenn er sich durch gute Führungszugnisse über seine ganze Vergangenheit auszuweisen vermöge; es seien thörichte politische oder sonstige amtliche Zeugnisse beizubringen. Der Mann ging zur Polizei, um sich die Tadellosigkeit seines vergangenen Lebens bescheinigen zu lassen und suchte, als ihm dort später der Bescheid wurde, daß ein solches Sittenzugnis nicht unter 1 Mark 68 Pf. zu haben sei, sich die geforderte Summe mühselig zusammen. Die Hoffnung, nunmehr auf kurze Zeit beschäftigt zu werden, ging aber nicht in Erfüllung. Am 19. November erhielt der Mann mit dem üblichen Ausweis, daß nichts Nachtheiliges über ihn bekannt geworden sei, von der Post den kurzen Bescheid, daß seinem Gesuch um Beschäftigung nicht entsprochen werden könne. Möge der Fall die Arbeitslosen vor unnützen Gelddausgaben warnen.

Der Polizeipräsident erläßt die übliche Bekanntmachung wegen des Sylvester-Abends. Wegen Lärmens in der Silvesternacht 1894/95 sind 72 Personen zu Geldstrafen, im Einzelfalle bis zu 100 M. event. 10 Tagen Haft und 36 Personen zu Haftstrafen, im Einzelfalle bis zu sechs Wochen verurtheilt worden.

Ueber eine eigenartige Erscheinung bei dem letzten Gewitter schreibt der „Vollst. Jg.“ ein Leser: „Bei dem in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend über Berlin sich entladenden

Gewitter passirte mir folgendes: Ich wohne in dem Seitenflügel des Hauses Schillerstr. 4, am Lühnplatz, zu ebener Erde, auf dem Gelände des ehemaligen Krug'schen Gartens. Von dieser Zeit her stehen in der Mitte des zu einem Garten umgewandelten Hofes noch zwei hohe Bäume. Meine Frau und Tochter waren zu einer Geburtstagsfeier ausgebeten und noch nicht zurückgekehrt, als ich gegen Mitternacht das eine Fenster öffnete, um frische Luft herein- und den ziemlich starken Zigarrendampf herauszulassen. Jemandwo im anderen Seitenflügel oder im Duergebäude wurde noch Klavier gespielt und ich legte mich in das geöffnete Fenster, um die mich anprechende Melodie besser zu hören. Plötzlich war ich wie in Feuer eingehüllt und entsinne mich nur noch eines furchtbaren Krachens. . . dann kam ich wieder zu mir und zwar dadurch, daß meine Frau und Tochter unter lautem Weinen bemüht waren, mich von der Erde emporzuheben. Sie waren auf dem kurzen Nachhausewege von dem heftigen Gewitter überrascht worden; es sollen im ganzen drei Blitze und drei Schläge gewesen sein und das Gewitter stand gerade über uns. Sie waren, als sie durch den Garten gingen, verwundert, in der Wohnstube das Fenster offen zu sehen und noch mehr, daß ich ihnen im Korridor, wie ich sonst zu thun pflege, nicht entgegen kam. Bei ihrem Eintritt in die Stube sahen sie mich zusammengekauert an der Fensterbrüstung auf der Erde liegen. Meine Frau war natürlich sofort bei mir, nicht anders glaubend, als daß der Blitz mich erschlagen; bei den Bemühungen mich aufzurichten, erwachte ich dann und kam langsam zum Bewußtsein. Was war geschehen? Ja, das weiß ich selbst nicht, denn ich bin nicht furchtsam und vor Schreck sicher nicht umgefallen. Es bleibt demnach nur übrig, daß, trotz der hohen Bäume vor meinen Fenstern, der Blitz unter Vermeidung dieser Bäume und ohne das Haus selbst zu treffen, dicht vor dem von mir geöffneten Fenster in die Erde — es stehen kleine Sträucher dort — geschlagen und mich der Luftdruck betäubt hat. Dafür scheint zu sprechen, daß ich, obwohl ich mich sonst ganz wohl befände, mich doch wie erschlagen, namentlich auf der ganzen linken Seite fühle; meine Uhr, die ich um 11 Uhr ausgezogen hatte, war genau 6 Minuten nach 12 Uhr stehen geblieben — jetzt geht sie wieder!

Vom Sturm der letzten Tage. In der neuerbauten Kirche von Glenteide wurde durch den Gewittersturm in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend das Dach abgerissen, in Adlershof und Glenteide wurden viele Häuser beschädigt. Von dem Bahndamm der Schlesischen Bahn wurden schwere Eisenbahnschwellen herabgeschleudert. Auf dem Terrain der Berliner Gewerbe-Ausstellung in Treptow wurden Verschaltungen und Bretter von Gebäuden abgerissen und an einer Stelle die Wand des Hauptgebäudes beschädigt. Die Reparaturarbeiten wurden im Laufe des Sonnabends bereits beendet. Auf dem Gutshofe Grömelinde bei Friedrichshagen werden in einem auf einer Terrasse angebrachten Verschlage einige 40 Tauben gehalten. In der Nacht zum Sonnabend während des Gewitters flogen die Tauben plötzlich auf und ließen sich auf den umliegenden Gebäuden nieder. Wenige Sekunden später fuhr ein Blitzstrahl in die Remise, welche in Brand gerieth und in knapp einer Stunde eingestürzt war. — Die seltene Erscheinung eines „Kugel-Blitzes“ wurde einem Berichterstatter zufolge zu derselben Zeit in Köpenick gemacht. Eine etwa fünf Zentimeter im Durchmesser haltende feurige Kugel, die langsam vom Horizont glitt (1), schwebte die Schlossstraße etwa einen Fuß über dem Straßenpflaster entlang bis zur Kirche (2), wo das Phantom unter lautem Knall zerplatzte.

Auch ein Zeichen der Zeit. Die Steglitzer Gemeindevertretung hat den Antrag eines ihrer Mitglieder, daß bei Submissionen von Gemeinde-Arbeiten die sich um diese etwa mit bemerkenden Gemeindevertreter, wenn sie in der Kommission sitzen, welche die Offerten zu prüfen hat, aus der Kommission ausscheiden sollten, noch längerer heftiger Debatte mit allen gegen 6 Stimmen verworfen.

Eine kurze Verkehrsstockung entstand am Sonntag Abend gegen 6 Uhr in den den Potsdamer Platz kreuzenden Straßen. Pferdebusse, Omnibusse und Droschken, welche den Platz passiren wollten, wurden von Schulreuten angehalten. Die Fahrgäste sahen sich verwundert nach dem Grunde dieses plötzlichen Stillstandes um. Endlich, nach etwa zwei Minuten fuhr eine Hofequipage über den Potsdamer Platz. Noch eine Minute wurde die Sperre aufrecht erhalten und dann erst durften die Fahrzeuge, die sich inzwischen zu langen Reihen in der Potsdamer- und Leipzigerstraße angeammelt hatten, ihren Weg fortsetzen.

Diese Ehre! Bei den hiesigen Elektrizitäts-Gesellschaften tragen die Arbeiter Uniformmägen, an denen die Abzeichen ihres Grades (Hilfsmonteure, Monteure, Obermonteure) angebracht sind. Ein Arbeiter einer solchen Gesellschaft, der sich längere Zeit als Hilfsmonteure bewährt hatte, wurde am Sonnabend in die „höhere Charge“ befördert, indem der betreffende Betriebsleiter ihm mit einer gewissen Feierlichkeit erklärte: „Ich erenne Sie hiermit zum Monteure! Sie bekommen nunmehr — nicht etwa eine Lohnerhöhung von fünf Pfennigen pro Stunde, die der Glückliche in anbetrachter seiner Beförderung erwartet hatte, sondern — einen Sammetstreifen um die Hüfte.“

Vom Weihnachtsmarkt. Auf den Plätzen und in einzelnen Straßen, wie Frankfurter Linden etc., wurde gestern bereits mit der Verweisung der Stände für die Weihnachtsbuden begonnen. Der Weihnachtsmarkt selbst nimmt am 11. seinen Anfang.

Der Magistrats-Arzt Dr. Willkunn ist vom 1. Oktober 1896 mit den Rechten und Pflichten eines Gemeindebeamten auf Lebenszeit angestellt worden.

In Spandau ist Sonntag Abend wieder eine Brandstiftung vorgekommen. Als der Lat verdächtig wurden der Droschkentischer Hiesgau nebst Ehegattin verhaftet.

Arbeiterrisiko. Der in der Jietzenstraße zu Nixdorf wohnhafte 34jährige Dachdecker Hühns war am Sonnabend auf einem Grundstück in der Waldemarstraße zu Berlin mit dem Aufreißen der Giebelwand beschäftigt. Der herrschende Sturm warf jedoch die hierzu benutzte Leiter um; Hühns trug so schwere Verletzungen davon, daß er auf dem Transport nach seiner Wohnung verstarb.

Ein Baumruß, bei denen zwei Maurer zu Schaden gekommen sind, wird uns aus der Komikerstr. 25 gemeldet. Ueber die näheren Umstände des Vorfalles werden wir morgen berichten können.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde die Leiche des 22jährigen Krankenschwägers Johann Kredig, der in der Nacht zum Sonnabend plötzlich gestorben ist. Kredig war am Freitag nach in der Charité in seinem Verufe thätig, am Sonnabend früh fand man ihn in seinem Bette todt auf.

Plötzlich gestorben ist in einem hiesigen Hotel der hier auf der Dürarstraße wohnende 62 Jahre alte Fabrikant Karl Chevalier aus Pöhlau in Sachsen.

Die Gemeindevertretung von Brix wählte den ausscheidenden langjährigen Gemeindefürsorge Grotzke in gleicher Eigenschaft wieder.

Spurlos verschwunden ist aus Nixdorf seit ca. 8 Tagen der geistesranke Handelsmann Wilhelm Jabel, Hermannstraße 197 wohnhaft gewesen.

Eheliche Zwistigkeiten infolge schlechter Vermögenslage haben den Kaufmann Jaller zum Selbstmord getrieben. J. stammte aus Rumänien.

Zum Tode des Hausdieners Liscke, über den wir am vorigen Dienstag berichteten, wird uns mitgeteilt, daß der Verunglückte nicht im angetrunkenen Zustande zu Schaden gekommen ist.

Erhängt hat sich am Sonntag Nachmittag der 58jährige Arbeiter Wilhelm F. aus der Alten Schönhauserstr. 16. Der Mann verließ nach dem Mittagessen seine Wohnung, ohne zu sagen, wohin er gehen wolle. Als er um 5 Uhr noch nicht zurückgekehrt war, wurde seine Frau ängstlich und suchte das Haus nach ihm ab. Sie fand ihren Mann auf dem Boden an einem Balken hängend todt auf. Wiederbelebungsversuche, die man an dem Abgeschnittenen anstellte, blieben erfolglos. Was F. in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Polizeibericht. Am 7. d. Mts. vormittags wurde ein Mädchen in dem Fremdenzimmer eines Hotels erhängt aufgefunden. — Mittags erlosch ein Kaufmann auf dem Kloset eines öffentlichen Lokals Unter den Linden. — Abends stürzte in der Brunnenstraße ein Mann, als er einen in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen besteigen wollte, rücklings auf das Pflaster und zog sich anscheinend schwere innere Verletzungen zu. — In der Sichterbergstraße fiel ein Arbeiter, der auf einem Laden eine Gans gestohlen hatte, auf der Flucht hin und zog sich eine Verrenkung des Armes zu. — Am 8. d. Mts. vormittags wurde im Humboldtbad die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Nachmittags wurde auf dem Boden eines Hauses in der Alten Schönhauserstraße ein Arbeiter erhängt vorgefunden.

Vermischtes.

Graf Kulcziński. Nach langer Krankheit ist in Rom ein alter polnischer Freiheitskämpfer, Graf Ladislaus Kulcziński gestorben. Er war 1860 aus Polen verbannt worden und hatte sich nach Rom begeben, um die Unterzeichnung des Vatikan für die Polen zu erhalten, sah aber bald ein, daß von dieser Seite nichts zu hoffen war. Im Jahre 1868 wurde er wegen seiner liberalen Gesinnung vom Kardinal Antonelli aus Rom verbannt, kehrte jedoch mit den italienischen Truppen wieder zurück. Kulcziński war während des letzten Aufstandes Vorsitzender aller revolutionären Komitees. Er war ein Nachkomme jenes Kulcziński, der gemeinsam mit Sobieski Wien von den Türken befreite. Er hinterläßt eine Wittwe und vier Kinder.

Feiters aus erster Zeit. Der sozialdemokratische Verein für Delitzsch und Umgegend hielt am Montag, den 2. Dezember, eine Mitglieder-Versammlung ab. Der Vorsitzende verlas zunächst aus dem „Vorwärts“ die vom Partei-Vorstand veröffentlichten Maßnahmen der Berliner Polizei gegen die sozialdemokratische Partei. Dann wurde ein Artikel aus dem Volksblatt „Arbeitsloos und Kommunismus“ verlesen und darüber diskutiert. Obwohl die Tagesordnung eine sehr ernste war, so nahm die Versammlung doch einen recht heiteren Verlauf. Der hiesige Polizeisekretär Friede hatte nämlich eine frühere Mitgliederversammlung wegen Eintritts der Polizei um 11 Uhr aufgelöst. Für diesmal wurde das ihm dadurch vereitelt, daß die Versammlung um 1/11 Uhr auf zehn Minuten vertagt wurde. Die anwesenden Genossen verließen nach und nach das Lokal, bis die beiden überwachenden Beamten und der Vorsitzende allein waren. Auch letzterer verließ 5 Minuten vor 11 Uhr das Versammlungslokal; so mußten sich die Beamten wohl oder übel selbst in Wohlgefallen auflösen.

Eisenbahn-Unglück. Die Betriebsinspektion Braunschweig macht bekannt: Heute gegen 10 Uhr vormittags sind die Lokomotive, der Packwagen und 6 offene Güterwagen des Güterzuges 902 infolge falscher Weichenstellung im Bahnhof Zersheim entgleist. Ein Bremser ist getödtet; der Zugführer und ein Bremser sind anscheinend unerblich verletzt.

Die Rache des Unternehmers. In der Rüsthauser „Vollstimmte“ waren Mißstände in einer dortigen Baumwollspinnerei gerügt worden; unser Bruderblatt meldet nun, der Fabrikdirektor habe zwei Spinner zu sich beschieden und ihnen die Wahl gestellt, entweder zu sagen, wer der Verfasser des Artikels sei, oder zu gehen. Da die beiden Spinner behaupteten, nichts von dem Artikel zu wissen, so wurde ihnen gelündigt. Fürwahr, eine edle Rache!

Ueber das Unwetter der letzten Tage liegen noch eine ganze Reihe Mittheilungen vor, von denen wir die wichtigsten wiedergeben: München, 8. Dezember. Die Klar sowie die meisten Flüsse Bayerns sind infolge der Regengüsse und Schneefälle aus den Ufern getreten. Bei Neuendettelsau und Deining haben Bahndammstörungen Betriebsstörungen verursacht. Bei dem Schneesturm fuhr gestern Abend in Hof ein Schnellzug auf eine Rangier-Lokomotive; verkehrt wurde niemand. Die Wälder bei München sind verwüstet, auf den Münchener Friedhöfen sind sehr viele Grabkreuze umgestürzt. — Straßburg i. Elz., 8. Dezember. Aus dem Industriebezirk Mühlhausen wird großer Hochwasserschaden gemeldet, die Fabriken mußten theilweise geräumt werden. In der bekannten Spinnerei von Dollfuß, Wieg u. Co. haben durch das Hochwasser 300 Arbeiter die Beschäftigung verloren; in einer anderen Fabrik betrug der Schaden an Waaren 10 000 M. Der Sturm, welcher gleichzeitig wüthet, richtet großen Schaden an Gebäuden an. Die Dächer sind eine große Steinbrücke weg, andere Brücken sind gefährdet. Der Bahnverkehr ist theilweise gestört. Auch in Stralburg führt die Zu Hochwasser mit, bis jetzt ohne größeren Schaden anzurichten, jedoch steigt das Wasser bedrohlich. Alle auswärtigen Telephonleitungen sind zerstört. — Weiskensfeld, 8. Dezember. Die Saale steigt rasch und hat stellenweise die Ufer überfluthet. Die Bewohner der am Ufer liegenden Gebäude haben die Keller und Erdgeschosse geräumt. — Kassel, 7. Dezember. Die Fulda ist aus den Ufern getreten, das Wasser steigt noch. — Köln, 8. Dezember. Westliche Wintergewitter sind in Westfalen, am Niederrhein und auch hier niedergegangen. Nunmehr sind auch der Oberhein und der Neckar stark steigend, ebenso die anderen Nebenflüsse und ist daher Hochwasserfahr vorhanden. Stillstand der Rheinschiffahrt wird befürchtet. Nur die Mosel ist jetzt in langsamem Fallen begriffen, doch ist das Wetter noch stürmisch. — Konstantz, 8. Dezember. Auf dem Bodensee ist infolge des Sturmes die Schifffahrt unmöglich geworden. Das Unwetter hat großen Schaden angerichtet, auch mehrere Dampfer stark beschädigt. — Luzern, 8. Dezember. In der ganzen Schweiz herrschen heftige Stürme mit Schneefall, Gewitter und Hagelschlag. In Bern hat der Sturm mehrere Oekonomiegebäude umgeworfen.

Von der Nordsee fließt telegraphisch folgendes berichtet: Wilhelmshaven, 9. Dezember. Der Hamburger Postschoner „Elbe 2“ wurde gänzlich wad eingeschleppt. Ein Mann ist ertrunken, die Besatzung zum theil verwundet. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus gebracht. — Neuwied bei Selder, 7. Dezember. Die deutsche Bark „Vibertas“, von Rotta nach Rochester unterwegs, ist in der letzten Nacht bei Gallantfoog gescheitert. Das Schiff ist zerschmettert, von der Besatzung wurden nur zwei Personen gerettet. Vier Beiden sind bereits angeschwemmt. — Hamburg, 9. Dezember. Der „Hamb. Corr.“ meldet: Ein dänischer Viehtransport-Dampfer von Sobberg, der schon für verloren gehalten worden war, ist gestern nach vierzig Tagen, außer Gefahrlicher Reise hier eingetroffen. Der Dampfer wurde bald nach dem Abgange von Sobberg von einem gewaltigen Sturm übertrakt. Der Kapitän konnte den Kurs nicht halten, so daß das Schiff der englischen Küste trieb. Nun ließ der Kapitän die Luken schließen. Die Seeleute hatten während der Fahrt schwer unter dem Mangel an Proviant zu leiden. In dem von der Luft abgeperrten Viehraume waren 235 Kinder, von denen viele erkrankten, andere zerrieten oder schwer verletzt wurden. Das Brüllen der Thiere überlante, wie die Besatzung erzählt, selbst das Heulen des Sturmes. Nachdem der Wind abblaute, gelang es, das Schiff wieder in den richtigen Kurs zu bringen. Beim Definieren der Luken, das unter Aufsicht der Veterinärpolizei erfolgte, bot sich ein entsetzlicher Anblick. 124 Stück Vieh konnten lebend nach der Quarantänestation gebracht werden; etwa 100 Kinder

Die Steinseher Berlins

haben gemäß früheren Versammlungsbeschlüssen an die zweite Abtheilung der städtischen Bau-Deputation eine Petition gerichtet, die ihre Ursache in einem Beschluß dieser Körperschaft hat, wonach in dem Etatsjahr 1896/97 sämtliche mit definitivem Pflaster zu versehenen Straßen asphaltirt und Steinpflaster nur da in Anwendung gebracht werden soll, wo dies wegen erheblicher Steigung des Terrains oder wegen starken Güterverkehrs notwendig ist. Die Steinseher sind nun der Meinung, daß — wie es in der Petition heißt — die stetig wachsende Verbreitung und die angebliche Beliebtheit des Asphaltpflasters wesentlich darauf zurückzuführen sind, daß — infolge der ununterbrochenen Preisveränderungen seitens der Berliner Steinsehermeister und namentlich in den letzten Jahren — die Steinpflasterungen nicht mehr mit derjenigen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit ausgeführt wurden, als dies früher der Fall gewesen und wie es in Betracht der an definitiven Steinpflaster zu stellenden Anforderungen und der dabei verwendeten guten Materialien möglich und notwendig wäre. Denn die nächste Folge dieser fortgesetzten Preisveränderungen war, daß die Unternehmer die Differenzen zwischen den früheren und den jetzigen Preisen durch erhöhte Anspannung der Arbeitskräfte auszugleichen strebten und zwar nicht ohne Erfolg. Selbstverständlich ist aber durch die gesteigerte quantitative Arbeitsleistung die Qualität derselben zurückgegangen, was sich folgerichtig durch Beeinträchtigung der Haltbarkeit des Steinpflasters und mangelhafte Sauberkeit der Ausführung bemerkbar machen mußte.

Um nun diesem Uebelstande abzuhelfen, dem Steinpflaster seinen früheren guten Ruf zu verschaffen und dadurch der Verbreitung des Asphaltpflasters Einhalt zu thun, haben die Steinseher — wie unsere Leser sich aus den betreffenden Versammlungsberichten erinnern werden — einen Maximal-Arbeitslohn tarif aufgestellt, worin die Leistungen der Steinseher und der Kommissar in Beziehung auf den zehnjährigen Arbeitslohn so normirt sind, daß es ihnen möglich ist, „der Ausführung ihrer Arbeit diejenige Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt zuzuwenden, welche dieselbe unbedingt erfordert — wenn eben den berechtigten Anforderungen in Bezug auf Sauberkeit der Ausführung und Haltbarkeit Rechnung getragen werden soll.“ Die Kommission, die im Auftrage der Steinseher-Versammlungen diesen Maximal-Arbeitslohn tarif ausarbeitete, „war gezwungen, bei allen Pflasterarten eine Herabsetzung, bei einzelnen Arten sogar eine ziemlich umfangreiche Herabsetzung der Leistungen gegen das heut vorwiegend (nicht überall) übliche oder verlangte Maß zu empfehlen.“ Die Steinseher-Versammlung am 17. November hat den Entwurf der Kommission einstimmig angenommen.

Die Steinseher sind sich nun bewußt, daß an erfolgreiche Durchführung dieses Tarifs nur dann zu denken ist, wenn auch die städtische Bau-Deputation beziehentlich die ihr unterstehenden städtischen Bau-Inspektionen der Sache ihr Wohlwollen schenken. Dies zu erreichen ist Zweck der Petition. „Wir wollen“ — heißt es in der Petition — „bei unserem Vorgehen durchaus nicht in Abrede stellen, daß es sich für uns, als Arbeiter des Steinsehergewerbes, in erster Linie darum handelt, die unseren Beruf schwer schädigende Konkurrenz des Asphaltpflasters zurückzudrängen. Aber bei der heutigen, infolge der forcierten Arbeitsleistung notwendige bedingten mangelhaften Ausführung des Steinpflasters haben auch die städtischen Behörden thatsächlich keinen Vortheil von der scheinbaren Billigkeit desselben. Die Bezeichnung „billig und schlecht“ ist, wenn irgendwo, so hier am Platze. Es ist in den Kreisen der Arbeiter des Steinsehergewerbes und sicher auch in denjenigen der Unternehmer ein offenes Geheimniß, daß beispielsweise die Wiederherstellungsarbeiten bei Legung von Gas- oder Wasserleitungen und dergl. oftmals in ganz ungenügender Weise ausgeführt werden. Ja, es kommt vor, daß die von den Arbeitern der betreffenden Werke (weil nicht gleich eine Steinseher-Kolonie anwesend) oftmals provisorisch hergestellten Pflasterungen ohne weitere Umstände glattgerammt oder gefegt, also nicht ordnungsmäßig gepflastert, aber dennoch von den Verwaltungen der betreffenden Werke als ordnungsmäßig ausgeführt bezahlt werden! Es ist dieses lediglich die Folge der an

die Arbeiter gestellten unsinnigen Anforderungen, da dieselben sonst, namentlich in Zeiten schlechten Geschäftsganges, fürchten müssen, entlassen zu werden. Wir möchten deshalb die Aufmerksamkeit der städtischen Behörden ganz besonders auf diese Arbeiter lenken.“

„Sollte sich“, fährt die Petition fort, „also wirklich infolge der Durchführung unseres Arbeitslohn tarifs eine kleine Preis-Erhöhung notwendig machen, so hätten die städtischen Behörden davon ganz sicher keinen Schaden“. Es wird hierfür noch auf Hamburg und Dresden und darauf verwiesen, daß noch vor wenigen Jahren die Preise für Steinpflaster bedeutend höher waren, als sie heute sind.

Daß durch die Einführung des Maximal-Arbeitslohn tarifs nicht etwa der Handarbeit Vorschub geleistet werden soll, wird in der Petition ausführlich dargelegt. Zum Schluß wird der große Schaden geschildert, den die Steinseher durch fortgesetzte Vergünstigung des Asphaltpflasters erleiden, sie würden wegen der Ueberfüllung aller Berufe schwer ein anderes Unterkommen finden und — als Steinseher — schließlich auswärtig ihr Brot suchen müssen. Durch das Eingeben auf den Tarif könne das, wenn auch nicht vollständig vermieden, so doch erheblich gemildert werden, da ihnen durch den eingangs erwähnten Beschluß der städtischen Bau-Deputation die Arbeitsgelegenheit doch immerhin noch nicht gänzlich abgeschnitten sei. Es handle sich darum, die noch verbleibende Arbeitsgelegenheit möglichst zu vertheilen. Endlich wird der Tarif mit der gesundheitlichen Schädigung begründet, die die jetzige überhöfete Arbeitsweise auf die in Wind und Wetter schaffenden Steinseher-Arbeiter ausübt, und darauf verwiesen, daß infolge dessen die bisherigen Steinseher-Arbeiterklassen den an sie gestellten Ansprüchen bei weitem nicht genügen würden.

Die Petition schließt mit den Worten: „Also auch die Rücksicht auf die mögliche Erhaltung unserer Arbeitskraft und das Interesse für unsere Familien zwingen uns gebieterisch, jetzt endlich einmal gegen den geschädigten Uebelstand energig Front zu machen. Und da die Interessen der städtischen Behörden in diesem Falle mit den unserigen identisch sind, so richten wir an die städtische Bau-Deputation das ebenso höfliche als dringende Ersuchen, die Bestimmungen der Arbeiter des Steinsehergewerbes: im Steinsehergewerbe endlich einmal wieder vernünftige Verhältnisse einzuführen, geneigtest unterthänig zu wolle.“

Soziale Rechtspflege.

Hauptunternehmer. Ein Bauunternehmer in Mülhausen im Elsaß hatte, wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, eine große Partie Erdarbeiten an einen Unteroffizianten vergeben, dem er alle 14 Tage den Lohn für die Arbeiter auszahlt. Mit der letzten Zahlung von 1200 M. wurde der Unteroffiziant flüchtig. Die in große Noth gerathenen Arbeiter zogen auf die Polizeidirektion und führten Klage. Das Gewerbegericht entschied, daß der Bauunternehmer die Löhne nochmals zu zahlen habe, was auch bereits geschah. Das Urtheil führte aus, daß der Unteroffiziant nicht ein Unternehmer im geschäftlichen Sinne sei und die Arbeiter stets das Recht hätten, sich an den Hauptunternehmer zu halten, der, wenn auch nur durch Stillschweigen, mit ihrer Anwerbung einverstanden gewesen sei. Dieser habe unbedingt für den Lohn zu haften.

Bauunternehmer. Das Münchener Gewerbegericht hat sich auch auf ten durch eine Sonderentscheidung leider unhaltbar gemachten Standpunkt des Berliner Gewerbegerichts gestellt, indem es nicht den Streichmann, sondern den wirklichen Arbeitgeber zur Zahlung einer geforderten Lohnsumme verurtheilt. Das Gericht entschied, daß Arbeitgeber im Sinne des Gesetzes nicht die sogenannten Bauunternehmer sind, die meistens nichts haben, und gegen die die Arbeiter daher meist erfolglos prozessiren, sondern der Kapitalist, welcher zur Ausführung des Baues das nöthige Kapital dem als Baumeister vorgeschobenen Bauunternehmer vorstellt. Es handelt sich in dem angezogenen Falle um den Neubau, der kürzlich in der Amalienstraße eingeleitet war. Der Bauunternehmer Schrenkhammer, der den Bau zur Zeit vollendet, hatte nämlich elf seinerzeit an dem Bau beschäftigte Arbeiter ohne Kündigung entlassen, we-

halb dieselben gegen Schrenkhammer auf 116 M. Entschädigung klagten. Das Gericht verurtheilte nicht den Schrenkhammer, sondern den Baukapitalisten Barany, in dessen Auftrag der Neubau aufgeführt wurde, zur Zahlung der obenerwähnten Summe. Barany hat gegen dieses Urtheil sofort Einspruch erhoben.

Soziale Ueberblick.

Verlängerung der Arbeitszeit. Die Geschäftslage der sächsischen Textilindustrie hat sich, wie wir schon früher meldeten, in letzter Zeit erfreulich gebessert. Wie das aber gewöhnlich so ist, entspricht ihr keineswegs eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, im Gegentheil, mit dem besseren Geschäftsgang in den Fabriken treten die Gelüste nach längerer Arbeitszeit überall hervor. In mehreren Fabriken in Reichenbach werden die Frauen elf Stunden und ohne Pausen beschäftigt. Die bezügliche Anzeigen sind erstattet worden, worauf auch polizeiliche Mittheilungen dahingehend erfolgten, daß Dispensationen ertheilt worden seien und die Frauen selbst auf Befragen der Revisoren erklärt hätten, daß sie Pausen haben. Diese Aussage der Frauen aber können nur ganz naive Leute als einen Beweis für das thatsächliche Bestehen von Arbeitspausen ansehen: das drohende Gespenst des Hungers bei kalter Winterzeit erklärt da manches! —

Arbeitsvermittlung. Amt in Wlanen. Der Fabrik-Lautenverein in Wlanen i. B. plant die Errichtung eines städtischen Arbeitsvermittlungsamtes. Der Arbeitsnachweis würde unter Aufsicht eines höheren städtischen Beamten von einer von den Besitzern des Gewerbegerichts gebildeten Kommission zu leiten und von ständigen Beamten zu bewirken sein und hätte sich auf Handwerksgehilfen und sonstige gelernte und ungelernete Arbeiter, sowie auch auf Dienstboten zu erstrecken. Es wird die Aufgabe der arbeitnehmenden Gewerbegerichtsbesitzer, die zu der Verwaltung dieses Amtes hinzugezogen werden sollen, sein müssen, die Interessen der Arbeiterschaft in der entschiedensten und sachgemäßesten Weise zu wahren; der Einfluß des Unternehmers scheint ohnehin in diesem Falle ein sehr starker zu sein.

Sonntagsruhe im Destillationsgeschäft. Der Verein junger Destillateure und der kaufmännische Verein in Posen haben, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, eine Petition an den Reichstag gerichtet, worin sie um Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auch auf die Angehörigen in den Destillations-Auschanlagengeschäften bitten. In der Petition wird dargelegt, daß keine Nothwendigkeit vorliegt, diesen Schankwirtschaften am Sonntag einen längeren Zeitraum freizugeben, als den übrigen Zweigen des Handelsgewerbes. Die Angehörigen in den Destillationsgeschäften haben einen sehr schweren Dienst in Posen, 17 Stunden ohne Unterbrechung. Trodem existirt für sie bisher keine Bestimmung, die ihnen eine Sonntagsruhe sichert; vielmehr müssen sie, Gehilfen und Lehrlinge, auch Sonntags, sogar an den ersten Frierstagen der großen Feste, durcharbeiten.

Italienische Auswanderung. Die italienische Bourgeoisregierung kündigt mit großer Wichtigkeit den Ausgleich ihres Budgets an, — aber dies Gleichgewicht wird geschaffen nur durch eine entsetzliche Auspoberung der Massen; die Lage des Proletariats in Italien ist daher eine so schlechte, daß die Leute massenhaft auswandern. Im Dezember werden von Genoa nach allen verschiedenen Gegenden Amerikas nicht weniger als 14 Dampfer abfahren, welche buchstäblich mit Emigranten beladen sein werden, denn die Nachfrage nach Passagierbillets ist eine kolossale. Die stärkste Strömung der Auswanderung richtet sich nach Brasilien, welchem mit dem größten Auswanderungskontingent Argentinien folgt. Die Zahl der nach Nord- und Mittelamerika gehenden ist geringer.

„Buzug fern zu halten!“

Die erste Verurtheilung durch eine Berliner Strafkammer wegen des allerneuesten Prehervorgehens ist gestern erfolgt. Und zwar war es der durch das merkwürdige dolus eventualis-Urtheil im Prozeß Sading-Schulze berühmt gewordene

Theater.

Deutsches Theater. Felix Cavallotti, der erbitterte Gegner des gewaltthätigen Erbspiels, hat sich am Sonnabend zum ersten Male auf deutscher Bühne als Poet vorgestellt. Sein Verespil „Das hohe Lied“, das auf dem italienischen Theater längst heimisch ist, wurde vom sorgsamwandten Ludwig Fulda in deutsche Verse übertragen und im Deutschen Theater aufgeführt. Es ist eine kleine Komödie, die mit anmuthigem Witz die Idee ausführt, wie ein junges, durch päpstliche Erziehung verhärtetes Menschenkind durch Liebe zur Natur zum warmblütigen Leben belehrt wird. Der alte Freidenker Cavallotti macht dabei seinem Ingrimm gegen das Pfaffenbium in mancher Bosheit Lust. Wohl sehr es Nadelstiche aber keine Keulenstiche. Trotzdem war eine Minderheit im Publikum über die Frivolität entsetzt und zischte. Die reizbare, antikerthale Stimmung findet man aber bei jedem freigeistlichen Italiener; und sie wird begreiflich durch die Geschichte der Einheitsbestrebungen Italiens. — Antonio, der Waise des freigeistigen Obersten Soranzo, kehrt auf eine Weile aus dem Seminar heim, wo er zum fanatischen Glaubensstreiter großwuchs. Dabei findet der junge Merker die Tochter des Obersten als erwachsenes, reifmüthiges Mädchen wieder. Durch ihren Flaren, lebendwärtigen Geist besiegt sie den starren Eiferer und als die jungen Leute gemeinsam das hohe Lied zitiern, da entzündet sich an der neuen Gluth des Gedichtes Sehnsucht und Liebe in den beiden Seelen. Die Erde hat den Himmelsstreiter wieder, das Priesterkleid wird für immer abgelegt. Anmuthig und von gefälligen, warmem Reiz umspielt, wie die Dichtung, wor auch die Darstellung, die sie durch Herrn Rainz (Antonio) und Frau Sorma fand. Ein deklamatorisches Meisterstück zumal war der Vortrag der Eingangsdverse aus dem hohen Lied.

Dieselben Schauspielern zu liebe war Molière's „Misanthrop“ in der Bearbeitung Fulda's wiederum hervorgeholt worden. Auf so manche der Komödien Molière's, die in neuerer Zeit der deutschen Bühne wiedergewonnen wurden, möchte man verzichten, allein der Misanthrop, dies tiefe Selbstkenntniß eines großen Genies, diese Tragikomödie des leicht verwundbaren, weil feinsinnigen Menschenherzens gewährt mit seiner Fülle von wehmüthig-bitterem Humor immer einen ausserlesen feierlichen Genuß. Ich wüßte auch keinen Schauspieler auf deutscher Bühne zu nennen, der mit so ergreifender Kraft in den in sich zerrissenen, zwiespältigen Charakter des Misanthropen Alceste blicken lasse, als Rainz. Neben solcher schauspielerischen Lebendigkeit erscheint selbst Frau Sorma als Gelimene arm und ihre Sprache konventionell.

Im Residenz-Theater wird gegenwärtig die neueste „Pariser Waare“, der Schwan „Hals über Kopf“ von Alexander

Bisson vertrieben. Am Sonnabend wurde die Komödie zum ersten Male aufgeführt; Sonntag früh entzisteten sich die Morgenblätter und sagten: Oh, oh! So etwas Strammes (Hals über Kopf) war noch nie zuvor nach unserem Sprechaten herüber gekommen; und am Sonntag Abend war im Residenz-Theater kein Plöschchen frei; und des Aufstehens bei jedem eintönigen Wort war kein Ende. Ich fragte mich: Was soll nun der ganze moralistische faule Jauch? Wer A gesagt hat, muß B und C sagen lernen. Bisson's Komödie ist nicht besser und nicht schlechter gebaut, als der Pariser Import der letzten Jahre im allgemeinen. Derselbe Jaden und dieselbe Nummer wird weiter gepöppelt. Was soll also auf einmal das heuchlerische Gekreien und die melancholische Böhfertigkeit?

Es werden geschlechtliche Verhältnisse mit zynischer Lächerlichkeit in dem jüngsten Bisson'schen Schwan behandelt, wie in den früheren. Madame Florestine will sich wegen vermeintlicher Unreue ihres Gatten rächen und wirft sich „Hals über Kopf“ dem ersten Bekken, dem Buchhalter ihres Gatten an den Hals. Herr Montblot ist indessen unschuldig und seine Gattin wird von Gewissensbissen gequält. Zum Schluß darf sie frei aufatmen. Denn ihr Ehemann war Spiel, nicht Ernst gewesen, wie sich's herausstellt. — Der alte Jammer! Willige Menschen von Geist, wie Bisson, quälen sich des Geldes willen ab, um die Komödie-Gelüste eines niederen Publikums zu stillen. In ihrer temperamentvollen Weise spielte Fräulein Verrens die Frau Florestine, eine parodistische Doppelgängerin von Dumas „Francillon“.

Theater-Wochenreue. Dienstag: Hänsel und Gretel. Die Puppenfee. Mittwoch: Wagner-Jyllus: III. Lannhäuser. Anfang 7 Uhr. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Wagner-Jyllus: IV. Lohengrin. (Lohengrin: Herr Ernst Kraus, vom Hof- und National-Theater in Mannheim, als Gast.) Anfang 7 Uhr. Sonnabend: Joanhoe. Sonntag: Wagner-Jyllus: V. Meisterfinger von Nürnberg. (Walter von Stolzing: Herr Ernst Kraus, vom Hof- und National-Theater in Mannheim, als Gast.) Anfang 6 1/2 Uhr. Montag: 4. Symphonie der königl. Kapelle. — Kroll's Theater. Mittwoch, 11. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr: Zum Besten der Unterhaltungsstellen des Vereins „Berliner Presse“ und des Vereins „Berliner Künstler“. Wiederholung der Fest-Aufführung der Menzel-Peter. — Sonntag, 15. Dezember, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Hänsel und Gretel. Die Puppenfee. — Schauspielhaus. Dienstag: Zum ersten Mal: Eine Bekehrung. Zum ersten Mal: Monsieur Balanoux. Neu einstudirt: Rezept gegen Schwiegermütter. (Raoul, Agénor, Cleto: Dr. Friedrich Haase, a. G.) Mittwoch: Doktor Klaus. (Kroll's Theater.) Wiederholung der Menzel-Peter. Donnerstag: Eine Bekehrung. Monsieur Balanoux. Rezept gegen Schwiegermütter. Anf. 7 1/2 Uhr. (Raoul, Agénor, Cleto: Dr. Friedrich Haase, a. G.) — (Kroll's Theater.) Jorf

und Schwert. Anf. 4 Uhr. Freitag: Der Störenfried. (Leb- recht Müller: Hr. Friedrich Haase, a. G.) Sonnabend: Neu einstudirt: Marino Falieri. Sonntag: Eine Bekehrung. Monsieur Balanoux. Rezept gegen Schwiegermütter. Anf. 7 1/2 Uhr. (Raoul, Agénor, Cleto: Dr. Friedrich Haase, a. G.) — Kroll's Theater: Vasantafena. Anf. 7 Uhr, Montag: Marina Falieri. — Das Deutsche Theater bringt in dieser Woche Wiederholungen von Cavallotti's Verespil Das Hohe Lied in Verbindung mit Molière's Misanthrop, beides überfegt von Fulda; Mittwoch, Freitag und nachfolgenden Sonntag Abend kommt Die Jüdin von Toledo zur Aufführung. Dienstag geht Der Talisman, Donnerstag Der Meister von Palmyra in Szene. Am Sonnabend werden Die Mütter gegeben. Als Nachmittagsvorstellungen sind für den nächstfolgenden Sonntag Die Weber angezett. — Herr Schweighofer legt seine Gastvorstellungen in Lessing-Theater fort. Der Schwan Fifi von G. Meilhac und Ludovic Halévy kommt mit Herrn Schweighofer, Fr. Groh, den Herren Schönfeld und Gutberg Dienstag zur ersten Aufführung und wird Mittwoch sowie am nächsten Sonntag gegeben. Donnerstag beginnt Fräulein Dumont, die Heroine des Stuttgarter Hoftheaters, ein Gastspiel, das ihrem ständigen Wirken im Lessing-theater vorangehen soll, mit Sudermann's Heimath, um es sodann am Sonnabend in Oskar Wulff's Lustspiel Grün Frühl fortzusetzen. Als Nachmittagsvorstellung kommt am nächsten Sonntag Sudermann's Ehre zur Aufführung. — Im Berliner Theater wird Donnerstag das vieraktige Schauspiel Pan Gezar von A. Weber wiederholt, Mittwoch, Angen-gruber's Pfarrer von Kirchfeld, Sonnabend, Shakespeare's König Lear. Das Zauber mädchen Prinzessin Goldhaar wird Dienstag Abend um 1/2 Uhr zum ersten Male aufgeführt. Freitag und Sonntag Abend, sowie Donnerstag und Sonntag Nachmittags wiederholt. Dienstag Nachmittags ist öffentliche Generalprobe von Prinzessin Goldhaar. — Frau Judic im Neuen Theater wird am Dienstag eine gemischte Vorstellung darbieten, in der sie die erfolgreichsten Alte und Chanfons ihres Gastspiels vereinigt. — Im Schiller-Theater wird Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend Reis Reisingen wiederholt. Grillparzer's Der Traum ein Leben kommt am Freitag zur ersten Aufführung. — Im Theater Unter den Linden werden in dieser Woche Der Mikado und Der Obersteiger abwechselnd aufgeführt. Die Inszenierung der besten Ausstattungs-operette König Chilperich wird vorbereitet. — Im Belle-alliance-Theater haben die Berliner Raubvögel Dienstag ihre 100. Aufführung. Auf Mittwoch ist die erste Aufführung des neu ausgestatteten Weihnachtsstückes Die Tanneeie angezett. — Im Apollo-Theater wird auch in dieser Woche das reichhaltige Dezemberprogramm vorgeführt. — Im Central-Theater werden die Vorstellungen fortan um 8 Uhr beginnen. Durch Verkürzung der Pausen wird der Schluß ebenso zeitig, wie früher eintreten.

Landgerichtsrath Dr. Leonhardt, der im Einverständnis mit seinen Kollegen die Jahrzehnte hindurch unbeanstandet gebliebene übliche Warnung der organisierten Arbeiter für strafwürdig erklärt hat. Die Angelegenheit betraf den Fall Babel.

Der Töpfer Richard Babel hatte, wie wir seinerzeit gemeldet haben, als verantwortlicher Redakteur der Fachzeitung „Der Töpfer“, des Organes des „Allgemeinen Vereins der Töpfer Deutschlands“, im September d. J. ein Strafmandat über 100 M. wegen groben Unfugs erhalten. Dieser Strafbefehl war der erste, welchen die hiesige königl. Staatsanwaltschaft am Ende der letzten Gerichtsferien erließ. Sie sah plötzlich eine Bekanntmachung an der Spitze des genannten Fachblattes als eine Beunruhigung des Publikums an. Der Wortlaut war: „Zugang ist ferngehalten“ und schloß, nachdem mehrere Städte aufgelistet waren, für die jene Aufforderung Geltung hatte, mit den Worten: „Mitglieder des Verbandes, welche jetzt in diesen Orten Arbeit nehmen, werden ausgeschlossen.“

Die 141. Abtheilung des Amtsgericht I unter Vorsitz des von uns früher schon einmal gekennzeichneten Amtsrichters Noe der verurtheilte aber Babel zu einer Haftstrafe von 14 Tagen, indem in der Bekanntmachung eine Straftat, die geeignet sei, den öffentlichen Frieden zu stören, angenommen wurde. Die öffentliche Bedrohung mit besonderen Nachtheilen sei geeignet, auch die Interessen anderer Branchen zu beunruhigen, da bekanntlich die Redaktionskasse oder die sozialdemokratische Parteikasse derartige Strafgebühren bezahle.

Die hiergegen eingelegte Berufung gelangte vor der achten Strafkammer Landgericht I zur Verhandlung. Der Angeklagte erklärte, daß der am 11. August d. J. ergangene Aufruf nur für die eigenen Mitglieder bestimmt gewesen sei. Rechtsanwalt Dr. Werthauer bestritt die Strafbarkeit, indem er die Frage des durch die Presse verbreiteten Vorwurfs in längeren Ausführungen erörterte. Er beantragte Freisprechung, eventuell aber sei die erlassene Strafe herabzumindern, da derartige Zeitungs-Veröffentlichungen aller Parteien und Stände bisher in Berlin unbedenklich veröffentlicht seien und dies dem Angeklagten auf alle Fälle angerechnet werden müsse.

Staatsanwalt Kestler beantragte die Verwerfung der Berufung.

Im Anschluß an die stehende Rechtsprechung der Gerichte sowie des Reichsgerichts, so verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Leonhardt, sei es sehr wohl möglich, daß auch durch die Presse grober Unfug begangen werden kann. Nimmt man das an, so ist auch die „Verurtheilung“ grober Unfug, da beide Theile, sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer dadurch belästigt werden können. Bei einer solchen Aufforderung sei es gleichgültig, ob sie in öffentlicher Versammlung oder durch die Presse geschehe, letzteres sei vielleicht noch schlimmer. Die Anzahl der Personen, welche dieser Aufforderung zustimmen, ist ziemlich groß, sie müßten sich alle betreffen und in ihren Interessen verletzt fühlen. Die Thatbestände, Merkmale des groben Unfugs seien alle da. Bei der Strafbesetzung war es schärfend, daß die Folgen sehr verhängnisvoll werden könnten, aber zu gunsten des Angeklagten nahm der Gerichtshof die bisherige Unschlüssigkeit desselben an. Auch der Umstand, daß die Veröffentlichung bisher in Berlin nicht verfolgt wurde, während es im Königreich Sachsen in den letzten Jahren schon längst der Fall sei, wurde zu gute gerechnet. Das Urtheil erster Instanz wurde deshalb aufgehoben und auf eine Geldstrafe von 100 M. oder 10 Tagen Haft erkannt. Der Verurtheilte erklärte natürlich, nun auch die Entscheidung des Kammergerichts einzufordern.

Gewerkschaftliches.

Schmutzige Mittelungen von Organisationen, vor allem solche über Ausfälle oder Aussperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Wächung, Bureau-Angestellte Berlins! Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, wird im Klubhaus, Kommandantenstr. 72, eine große öffentliche Versammlung abgehalten, wo Herr Rechtsanwalt Wollgang Heine über die „rechtliche und soziale Stellung der Bureau-Angestellten“ spricht. Kollegen, Kolleginnen! Die Tagesordnung ist für uns alle von außerordentlicher Bedeutung. Herr Rechtsanwalt Heine wird in seinem Vortrage u. a. auch darauf hinweisen, welche Forderungen wir an das „Bürgerliche Gesetzbuch“ zu stellen und wie wir diese Forderungen geltend zu machen haben. Er wird uns ferner Mittel und Wege zeigen, die eine Verbesserung unserer elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen geeignet sind. Wir erwarten deshalb zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Im Auftrage der Agitationskommission der Berliner Bureau-Angestellten: Adolf Kempe, Alexandrinenstr. 116a, Hof II.

Der Ausstand der Juristen in der Emanuel Meyer'schen Lederfabrik in Berlin dauert fort. Es ist jedoch Aussicht, daß die Differenzen baldigh zu Gunsten der bebeschäftigten Arbeiter beigelegt werden. Die Lohnkommission der Lederarbeiter Berlins.

Die „Berliner Berichte“, Zeitschrift für Leder- und Handschuh-Fabrikation, Fell- und Lederhandel, die wir als Unternehmerviertel bezeichnet hatten, weisen dies zurück und erklären, daß ihre Stellung vollkommen unabhängig sei und daß sie auf ihre Neutralität ganz besonderen Werth legen. Wir nehmen von dieser Erklärung gern Anlaß, müssen aber bemerken, daß, da die „Berliner Berichte“, laut eigener Angabe auf ihrem Titel, Organ des Vereins der Glacéhandschuh-Fabrikanten u. s. sind, die Bezeichnung „Unternehmerviertel“ mindestens äußerlich berechtigt war.

Die Sammelliste 296 für die streikenden Lederarbeiter Berlins ist verloren gegangen. Es wird gebeten, sie an die Lohnkommission im Restaurant Prinzen-Allee 80, abzugeben.

Zimmerer- und Maurerstreik in Lübeck. Wegen Nicht-ineinhaltung des verabredeten Tarifs sind zwischen den Zimmerern und Maurern Lübecks mit den Unternehmern Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich nicht um eine Verärgerung der Arbeitszeit oder um Lohnfreistellungen. Vielmehr ist die Nicht-anerkenntnis des Arbeitszeit-Tarifs, welcher in diesem Frühjahr mit der Innung vereinbart wurde, von Seiten der dem Bund angehörenden Maurer- und Zimmermeister, der Grund zur Arbeitsverweigerung. Die Holz- und Bauarbeiter Lübecks haben sich in anerkennenswerthem Solidaritätsgefühl der Bewegung angeschlossen.

Die Malergehilfen in Zwickau beschließen in einer öffentlichen Versammlung, bei den Weibern um Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit und Gewährung eines Minimal-Stundenlohnes von 30 Pf. für die Anreicher und 35 Pf. für die Maler vortheilhaft zu werden; weiter verlangen sie für gewöhnliche Überstunden 83 1/2 pCt. Zuschlag, für Überstunden nach Witternacht und für Sonntagsarbeit 50 pCt., für solche an hohen Festtagen 100 pCt. Zuschlag. Zur Wahrung der Forderungen soll den Meistern eine Frist bis zum 15. Februar gewährt werden.

Verfassungen.

„Streikzüge auf das Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung“ lautete das Thema, über welches Reichstags-Abgeordneter Stadthagen in einer sehr gut besuchten Versammlung der Arbeitervertreter-Verein am 3. d. M. einen Vortrag hielt. Redner betonte, daß er ohne systematische Ordnung nur einige der wesentlichsten Punkte vor dem sachverständigen Auditorium berühren wolle. Durch die Unfall-Gesetzgebung, führte Redner etwa aus, sind nach dem Wortlaut des Gesetzes bestimmte Kategorien von Arbeitern gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle versichert. In Wahrheit aber liegt mehr eine Versicherung der Unternehmer

vor. Diese bilden in Form von Berufsgenossenschaften Versicherungs-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit. Die Unternehmer sind durch das Gesetz gezwungen, zu Gunsten ihres Geldbeutels sich zu solchen Versicherungsgesellschaften zusammenzuschließen. Sie haben durch das Unfallgesetz den Vortheil, daß ihre an sich ihnen als Unternehmern obliegenden Verpflichtungen, die Schäden, die in ihrem Betriebe sich ereignen, zu vermindern, theilweise völlig aufgehoben und auf andere Schultern abgewälzt sind. Wie ist denn in großen Zügen die Entwicklung der Rechtsfrage gewesen: wer hat die Schäden für Unfälle, die in einem Betriebe sich ereignen, zu tragen? Sehen wir ab von den ältesten Zeiten. Dem dort hatte selbstredend der Herr, der Eigentümer des Slaven das lebhafteste Interesse daran, daß sein „Eigentum“, auch wenn es aus Menschenfleisch bestand, bei sei und hatte allein die Schädigungen, die seines Slaven Erwerbsfähigkeit beeinträchtigten, zu tragen. Auch für die heutige wirtschaftliche und politische Gestaltung entspricht es dem Rechtsgefühl und auch dem einfachen Grundfahen des Privat-Eigentums, daß der Unternehmer für alle Unfälle haften, die in seinem Betrieb sich ereignen. Jedes Gewerbe muß unter der privatrechtlichen Gesellschaftsordnung seine Unfälle selbst tragen. Wer den Nutzen hat, trägt auch das Risiko: das ist ein uralter, in der Natur des Privateigentums begründeter Rechtsfah. Wird ein Wagen, ein Gerath, eine Maschine im Betriebe beschädigt, so ist es selbstverständlich, daß die Beschädigung allein dem Unternehmer trifft. Und die Arbeitkraft eines Arbeiters in seinem Betriebe erlitten hat, soll nicht der Unternehmer tragen? Ist die lebendige Arbeitsmaschine minderwertiger als es die todten Arbeitswerkzeuge sind? Aber die Rechtsprechung der gelehrten Gerichte, war anderer Ansicht. Nur für Verletzungen des Arbeiters, die auf einer „Verschuldung“ des Unternehmers oder auch in einigen Rechtsgebieten, wie dem des Rheinlands, auf dem seiner Angestellten beruhten, haftete dieser. Und doch hatte die preussische Gesetzgebung, veranlaßt durch die Reichheit der Eisenbahn, in § 25 des Eisenbahn-Gesetzes vom 3. Nov. 1838, ferner in einigen handelsrechtlichen Bestimmungen und in § 1 des Haftpflicht-Gesetzes von 1871 für ganz Deutschland eine Haftpflicht des Unternehmers, allerdings nur auf dem Gebiete des Eisenbahn-Betriebes, als Grundfah anerkannt. Und der Unternehmer für jeden im Betrieb vorgekommenen Unfall einzustehen hat, falls er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Verletzten verursacht ist. Die Bestrebungen, diesen natürlichen Rechtsgrundfah auf alle gewerblichen Betriebe zu übertragen, haben im ganzen Umfang in dem Schweizer Haftpflichtgesetz vom 23. März 1877 und im englischen Haftpflichtgesetz vom 7. September 1880 Erfolge errungen; in Deutschland sind sie an der Macht des Großunternehmertums und der Junker geleitert. In § 55 des Unfallversicherungsgesetzes hat gar für fast alle Fälle, wo ein direktes Verschulden des Unternehmers an dem Unfall vorliegt, seine Schadenersatzpflicht beseitigt. Dem Unternehmertum hat die Unfallgesetzgebung ferner eine beispiellose Macht dadurch eingeräumt, daß der Unternehmer, als der eigentlich Verpflichtete, in der Rechtsprechung über Ansprüche, die gegen seine Kollegen erhoben werden, eine entscheidende Stimme eingeräumt bekam. Redner legt nun, häufig von zustimmenden Zwischenrufen unterbrochen, dar, wie dem konsequenter, egoistischen und kurzfristigen Ansturm der Berufsgenossenschaften leider gelungen ist, einen bestimmten Einfluß auf die Rechtsprechung selbst des Reichs-Versicherungsamts zu gewinnen. Besonders verweilt er hierbei bei der Aenderung in der Rechtsprechung gegenüber Bruchschäden und bei der Rechtsprechung, nach der die fehlende Erwerbsfähigkeit bei Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit leidet — nicht entsprechend dem hier freien Spielraum lassenden Gesetz — unberücksichtigt bleibt. Was hat nun der Arbeiter von der Unfallgesetzgebung? Gewiß, der Beweis der eigenen Nichtverschuldung, wie ihn früher gelehrte Richter mit Unrecht forderten, ist erleichtert oder überflüssig geworden. Auch der Kreis solcher, denen die Gerichte ständig jeden Schadenersatz-Anspruch verweigern, ist eingeeignet. Endlich ist auch der früher Methusalem's Alter erreichende Gang der Rechtsprechung etwas kürzer geworden. Aber — welche Opfer sind gegenüber diesen kleinen Vortheilen dem einzelnen Arbeiter auferlegt! Wie kann er nach dem Gesetz vollen Schadenersatz-Anspruch verlangen — entgegen allen anderen Rechtsverhältnissen. Redner gesteht nun eingehend die Beschränkung der Rechte des verunglückten Arbeiters an und die Abwälzung der Last für die ersten 13 Wochen fast ausschließlich auf die Schultern des Arbeiters. In einem Beispiel dafür, was ein in einem nicht unfallversicherungs-pflichtigen Betriebe verunglückter Arbeiter oder was ein durch einen Wagen überfahrener Beheimrath an Schadenersatz zu beanspruchen habe und wie geringfügig dem gegenüber die „Unfallrente“ ist, zeigte er, daß der Arbeiter im Einzelfalle über 1/3 seines Rechts durch die Unfallgesetzgebung verlustig geht. Die Macht der Berufsgenossenschaften und die fast rechtlose Stellung des Arbeiters „Vertrauensärzten“, Heilanstalten (Renten-Quetsch-Anstalten) und der Rechtsprechung gegenüber illustrierte Redner dann an der Hand der amtlichen Nachrichten. Je schmerzlicher die Stellung der Arbeitervertreter diesen Verhältnissen gegenüber sei, desto energischer sollten die Arbeitervertreter an ihrem Bestreben festhalten, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Redner skizzierte dann die Halbdritten, der Invalidität und Altersversicherung, streifte einige von Arbeitervertretern ständige, aber vergeblich bekämpfte Anschauungen des Reichs-Versicherungsamts und schloß mit dem Appell, nicht zu rasten in dem Kampfe um den Ausbau der ein sich völlig unzulänglichen sozialpolitischen Gesetzgebung. „Das Recht soll der Ausdruck der wirtschaftlichen Bedürfnisse sein. Helfen Sie weiter durch Bekämpfung der Anschauungen des Unternehmertums und der bureaukratischen Gespinnarbeiten und der gelehrten Rechtsprechung. Machen Sie, vor allem aber durch Aufklärung über die Ursachen des Klassenkampfes und der Knechtung der Arbeiterklasse, die Kulturentwicklung Schritt für Schritt, unüberdrossen und muthvoll, vorwärts und überlegt, gerecht und unparteiisch fördern.“ (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion sprachen stämmliche Redner (Wußholz, Wabed, Stephan, Daehne, Kiene, Scholhoff) sich im Sinne des Referenten aus. Besonders wurde die Machtstellung der Berufsgenossenschaft, die Heberfälligkeit und Verständnislosigkeit des gelehrten Elements bei der Rechtsprechung, die Institution der Vertrauensärzte und Renten-Quetsch-Anstalten, und die völlige Unzulänglichkeit der Alters- und Invaliditäts-Renten-Gesetzgebung anerkannt und aus der Praxis erläutert. Lebhaften Beifall fand die Mittheilung, daß der Referent möglicherweise einen mangellosen Kursus für die Arbeitervertreter, für die Beisitzer des Gewerbegerichts und für die Vorstände von Krankenkassen und Gewerkschaften leiten werde, in dem das gesammte Gebiet des Arbeiterrechts systematisch besprochen und diskutiert werden soll. Eine Resolution im Sinne des Referats wurde einstimmig angenommen. Die angeregte Versammlung ging erst weit nach Mitternacht mit der Gewißheit auseinander, daß die Kleinarbeit jedes einzelnen schwer, aber unerlässlich und notwendig sei, und daß auch die, welche ursprünglich Harmonie-Apostels-Ansichten vertraten, jetzt auf dem Boden der sozialdemokratischen Anschauung stehen und wirken wollen.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 3. Dezember Genosse Nikolai einen Vortrag über Lohnformen und Preis der Arbeit, worin er darlegte, wie es das Kapital versteht sowohl bei Lohnarbeit wie bei Akkordarbeit den größten Nutzen aus dem Arbeiter zu ziehen, und daß es nur nach Profit trachtet, während es wenig

oder nicht danach fragt, ob auch der Arbeiter von dem Preis der Arbeit soviel hat, daß er wenigstens seine nothwendigsten Bedürfnisse befriedigen kann. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus. Rndphcn empfahl den Arbeitern, sich zu organisiren und einzig zusammen zu halten. Am 1. Weihnachtstag wird eine öffentliche Maurerverammlung abgehalten, zu der auch Frauen Zutritt haben. Nach der Versammlung ist gemüthliches Beisammensein, verankaltet vom Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. Näheres wird durch Inserate im „Vorwärts“ und im „Bauhauwerker“ bekannt gegeben werden.

Eine öffentliche Kürschnerversammlung beschäftigte sich am 7. Dezember mit der Frage: Was soll unsere nächste Aufgabe sein? Der Referent Nege beantwortete diese Frage dahin, daß die Kürschner zunächst ihre Klassenlage zu erkennen und sich der Organisation anzuschließen haben, um mit Hilfe dieser die Aufbesserung der Löhne herbeizuführen. Bezugnehmend auf die in Sachen des Sammelwovens gefaßte Resolution der Gewerkschaftskommission empfahl dann der Redner zur Schaffung eines Fonds für die Unterhaltung der im Streik befindlichen Gewerkschaften schnelle Durchführung der Abschaffung des Einkommens und Einführung des Lohnsystems. Auf Grund des Beschlusses einer früheren öffentlichen Kürschnerversammlung, wonach streikende Gewerkschaften künftig aus v o r h a n d e n e n Mitteln unterstützt, nicht also extra Sammelkassen in Umlauf gesetzt werden sollen, schloß der Referent vor, die ausständigen Beisitzer vorläufig mit 25 M. zu unterstützen. Die Versammlung stimmte dem zu. In der Diskussion wurde die Beschäftigung der Lehrlinge mit häuslichen Verrichtungen, als: Kinderwarten, Wassertragen, Kaffeekochen u. s. w. scharf getadelt. Weiter stellte man fest, daß im Januar noch nicht die Hälfte der in Berlin durchschnittlich befindlichen 700 Kürschner Arbeit haben, denn bei der Krankenkasse waren im Januar nur 800 Kürschner angemeldet, im Mai dagegen bis 500 und im Juli sogar 1100. Die Nothwendigkeit eifrigster Agitation für die Organisation wurde lebhaft betont; zu den in Berlin anwesenden Kürschnern kämen noch circa 2000 Arbeiterinnen hinzu, von diesen allen seien nicht viel mehr als 100 organisiert. Mit der Prüfung der Abrechnung des Vertrauensmannes beauftragte man die Kollegen Seidel, Neumann und Seidenkranz.

Die in der Elektrotechnik beschäftigten Monteur und Hilfsmonteur hielten am Sonntag in Cohn's Saal in der Weichenseestraße eine leblich gut besuchte Versammlung ab. In seinem einleitenden Referat führte Räder aus, daß sich die elektrische Industrie in den letzten Jahren bedeutend entwickelt habe. Die Zahl der in diesem Fach beschäftigten Arbeiter hätte fast 1 1/2 Jahren um etwa 2000 Mann zugenommen. Gegenwärtig herrsche eine äußerst günstige Geschäftslage, die voraussichtlich bis Ende nächsten Jahres anhalten werde. Es gelte nun, diese günstige Situation im Interesse der Arbeiter auszunutzen, da deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Verbesserung dringend bedürften. Der erste Schritt zu diesem Ziele sei der Anschluß der Monteur, die leider bis jetzt recht wenig organisiert seien, an den Metallarbeiter-Verband. Die Agitation unter den Kollegen sei allerdings schwierig, da namentlich die Arbeiter der großen Firmen den Anschluß an die Organisation scheuten, weil sie fürchten, deswegen gemaskregelt zu werden. Trotzdem hätte die Agitation bis jetzt recht erfolgreich gewirkt und wenn die Kollegen in der Weise weiter arbeiten und vor allem Anschluß an die Arbeiter der großen Geschäfte suchen würden, dann müßte es gelingen, eine Verbesserung der Lohnverhältnisse durchzusetzen. In der Diskussion wurden die Zustände der einzelnen Werkstätten beleuchtet. Ein Redner erwähnte unter anderem, daß die Berliner Elektrizitätsgesellschaft den Hilfsmonteur-Anfangslohn von 20, je sogar 15 Pf. pro Stunde zahle. Von einer lebhaften Agitation versprach man sich alleseitig guten Erfolg. Zu diesem Zweck soll zwischen Weihnachten und Neujahr wieder eine Versammlung abgehalten werden, für deren guten Besuch man nach Kräften wirken will.

In Weichensee wurde kürzlich eine Volksoberversammlung abgehalten, die auf der Tagesordnung das wichtige Thema hatte: Hausindustrie, Schwibsystem und gewerkschaftliche sowie politische Organisation. Da Reichstags-Abgeordneter Schippel, der ursprünglich das Referat halten sollte, inzwischen seine zweimonatige Gefängnisstrafe in Plöcken angetreten hat, war dem Parteigenossen Dr. Arons das Referat übertragen worden. In etwa zweiwöchentlichen Vorträgen wies dieser die Schädlichkeit nach, die die Hausindustrie für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Besonderen hat, zeigte insbesondere, in wiech geradezu schamlosem Grade dabei häufig sowohl die erwachsenen Arbeiter wie sogar auch die Kinder ausgebeutet werden, wogegen kein Mittel vorhanden ist, solange die Hausindustrie dem Fabrikinspektorat nicht unterstellt wird, besprach dann eingehend das sogenannte Schwibsystem und unterzog hierauf die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen einer Erörterung, unter anderem ausführend, daß die verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen erst durch Zusammenschluß zu einem Ganzen das Ziel erreichen würden, das sich die Sozialdemokratie gesetzt hat. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Die Versammlung nahm dann eine Resolution an, worin sie sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden erklärte und das Versprechen abgab, zwecks Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse der Organisation beizutreten, soweit das noch nicht geschehen, und dafür eintreten zu wollen, daß die Indifferenzen für den Gedanken der Organisation empfänglich gemacht werden. In der Diskussion besprach May die Verhältnisse der Firma Riewerth u. Comp. in Weichensee, Reinhardt ließ sich über die Vorkommnisse bei Maurer u. Dimnick näheren aus, mehrere andere Redner erörterten die Verhältnisse der kleinen Tischlererei Weichensees. In seinem Schlusswort forderte Dr. Arons nochmals zu kräftiger Agitation auf. Eine längere Debatte rief die Zeitungsfrage hervor; auf Antrag Pafewald's wurde schließlich eine dreigliedrige Kommission — bestehend aus den Genossen Wehlig, Preis und May — gewählt, die im Zusammenwirken der Zeitung Verbesserung schaffen soll. Die weitere Besprechung der Angelegenheit wurde vertagt. Nachdem noch auf am 10. Dezember im Hohen-Schönhausen stattfindende Volksoberversammlung aufmerksam gemacht war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Für Krammelsberg-Strafan hatte der Vertrauensmann Jörgbert zum 8. d. M. nachmittags eine Volksoberversammlung nach dem Vorwinkelschen Lokale einberufen, wo Genosse Georg Wagner über die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Volksschule sprach. Die Versammlung, die besonders den Frauen die Möglichkeit des Erscheinens bieten sollte, war von Frauen doch nur spärlich besetzt. Der Vortragende, der an der Hand eines v. Jellisch'schen Ministerialvertrags sowie der dazu von einem Schulrath Schulz für die Lehrer gegebenen Erläuterungen die Behauptungen, durch die Volksschule und insbesondere durch den Religionsunterricht die Sozialdemokratie zu bekämpfen, kritisch beleuchtete, begegnete bei den Versammelten vollem Verständnis und alleseitiger Zustimmung. Zu der Diskussion, die sehr reger war, beteiligten sich Frauen Baader, Frau Frohmann, Weigel, Cassel u. a., d. s. sämtlich einen antireligiösen Standpunkt vertraten und besonders auf die Pflicht der proletarischen Mütter hinwiesen, die proletarische Jugend nicht im Jellisch'schen Geiste, sondern im sozialdemokratischen Geiste zu erziehen. Erst in späterer Abendstunde endete die interessante Versammlung. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ging man auseinander.

Zentralverein der Bildhauer. Letzte Versammlung, Ammerstr. 19. Bildhauer-Verein; Vortrag über Verlegung des Vereinsamts; Bericht über den National-konferenz der Arbeiter- und Arbeiterinnen. (S. 2.) Bureau: G. Holzmannstr. 67. Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Hofraum Glatzer, Reur-Wallstr. 28, Besprechungs-Sitzung.

Berichtigung!

Jacques Raphaëli, Berlin, Neue Promenade 8.

In meinem letzten Inserat, **Cigarren** betreffend, richtliche Sachverständige eidlich bekundet, kundet, daß **ke Cigarren** theils 60 pCt., theils 25 pCt. von mir billiger kaufen, wie bei der Konkurrenz.

Stempel. Neu! Stempel-Setzkasten, Datumstempel, Schablonen, Abzeichen, Gravirungen.



Hackescher Markt 4. Ecke Neue Promenade. J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse.

Der **Weihnachts-Ausverkauf** ist eröffnet.

Teppiche! Gardinen! Portièren! Steppdecken! Leinenwaaren! Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

Glühwein-Extrakt,

Hochfein & Bitterstoffe 1,30 M., 5 Bitterstoffe 6 M. incl.

Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, & Strfl. 1,60 M., 5 Strfl. 7,50 M.

Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch & Bitterfl. 3,50 M.

Cognac fine Champagne, Orig.-Fl. 1/4 Str. incl. 3,50, 1,50, 3,50 M.

Echt Jamaica-Rum und Verschnitt Strfl. 2,10, 2,50, 3,10 M.

Rum No. 3, Imitation, & Strfl. 1,10 M., 5 Strfl. 5 M. incl.

Medicin. Ungarwein, 1/2 Kubbruch, beste Qualität, Strfl. 2,10, 5 Fl. 9,25.

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzügl., Strfl. 1,30 M.

Stachelbeerwein Fl. 1 M. Heidelbeerwein Fl. 75 Pf.

Johannisbeerwein, herb, Fl. 60, fäh 75 Pf. Ananas-Bowle Fl. 60 Pf.

Eugen Neumann & Co.

6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81.

8 Oranienstr. 8. 29 Genthinestr. 29. Niederlage: Potsdam, Waisenstr. 27.

Goldwaaren- am Wedding,

38818^h Fabrik und Lager, Mollerstr. No. 174, Eing. Pennstrasse.

G. Leweck, Goldarbeiter. Grösste Werkstatte für Reparaturen u. Neubestellungen.

Feith's Electra-Blitzlampe.

Beste, billigste und schönste Lampe der Gegenwart!

Die Electra-Blitzlampe gibt ein schönes, warmes, rubiges, grosses Licht, ist höchst elegant, ganz aus Nickel, daher unzerbrechlich, verbraucht per Stunde für 1 Pf. Petroleum, ist nie reparaturbedürftig, schliesst jede Explosionsgefahr aus, ist die beliebteste und angenehmste Familien- und Arbeitslampe. Preis als complete Tischlampe mit Glas-Emaille-Schirm nur Mk. 6.80 gut verpackt samt Kiste, mit fein galvanisirt, reich verziertem Fuss Mk. 8.— samt Kiste. Als compl. Handlampe mit Kettensystem und elegantem, reich verziertem, feinst bronziertem Gehäuse, Glas-Emaille-Kuppel-Schirm nur Mk. 10.—, dieselbe grösser, mit Doppelkette nur Mk. 14.—, samt Kiste und Verpackung. Ganz neu! Electra-Blitzlampe als complete Hängelampe mit amabilen reich verziertem Gehäuse, unverwundlich, wasserdicht schwarz mit Gold, mit Kettensystem, Glas-Emaille-Kuppel-Schirm, für jeden Salon passend, nur Mk. 18.—, samt Kiste und Verpackung. Electra-Blitzlampe aus Majolica, feinst decorirt, mit schwerem galvanisirtem Fuss, Glas-Emaille-Schirm, compl. Mk. 10.—, samt Kiste. Dieselbe mit feinst decorirtem Glas-Schirm Mk. 12.—. Dieselbe kleiner mit feinst decorirtem Glas-Schirm nur Mk. 8.—. Electra-Blitzbrenner, auf jede Lampe passend, gibt ein schönes, warmes ruhiges Licht bei sehr geringem Petroleum-Verbrauch. Preis per Stück compl. samt Docht und Cylinder nur Mk. 3.—, 3 Stück Mk. 8.—, 6 Stück Mk. 15.—. Patent-Lichtverstärker, für jede Lampe passend, bewirkt doppelte Leuchtkraft, somit grosses Licht bei kleiner Flamme, pro Stück Mk. 2.50, 3 Stück Mk. 7.—, 6 Stück Mk. 13.—. Versand gegen vorher. Geldsendung, od. Nachnahme durch.

Feith's Neuheiten-Vertrieb

Berlin W., Charlottenstr. 68.

Bitte ausschneiden.

A. Hoffmann's Verlag

Berlin, Blumenstr. 14 (nahe d. Grünen Weg).

Fernspr.: Amt VII. 3928.

Arm und Reich.

Der Arbeit J. G. C. Bilderbuch. 62 Bilder (27bunte), 50 Pf. (Porto 10 Pf.)

Bilderbücher u. Jugendchriften.

Gebund. u. ungeb. Werke verschied. Inhalts, zu Präsenten pass.

Sozialistische Hansjegen

in 15 Nummern. Seidenstickerei & 2 M. Eleg. Rahmen dazu 1.25—1.75.

Lassalle; Marx; Engels.

Federzeichn. in Stahlstich. Leinwand. Glace-Cart. 1732b

Alle drei mit eleg. Rahmen 2 M. (Porto 50 Pf.) Rahmen all. St. 55 Pf.

Einzelnes Bild u. Rahmen 75 Pf.

Neu erschienen: Humorist. Duett:

Das ist nicht wahr!

Preis 1 M. (Porto 5 Pf.) Theaterstück:

Der Penunziant.

Rebensbild in 4 Akten v. Fr. Grundmann. Preis 30 Pf. (Porto 5 Pf.)

10 Bücher mit Porto 3 M.

Freitag erscheint:

Neues Koupletbuch.

Vorträge, Kouplets, Lieder etc. 62 Seiten. Preis 10 Pf. (Porto 3 Pf.)

Sozialist. Gratulationskarten.

Probe-Sort. 5 St. portofrei geg. Eins. 1.55. Katalog grat. u. franco. Wiedervert. Rab.

LINOLEUM-RESTE,

Linoleum-Teppiche, auch etwas fehrerhafte, Wachstuchreste, Gummi Tischdecken sehr billig Grüner Weg 102, part.

Soeben erschienen: **Arbeiter-Verkehrs-Almanach** für Berlin und Umgebung. Winter-Ausgabe 1895/96. Mit einem Plan von Berlin. Preis 20 Pf. Enthaltend die neuesten Fahrpläne, Adressen der Organisationen u. s. w. Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungs-Expeditoren, sowie vom Verlage: **Hans Baake, Berlin S., City-Passage**

Rixdorf. J. Krakauer, Rixdorf.

Bergstrasse No. 30/31. 3855L^h

Den Arbeitern empfehle ich meine **Herren- und Knaben-Garderobe**

zu äusserst realen Preisen und bitte um geneigten Zuspruch. — Bestellungen nach Mass werden unter Garantie des Gutführens sauber und elegant ausgeführt.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Branntweine, alten Nordhäuser, Cognac, Rum, Arrak. **O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.** Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 89072^h

B. Günzel, Lothringerstrasse 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer. Bassalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen, Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisvorant.

Pelzwaren

zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt **Adolf Göbel, Jerusalemstr. 65,** (Baden an der Kirche). Sämtliche Waren sind aus besten Winterfellen unter eigener fachmännischer Leitung hergestellt und in jeder Preislage vorrätig. Teleph. Amt IV Nr. 1407.

Möbel-Kaufgelegenheit

Passende Gelegenheit für Granulanten.

In meinem größten Möbelpelcher, **Neue König-Strasse 59, 1,** sollen ca. 200 Wohnungs-Einrichtungen, verziehen gemessen und neu Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 12 M., Kommoden 8 M., Küchenschrank 12 M., Stühle 2 M. Neue Kuchenschrank-Kleiderständer und Vertikale 30 M., Kleiderständer und Vertikale 25 M., Vertikale mit Matrizen 18 M., Sopha 18 M., Stühlen-Kleiderständer 12 M., Truhen u. Sch. 60 M., Rollenderbureau, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Schreibstühle 30 M., Büschelarmaturen 20 M., Paneelelphos 20 M., Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 M. Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei lagern u. werden durch eigene Kasse transport.

Möbel-Ausverkauf

des Möbelpelchers **Rosenthalerstr. 15.** Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Warenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Am Umzuge und zur Brautzeit in somit die einzig beste Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke zu erlangen und billigst einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unangenehme Kupferungen täuschen, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gelegenen Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Durch Einkauf von 4 großen Möbelkagen zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelpelcher. Auch großes Lager gebrauchter und verziehen gemessener Möbel zu mehrfachen Spottpreisen. Kleiderständer 15 M., Kuchenschrank-Kleiderständer 20 M., Kleiderständer, Kommode 9, Sopha 16, Vertikale mit Sprungfederunterlage u. Kleiderständer 12, Spiegel 2, Stühle 2, Kuchenschrank mit Stuhl 60, Büschelarmatur 60, neue, hochfeine Tischgarnitur 100 Mark. Hochfeine Kuchenschrank- und Wasagarnitur-Möbel (spottbillig). Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein Hochzeitgeschenk gratis. Kein Abzahlungsgeschäft. Eigene Tapezier- u. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelpelcher. Gekaufte Möbel können kostenfrei auf meinen Lagerpelchern 3 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigene Kasse sauber transportirt und aufgestellt, auch nach ausserhalb.

Sophastoff-Becke

in Kips, Damast, Crepe, Phantase, Gobelin und Plüsch (spottbillig!)

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefevre, Oranienstrasse 158.

Rohtabak

Grösste Auswahl! Billigste Preise Sämtliche Fabrikations-Arten.

Heinrich Franck, Nr. 185, Grunnenstrasse Nr. 185.

Receipt

zur Bereitung von 2 1/2 Liter Cognac.

Man nehme 1 Liter feinsten Weingeist und 1 1/2 Liter Wasser und füge für 75 Pf. von Weilinghoff's Cognac-Essenz hinzu, so erhält man für wenig Geld einen Cognac, welcher der chemischen Zusammensetzung nach dem echten gleich ist und an Geschmack und Wohlgeschmack diesem nicht nachsteht.

Man vermeide alle weiteren Zusätze und kaufe die Cognac-Essenz nur in Originalflaschen zu 75 Pf. mit dem Namenszuge des Herstellers, Dr. F. W. Weilinghoff in Würzburg an der Ruhr in Apotheken und Droguerien.

Depot in Berlin: Apotheke zum weissen Schwan, Paul Hollmann, Spandauerstr. 77.

Strickwoll-Reste, Zephyr, Hochwolle zu Partipreisen sehr Holzmarktstr. 60, Hof links 1 Tr.

Brünotteppiche,

einzelne bei der Fabrication verbliebene Exemplare aller Größen (auch etwas fehlerhafte) anderer Spezial-Mode (Empire-Imitation) werden in unserem Contoir **Königstr. 24, 1. Etage,** auch an Private unter Fabrikpreis aufverkauft.

Gust. Gottschalk Söhne

fr. Jean Brüno & Co.

Aug. Krause, SO. Wien erst. 13 Blumen-Geschäft u. Kranzbinderei. Vereinskranze m. Widmung in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Zum Bruder Heinrich!

Allen Genossen, Freunden, Bekannten und Kollegen zur Nachricht, daß ich **Blumenstr. 14,** nahe am Grünen Weg, ein **Weiss-, Bairisch-Bier- und Frühstücks-Lokal** übernommen habe. Für gute Speisen und Getränke wird bestens Sorge getragen. Um geneigten Zuspruch bittet **Heinrich Tornow.**

Brochnow's Ballsäle

Sebastianstrasse 39 an der Jakobstrasse. Jeden Sonntag, Montag u. Dienstag: **Großer Ball.**

Mittwoch, Donnerstag u. Freitag zu Veranlassungen zu vergeben. Einige Sonntage sind noch frei. 8327L^h

Empfehle Freunden und Bekannten mein Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal. Vereinskranze. 1687b

J. Lenz, Alte Jacobstr. 09.

Paster's Festäle

Neue Königstr. 7. Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonntage zu vergeben. 13501L^h

Liquidations-Ausverkauf.

Sämtliche Waarenbestände der **Damen-Mäntel-Fabrik von Berg & Nesselroth** sowie Anderer

Berlin O., **König-Strasse 33,** werden zu **fest taxirten Preisen ausverkauft,** da die Lokalitäten bereits anderweitig vermietet sind. 8927L^h

Zum Verkauf gelangen in **grösster und bester Auswahl**

Elegante **Winter-Stoff-Jaquettes, Plüsch-Capes, Seiden-Plüsch-Jaquettes, wattirte elegante Abendmäntel,** (aus dem besten englischen Seiden-Seal)

Pelzräder, Kinder-Mäntel, Regen-Mäntel neuerer Façon, aus den besten reinw. Stoffen,

1—10 Mk. (früherer Preis 6—20 Mk.) 8—15 Mk. (früherer Preis 20—30 Mk.)

Jaquettes in schwarz u. farbig, durchweg auf Seidenstücker 8—12 Mk. (früherer Preis 20—30 Mk.)

Der Liquidations-Verkauf,

Königstr. 33, Ecke der Neuen Friedrichstrasse, dicht am **Bahnhof Alexanderplatz.**

Die hochelegante Laden-Einrichtung, sowie 20 elektrische Bogenlampen sind zu verkaufen.

Sonntag geöffnet von 8—10 Uhr morgens und 12—7 Uhr nachmittags.

An die Berliner Parteigenossen!

Zur Stellungnahme gegenüber den polizeilichen Auflösungen der sozialdemokratischen Organisationen und Vertrauensmänner tagen

Dienstag, den 10. Dezember,
abends 8¹/₂ Uhr,

in nachstehenden Lokalen



Volks-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

Polizeiliche Staatsrettung und Sozialdemokratie.

- 1. Wahlkreis:** Scheffer's Salon, Inselstraße 10.
- 2. Wahlkreis:** Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg. Reinhardt's Neues Gesellschaftshaus, Hasenhaide 57.
- 3. Wahlkreis:** Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57. Märkischer Hof, Admiralstr. 18e.
- 4. Wahlkreis:** Keller's Festsäle, Koppenstr. 29. Sanssouci, Kottbusserstr. 4a. Joël's Salon, Andreasstr. 21.
- 5. Wahlkreis:** Lips' Brauerei am Friedrichshain.
- 6. Wahlkreis:** Berliner Prater, Kastanien-Allee 7. Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49. Schulz' Salon, Stettinerstr. 57.

Referenten sind die Reichstags-Abgeordneten:

Auer, Bebel, Fischer, Gerisch, Liebknecht, Singer, Schultze-Königsberg, Stadthagen, Tutzauer, Vogiherr, Wurm, Zubell.

Große Volks-Versammlung

Donnerstag, 12. Dezember, abends 8¹/₂ Uhr, im großen Saale von Keller, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen über: „Die Stellung der Hausfrau und der erwerbsthätigen Frau im bürgerlichen Geschlecht“. 2. Diskussion.
Zur Deckung der Kosten Teller-Sammlung.
Um zahlreichen Besuch dieser, namentlich für Arbeiterinnen wichtigen Versammlung ersucht
Die Einberuferin: Ottilie Haeder.

Ethische Gesellschaft.

Morgen, Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann (kleiner Saal), Alexanderstr. 27c:
Ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommissionen. 2. Erziehung des Vorstandes. 3. Verschiedenes. — Mitgliedskarte legitimiert.
Der Vorstand.

Achtung! Metalldrücker! Achtung!

Am Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8¹/₂ Uhr:
Große öffentliche Versammlung der Drücker

im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zu unserem Beschluss vom 30. Oktober. 4. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Paul Litfin, Vertrauensmann der Drücker Berlins.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 11. November, abends 8¹/₂ Uhr, in Keller's Saal, Koppenstrasse No. 29:

Bzirksversammlung für den Osten.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen E. Wiedemann über: „Die Stellung des Unternehmers gegen die arbeitenden Massen“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Nichtmitglieder als Gäste willkommen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und ersuchen wir um zahlreiches und rechtzeitiges Erscheinen.
Der Vorstand.

A. W. Schulz,

Größtes Kinderwagen-Lager Berlins.
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldthain.
2. Geschäft: Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstraße.

empfehlen zum bevorstehenden Weihnachtsfeste sein reichsortiertes Lager in Guppenwagen, Sport-, Kasten- u. Leiterwagen, Kinderklappstühle, Kinderwägel, sämtliche Karrenwaaren etc. Auf Kinderwagen gestattete Theilzahlung. Beide Geschäfte bis abends 10 Uhr geöffnet. Fernspr. Amt III Nr. 1707.

Verband aller in der Metallindustrie beschäft. Arbeiter

Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 7. Dezember cr., verstarb unser Mitglied, der Gürtler
Otto Moschinsky.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt heute, Dienstag, nachm. 2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Emmaus-Kirchhof in Rixdorf.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
112/5 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Marie Rauch, geb. Grabert,
am Sonntag, den 8. d. M., früh 1¹/₂ Uhr nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. d. M., nachm. um 8 Uhr, von der Leichenhalle des St. Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Der trauernde Gatte F. Rauch nebst Kindern.

Allen Freunden u. Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Mathilde geb. Daeje
nach kurzem, schwerem Leiden am 8. d. M., morgens 6¹/₂ Uhr, sanft entschlafen ist.
Berlin, den 9. Dez. 1895.
Hermann Daeje, Rentant der Ortskrankenkasse d. Märkischer u. nebst Kindern.
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 12. Dez., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgenkirchhofes vor dem Landsberger Thor.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere heiliggeliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter
Frau Amalie Kräcker
am Sonnabend, den 7. d. M., nachmittags 5¹/₂ Uhr, nach kurzem Leiden am Herzschlag sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen:
J. Kräcker, Familie Janiszowski.
Die Beerdigung findet statt Dienstag, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Bergmannstr. 88 nach dem Werder'schen Kirchhof, Bergmannstraße.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Heute Morgen 9 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden meine Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Frau
Auguste Thiele,
geb. Darge,
im Alter von 65 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
Berlin, den 8. Dezember 1895.
Die Beerdigung findet statt Mittwoch, den 11. Dezember, vom Trauerhause Doppelnerstraße 29 nach dem Emmaus-Kirchhof.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1895/96.

Südost-Schule, Waldemarstrasse No. 14.	Nord-Schule, Müllerstrasse No. 179a.
<p>Montag: Öffentliche Gesundheitspflege. (Boden, Trinkwasser- u. Versorgung, Städtereinigung, Wohnungshygiene, Volksbäder, Nahrungsmittel etc.) Herr Dr. Heymann.</p> <p>Dienstag: Kein Unterricht.</p> <p>Mittwoch: Geschichte. (Mittelalter. Die alten Deutschen. Völkerverwanderung. Kirche und Staat. Mohammedanisch-arabische Kulturperiode. Feudalismus und Kunstwesen.) Herr Dr. Pinn.</p> <p>Donnerstag: Deutsch. (Veltäre. Anfertigung von Aufsätzen.) Herr Heinrich Schulz.</p> <p>Freitag: Rede-Übung. Herr Heinrich Schulz.</p> <p>Sonnabend: National-Ökonomik. (Die Marx-Engels'schen Lehren. Werth, Mehrwerth, Kapital.) Herr Dr. A. Bernstein.</p>	<p>Montag: Nationalökonomie (wie in der Südost-Schule). Herr Dr. A. Bernstein.</p> <p>Dienstag: Kein Unterricht.</p> <p>Mittwoch: Deutsch (wie in der Südost-Schule). Herr Heinrich Schulz.</p> <p>Donnerstag: Öffentliche Gesundheitspflege (wie in der Südost-Schule). Herr Dr. Weyl.</p> <p>Freitag: Geschichte (wie in der Südost-Schule). Herr Dr. Pinn.</p> <p>Sonnabend: Rede-Übung. Herr Heinrich Schulz.</p>

Der Unterricht beginnt pünktlich um 9 Uhr abends und endet pünktlich um 10¹/₂ Uhr.

Die Schulräume sind täglich von 8 Uhr abends an geöffnet (Sonntags 10-12 Uhr), um den Mitgliedern Gelegenheit zur Benutzung des Zeitungs-, Zeitschriften- und Büchermaterials zu geben. Es liegen in beiden Schulen fast sämtliche proletarischen, sowie die wichtigsten bürgerlichen Tageszeitungen, außerdem eine große Anzahl von wissenschaftlichen Revuen, Fachschriften, Gewerkschafts- und Wählbüchern aus.

In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen Versammlungen abgehalten, in denen wichtige Fragen allgemeinen Interesses in populär-wissenschaftlicher Weise erörtert werden. Unter fachkundiger Leitung werden ferner wissenschaftliche, künstlerische und gemeinnützige Institute beschäftigt, um neben der speziellen Ausbildung unserer Mitglieder auch für ihre allgemeine Bildung zu sorgen.

Der Mitgliedsbeitrag, sowie das Unterrichtsgeld für jedes Unterrichtsfach beträgt monatlich je 25 Pf. Aufnahme neuer Mitglieder (am besten bei Beginn jedes Semesters) sowie die Zahlung der Beiträge erfolgt in beiden Schulen und in den nachstehend verzeichneten Zahlstellen:

- | | |
|---|--|
| S.
Schönlag, Stallschreiberstr. 29. | N.
Nord-Schule, Müllerstr. 179a.
Gnadt, Putzstr. 32.
Glohnert, Müllerstr. 7a.
Wornau, Rosenhallerstr. 57. |
| SO.
Südost-Schule, Waldemarstr. 14.
Schulz, Admiralstr. 40a. | NO.
Namluk, Barunstr. 42. |
| SW.
Grub, Mariendorferstr. 5.
Windhorst, Junferstr. 1. | NW.
Löffler, Stendalerstr. 12. |
| O.
Owosarek, Langestr. 65. | W.
Worner, Bülowstr. 59. |

NB. Alle Briefe, Anfragen und Zusendungen z. sind an den Vorsitzenden, Schriftsteller Heinrich Schulz, Berlin S.O. 16, Kaiser-Franz-Grenadierplatz 7, alle Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, Berlin S. 53, Diefenbachstr. 30, zu richten.

Max Richter, Berlin O., Grüner Weg 65, Hof I.
Vercins-Geschäft.
Silber und Bälten (Marx, Vassalle 62¹/₂ cm hoch) nebst Bildereinrahmung, Saaldekorationen, Stocklaternen, Anklambonons etc. Solideste Preise. 3816L*

Karol Weil's Lanolinseife
ist das Beste zum Waschen der Kinder und gegen spröde Haut.
Preis 10 Pf. Ueberall käuflich.
Nur echt mit unserer Firma.
Karol Weil & Co.

Musik-Instrumente.

Violinen, Gitarren, Flöten, Zithern, Trommeln, Mundharmonikas, Akkord-Zithern, Concertinas etc. Besonders empfehle meine 1., 2., 3. und 4-stimmigen Harmonikas (eigenes Fabrikat, keine leichte Bazarwaare).
C. Eibich, Instrumentenmacher, Koppenstraße 30.
Reparaturen jeder Art in anerkannt guter Ausführung. 18969L*

14. Brunnen-Strasse 14.

Billigste Bezugsquelle
für Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaaren

im Spezial-Geschäft **Lust & Co.**
14. Brunnen-Strasse 14. Berlin N. 3764L*

Bei Bestellungen von 3 M. an franco Versand, auch nach den Vororten. Nach ausserhalb franco Bahnhof Berlin bei freier Verpackung.
Bitte genau auf die Firma u. Nummer zu achten.

Achtung! Arbeiter! Achtung!

Um auch dem Unbemittelten Gelegenheit zu geben, sich den Genuss des von allen Ärzten empfohlenen Cognacs zu verschaffen, gebe ich von heute an einzelne Flaschen meiner
stabsbekanntem, garantiert naturreinen Cognacs, welche aus französischem Weindestillat hergestellt und frei von Essenzen, ätherischen Oelen oder sonstigen Surrogaten sind, zu Engrospreisen an die Arbeiterschaft ab.
Es kostet: die 1/2 Liter-Originalflasche Cognac type fine borderie 1,25 M. Ladenpreis das doppelte! 3851L*

J. Henschel, Cognac Distillery (System Charente)
SW., Jerusalemstr. 66. Fernsprecher: Amt IV 3012.
Der Verkauf findet im Komptoir Hof Kunst porterre statt.

Christbaumschmuck für Händler
von 25 Pf. per Duzend an bei W. Müller, Albrechtstr. 16, Hof IV. 11575L